

1 Einleitung

1.1 Einführung in die Thematik

Diese Magisterarbeit befasst sich mit den Einflussmöglichkeiten und der Rolle der militärischen und nuklearen Vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM) zur Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan. Das Erkenntnisinteresse leitet sich von der Beobachtung ab, dass VBM sich als Instrumente der Vertrauensbildung schon während des Kalten Krieges in Europa bewährt haben und somit Einfluss auf den Vertrauensbildungsprozess im indisch-pakistanischen Militärkonflikt ausüben können, der nach der offenen Nuklearisierung¹ der beiden Länder außergewöhnlich zugespitzt ist. Es bleibt dennoch ungewiss, ob die Einflussnahme des während des Kalten Krieges entwickelten VBM-Konzeptes ebenso in Südasien fruchten kann, wo ein völlig unterschiedlicher Kontext da ist, jedoch zwei feindselige Rivalen unter derselben Bedrohung der nuklearen Zerstörung agieren. Folglich besteht das Erkenntnisziel dieser Arbeit darin, Erfolgsbedingungen und Hemmfaktoren der VBM-Einflussnahme auf den Vertrauensbildungsprozess zwischen Indien und Pakistan im nuklearen Bereich auf die Probe zu stellen und präzise abzugrenzen.

Die Voraussetzungen zur Vertrauensbildung zwischen Indien und Pakistan werden anhand gewisser nuklearer und politisch-militärischer VBM untersucht, die sich aus der europäischen Erfahrung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in diesem Gebiet nach 1975 bzw. aus dem südasiatischen Kontext vor und nach der offenen Nuklearisierung ableiten lassen.² Das VBM-Konzept spiegelt das Endergebnis eines sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungsprozesses zwischen den beiden feindlichen Militärblöcken im Kalten Krieg wider. Der sog. *Confidence Building Process* wurde 1973 endgültig in Helsinki in Gang gesetzt und 1975 durch die Schlussakte auf der KSZE-Konferenz bekräftigt. Dort wurde hauptsächlich über vier Grundprinzipienkataloge diskutiert (die sog. vier Körbe), die die Beziehungen zwischen den Ländern der beiden Militärallianzen regeln sollten und somit den tatsächlichen Beginn der Entspannungsphase in der bipolaren Ära verzeichnen.³

¹ Zu den historischen Etappen der Nuklearisierung in Europa und Südasien vgl. Abb. 1 im Anhang.

² Der Vertrauensbildungsprozess wird auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch die Schlussakte in Helsinki 1975 symbolisch in Gang gesetzt (vgl. Brauch 1986a; 1986b zu VBM und Abrüstungskonferenz in Europa; Bettzuege 2002 zur KSZE-Konferenz. Mattoo (2000: 27-41) lässt die Vertrauensbildung in Europa in drei Phasen aufteilen, wobei die Helsinki-Konferenz den Beginn der zweiten Phase bildet, die sich als wichtigste im gesamten Vertrauensbildungsprozess erweist.

³ Die vier Körbe sind wie folgt: Korb I: Gewaltverzicht, Achtung der Menschenwürde, Vertrauensbildende Maßnahmen, Korb II: gegenseitige Beziehungen im Mittelmeerraum sowie Zusammenarbeit in Wirtschaft, Forschung und Technik, Korb III: Zusammenarbeit in humanitären Bereichen als auch Erleichterung menschlicher Kontakte sowie Informationsaustausch, sowie Korb IV: die Folgen der Konferenz.

Nach dem Ende des Kalten Krieges erwies sich der europäische Vertrauensbildungsprozess im Vordergrund der nuklearen Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion als einmalig (*sui generis*) und zugleich als wirksamer Mechanismus zur Verhinderung des nuklearen Krieges. Unumstritten hat dies unter anderen wirkenden Bedingungen einen sehr positiven Einfluss auf den Nicht-Ausbruch eines konventionellen bzw. nuklearen Krieges zwischen zwei Rivalen gehabt (vgl. Scherbak 1991). Zur effizienten Umsetzung und Einhaltung des VBM-Konzeptes hat zuerst die verstärkte sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit im politisch-militärischen und nuklearen Bereich wie auch später in nicht-militärischen Bereichen beigetragen. Dann wurde das Konzept auch durch seine Institutionalisierung aufgrund der verstärkten multilateralen Kooperation in Europa immer wieder erweitert bzw. effizienter gemacht. Diese Voraussetzungen führten zu seinem Erfolg und bestätigen damit seine Wirksamkeit in anderen Regionen der Welt.

In dieser Arbeit werden die einzelnen Ebenen (die einzelnen Grundkataloge)⁴ der Vertrauensbildung nicht behandelt, sondern ich werde mich nur auf die beispiellosen VBM im nuklearen und politisch-militärischen Bereich stützen, die sich durch ihre Wirksamkeit in Europa während des Kalten Krieges bewährt und ebenso als modellhaft erwiesen haben. Ein großer Teil davon spezifizierte sich im Laufe des europäischen Vertrauensbildungsprozesses⁵, und aus dem Rest modifizierten sich gegebenenfalls neue, kontextbezogene Instrumente.⁶ Deshalb wird das VBM-Konzept zum Zweck der Untersuchung hauptsächlich mit den nuklearen und militärischen VBM am Beispiel des europäischen Vertrauensbildungsprozesses nach 1975 assoziiert. Dazu wird das Konzept um die Analyse der regionalen, kontextbezogenen VBM in denselben Bereichen erweitert.⁷

Es sind insgesamt drei wesentliche Einflussgrößen hervorzuheben, die ihre Wirkung auf den Vertrauensbildungsprozess im Allgemeinen ausüben, und zwar *die (strategische) Sicherheit*, *die spezifische Region* (in diesem Fall Südasien) und *die VBM* (vgl. De Silva 2002: 185). Laut manchen Autoren besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Begriffen der Vertrauensbildung, der Sicherheit und der Abrüstung (vgl. Meier et al. 1991: 149).⁸ In einem

⁴ Vgl. Brauch 1986a; 1986b zur Geschichte der VBM und der Abrüstungskonferenz in Europa.

⁵ Auf diese Problematik gehe ich im Kapitel 2.3 über Vertrauensbildung ein (vgl. Meier et al. 1991 zur internationalen Vertrauensbildung).

⁶ Wie dieser Prozess gestaltet wird und sich entwickelt, werde ich anhand einer historischer Schilderung und zusammengefasster Betrachtung in den Kapiteln 3.2.2 und 3.3.2 deskriptiv erläutern.

⁷ Hier wird die kontextbezogene Komponente am Beispiel der südasiatischen Region und des Kontextes, in der sich der indisch-pakistanische Konflikt vollzieht, mit einbezogen.

⁸ Zu Abrüstung (und dem Zusammenhang zwischen Abrüstung und Vertrauensbildung) vgl. Meier et al. 1991: 99-122. In dieser Magisterarbeit wird zwar streng zwischen dem Vertrauensbildungsprozess und dem Abrüstungsprozess unterschieden. Wie und warum dieser Unterschied gezogen wird, wird später im Kapitel 2.3 über Vertrauensbildung veranschaulicht. Hierbei ist hervorzuheben, dass das VBM-Konzept in der Tat von der

umfassenden Sinn des Wortes kann die Sicherheit mit dem Begriff *Confidence* gleichgesetzt werden. Gegenseitiges Vertrauen soll in den internationalen Beziehungen alle gemeinsamen, ob bestehenden oder fiktiven, Bedrohungsperzeptionen beherrschen. Es soll demzufolge jegliche Sicherheitsbedrohungen auf psychologischer Ebene steuern. Hier bleibt fraglich, ob zuerst ein gewisses Maß an Sicherheit vorliegen muss, damit Vertrauensbildung sich entwickelt und wirksam wird, oder ob anfangs Vertrauen und strategische Stabilität in den zwischenstaatlichen Beziehungen da sein müssen, um mehr Sicherheit zu gewährleisten (vgl. Meier et al. 1991: 15). In der Arbeit wird die erstere These vertreten, denn es wird davon ausgegangen, dass ein ausreichendes Maß an Sicherheit in den indisch-pakistanischen Beziehungen aufgrund der strategischen Parität (der Nuklearisierung) erreicht ist. Darauf basierend lässt sich Vertrauen bilden, das anhand der Abbildung (1) veranschaulicht wird.

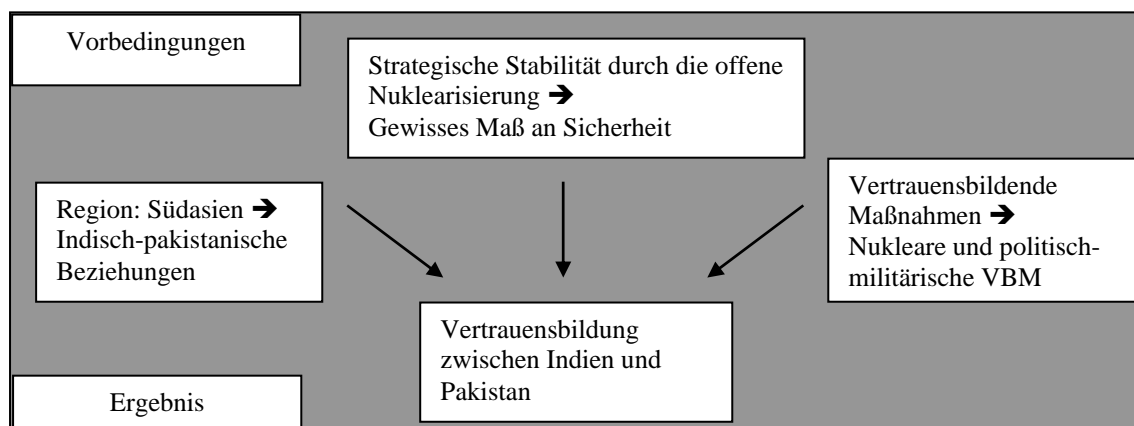


Abbildung 1: Einflussfaktoren auf die Vertrauensbildung (eigene Darstellung)

Betzueger behandelt die Problematik über eine Dreidimensionalität des Sicherheitsbegriffes nach dem Helsinki-Prozess (2002: 295-299). Er setzt sich ähnlich wie das VBM-Konzept aus den folgenden drei Säulen zusammen: der politisch-militärischen, der wirtschaftlichen und der humanen Dimension. Diese Dreidimensionalität der Sicherheit beherbergt eigentlich das Konfliktpotential in jeder bilateralen Beziehung. Folglich erscheint die Untersuchung des indisch-pakistanischen Konflikts⁹ in seiner multidimensionalen Komplexität äußerst schwierig zu sein, da die Problematik zu umfassend ist. Diese Arbeit setzt sich nicht das Ziel, den gesamten Konflikt zu erforschen und Lösungen für die Konfliktbeilegung anzubieten. Hier handelt es sich nur um die nukleare Komponente, die zwar dem Konflikt eine qualitativ neue Dimension verleiht, aber die gesamte Konfrontation nicht ausmacht.

Abrüstungspolitik nicht streng abzugrenzen ist, denn „[...] all arms control measures are CBMs but all CBMs do not involve arms control“. (Kabir 2002: 4).

⁹ Zu dem indisch-pakistanischen Konflikt und der Konfliktkonstellation vgl. Ganguly 1996a; 1996c; Mazari 1996: 45-56; Weidemann 2004: 4-11.

Daher berufe ich mich hierbei nicht auf die *Conflict-Management* bzw. *Conflict-Resolution*-Ansätze, geschweige denn auf die friedentheoretischen Ansätze¹⁰, da ich keineswegs an der Konfliktlösung bzw. Friedenssicherung des indisch-pakistanischen Konfliktes bei der Untersuchung orientiert bin. Ich versuche anhand des VBM-Konzeptes zu untersuchen, ob Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation möglich ist und wirksam werden kann. Dabei stellt dieses Phänomen nur eine der zahlreichen Voraussetzungen zu der friedlichen Lösung des Konfliktes dar. Auf der anderen Seite ist Vertrauensbildung wahrscheinlich die Grundvoraussetzung, damit kein nuklearer Schlagabtausch zwischen zwei Nuklearmächten stattfindet. Obgleich die Ziele der Untersuchung insofern eingeschränkt sind, stellt die Forschungsproblematik dieser Arbeit einen wichtigen Teil der gesamten Konfliktforschungsanalyse über den indisch-pakistanischen Konflikt dar.

Des Weiteren soll noch berücksichtigt werden, dass die Untersuchung des Forschungsproblems auf drei Ebenen erfolgt, was das System der internationalen Beziehungen (iB) anbelangt, und zwar auf der internationalen, zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Ebene. Auf der höchsten Ebene wird die Vertrauensbildung zwischen den USA und der Sowjetunion in Europa während des Kalten Krieges untersucht. Hier werden die geschichtlichen und theoretischen Aspekte des VBM-Konzeptes behandelt. Dann werden auf der zwischenstaatlichen Ebene die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR berücksichtigt, wobei auf ihre bilateralen VBM eingegangen wird. Demzufolge werden die existierenden und noch zu vereinbarenden VBM zwischen Indien und Pakistan im nuklearen und politisch-militärischen Bereich analysiert. Nicht zuletzt wird auch die innerstaatliche Analyse mit einbezogen. Hier wird Südasiens als Subregion des Systems der iB angesehen und die Wirkung von Einflussfaktoren im innenpolitischen Prozess der beiden Länder mit Blick auf die abhängige Variable berücksichtigt. Schließlich findet die Einflussnahme der erklärenden Faktoren auf die Vertrauensbildung auf allen drei Dimensionen statt. Dies wird anhand der Abbildung (2) veranschaulicht.

¹⁰ Zu den Paradigmen des *Conflict Management* bzw. *Conflict Resolution* im südasiatischen Kontext vgl. Krepon/Sevak 1995, Mohan 1996: 181-203, Ahmar 2003a: 15-29, 2003b: 15-29, Siddiqi 2003a: 31-45, Siddiqi 2003b: 73-78, Wesleker 2003: 93-106.

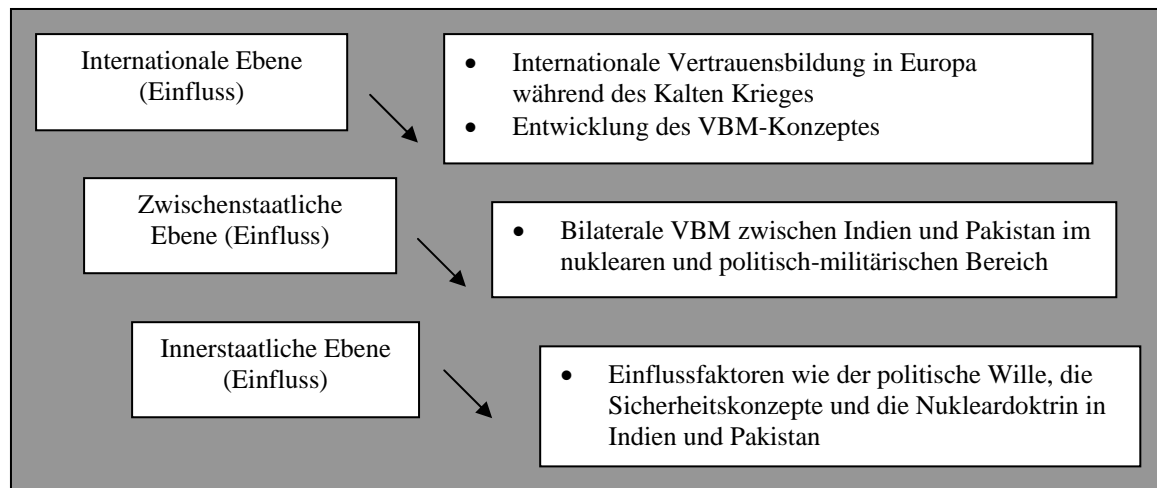


Abbildung 2: Die Untersuchung des Forschungsproblems auf den Drei-Ebenen des Systems der internationalen Beziehungen (eigene Darstellung)

Vor diesem Hintergrund möchte ich den Vertrauensbildungsprozess in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan untersuchen. Hierbei werde ich gewisse Voraussetzungen zu *Confidence Building* und bestimmte Instrumente (nämlich VBM) im südasiatischen Kontext analysieren. Anschließend werde ich der Hauptfrage nachgehen, ob das europäische VBM-Konzept in diesem Untersuchungsfall anwendbar ist und inwieweit ihm bestimmte Schranken gesetzt werden (vgl. Krepon 2004b: 7-18).¹¹

Die nukleare Konfrontation zwischen Indien und Pakistan stellt ein einmaliges Phänomen und somit eine völlig neue sicherheitspolitische Herausforderung für die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes dar. Die Frage, ob und wie der indisch-pakistanische Konflikt gelöst werden kann, wurde nach der offenen Nuklearisierung noch umstrittener.¹² Nach den nuklearen Tests bekannten sich die beiden Länder offiziell zu dem angestrebten Kernwaffenstatus und wurden implizit als „neue Nuklearmächte“ von den fünf Sicherheitsmitgliedern – USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China – anerkannt. Diese Thematik wird umso brennender, denn das Risiko eines nuklearen Schlagabtausches zwischen Indien und Pakistan wird enorm hoch. Diese Beobachtung lässt sich von Shaper (1998: 110) gut zusammenfassen, indem er die Meinung äußert, das

¹¹ An dieser Forschungsfrage orientiert sich hauptsächlich die Untersuchung des empirischen Teils (vgl. Kapitel 3.2 und 3.3).

¹² Es bestehen zahlreiche Theorien und Erklärungsansätze zur Friedens- und Konfliktforschung. Sie bieten weitgehende Analysen bezüglich des VBM-Konzeptes an. Es bleibt aber umstritten, ob das VBM-Konzept eher zu der Konfliktforschung (Kriegsverhinderung bzw. -verhütung) oder der Friedensforschung einzuordnen wäre. Zum einen wird angenommen, dass VBM einen wesentlichen Teil der Konfliktbeilegung darstellt, vor allem da sie als Abrüstungsstrategie bzw. -instrumente einsetzbar sind. Zum anderen wird die Meinung vertreten, dass VBM den Friedenstheorien zuzurechnen sind, da sie zum Nicht-Ausbrechen eines nuklearen Krieges beitragen sollen. Mehr dazu im Kapitel 2.4 über VBM.

„[...] Risiko eines nuklearen Schlagabtausches zwischen Indien und Pakistan wird als größer erachtet als zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges“ (Shaper 1998: 110).

Darüber hinaus sind die USA und die Sowjetunion nie in einen direkten militärischen Konflikt verwickelt worden, während Indien und Pakistan drei Mal Kriege gegeneinander geführt haben und darüber hinaus oftmals an den Rand der militärischen Auseinandersetzungen geraten sind.¹³

Durch die offene Nuklearisierung wird dem ernsthaften bilateralen Konflikt eine völlig neue qualitative Dimension hinzugefügt. Dadurch ändert sich die Sicherheitslage in Südasien fundamental, weil aus der Ungewissheit in Bezug auf die Kernwaffenprogramme der beiden Länder eine Politik der nuklearen Abschreckung¹⁴ hervorgeht (vgl. Kreft 1999: 1). Demzufolge verschiebt sich das Sicherheitsdilemma von der Machtkonkurrenz zu der Kriegsverhinderungsstrategie bzw. von der Kriegsführung zu der dauerhaften nuklearen Kriegsverhütung. Aus einem Nullsummenspiel soll ein Positivsummenspiel durch die „gezwungene“ Sicherheitspartnerschaft hervorgehen, die zwischen den unmittelbaren Rivalen entsteht (vgl. Medick-Krakau 1994: 38-61).¹⁵ Dennoch droht die latente Kriegsgefahr aufgrund des Kernwaffenstatus immerfort einen nuklearen Schlagabtausch zu verursachen. Dies verkompliziert die Lage, da jedes *Win-Win*-Spiel, das eigentlich Kooperation zwischen den Konfliktparteien voraussetzt, sich schnell in eine *Loss-Loss*-Situation verwandeln kann, weil beide Rivalen eigentlich eher die Situation bevorzugen würden, zu verlieren, als den anderen gewinnen zu lassen.¹⁶

Aus den aufgeführten Argumenten lässt sich schließen, dass nur ein Teil des spezifischen *Confidence Building Process* und nicht das gesamte historische und theoretische Spektrum mitberücksichtigt wird. Dies lässt sich wiederum damit begründen, dass der indisch-pakistanische Konflikt nicht in seiner Multidimensionalität erfasst wird. Hierbei wird nur die

¹³ Indien und Pakistan haben bislang offiziell drei Kriege miteinander geführt. Siehe die Chronik Indien-Pakistan unter <http://www.indien-newsletter.de/chronikindien-pa.html>, aktualisiert am 24.01.2002; zu der Geschichte der geführten Kriege zwischen Indien und Pakistan vgl. Ganguly 2002a

¹⁴ Die Abschreckungstheorie beruht auf dem Grundgedanken von Clausewitz: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!“. Bei der Abschreckungspolitik handelt es sich im Sinn der Spieltheorie um eine rational kalkulierte Drohpolitik, die im Kern auf die Aussage hinausläuft: Wenn du mich angreiffst, wirst du selber vernichtet werden! Dabei steht die sog. Zweitschlagskapazität, d.h. die Möglichkeit, nach einem nuklearen Angriff noch umfassende Vergeltung üben zu können, im Zentrum aller Überlegungen.

¹⁵ Hierbei geht es um die Spieltheorie und ihr Erklärungspotential, das die unterschiedlichen Spieloptionen zwischen zwei Spielern (Akteuren) ermöglicht. Es ist anhand gewisser theoretischer Modelle unter Beweis gestellt worden, dass jeder von beiden Spielern in ein Sicherheitsdilemma aufgrund der mangelnden Information und der Ungewissheit gerät. Die Bedeutung der Spieltheorie für das VBM-Konzept und die Null- bzw. Nichtnullsummenspiele wird im Kapitel 2.2.2 erläutert.

¹⁶ Besonders am Beispiel der indisch-pakistanischen Rivalität lässt sich dies leicht beweisen, da beide Konfliktparteien wegen der langwierigen und mit vielen Feindbildern assoziierten Rivalität kooperationsunwillig sind.

nukleare Komponente mit Blick auf die Vertrauensbildung betrachtet. Letztendlich wird die angesprochene Untersuchungsebene anhand der Abbildung (3) veranschaulicht. Sie setzt sich hauptsächlich aus drei Dimensionen (Themenbereiche) der Analyse zusammen, nämlich der offenen Nuklearisierung, dem Terrorismus und dem Kaschmir-Konflikt. Diese drei Ebenen entsprechen nicht der eigentlichen Einordnung je nach der Wichtigkeit der Probleme, sondern sie sind so geschildert, je nach dem, welche Relevanz sie für die Analyse haben. Alle drei Dimensionen stellen ein sehr hohes Konflikt- bzw. Bedrohungspotential dar, das einen nuklearen Schlagabtausch zwischen Indien und Pakistan zur Folge haben kann. Genau in diesen Bereichen soll das VBM-Konzept (in der Form von bilateralen nuklearen und politisch-militärischen VBM) umgesetzt und ausgedehnt werden, damit Vertrauensbildung wirksam wird.

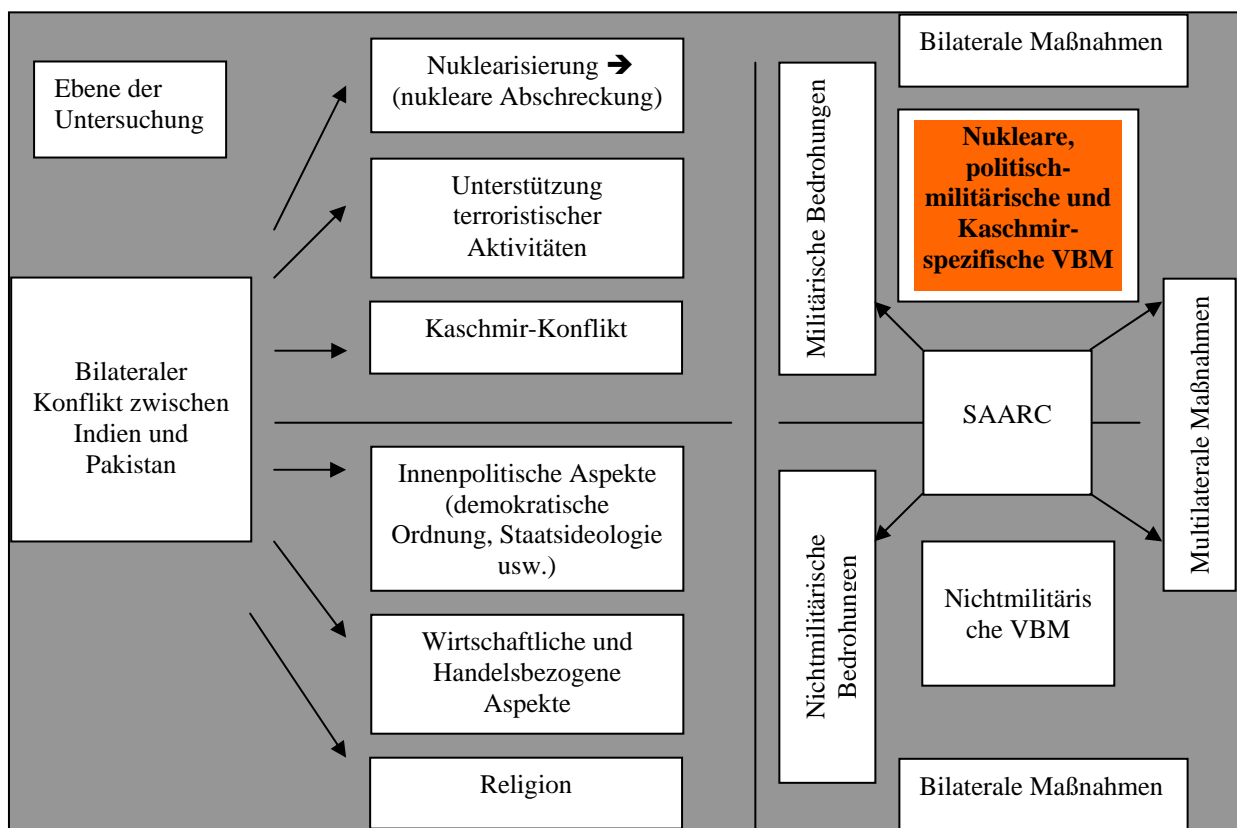


Abbildung 3: Mehrdimensionalität des bilateralen Konfliktes zwischen Indien und Pakistan (eigene Darstellung)

Wenn man die Abbildung (3) näher betrachtet, wird man nämlich feststellen, dass die drei angesprochenen Dimensionen militärische Bedrohung für beide Länder verursachen können. Die zweite Ebene enthält hingegen die innenpolitischen, sozioökonomischen und religiösen Aspekte des indisch-pakistanischen Konfliktes, die nicht-militärische Bedrohung darstellen können. Deshalb werden diese Aspekte bei der Analyse außer Acht gelassen, da hierbei nichtmilitärische VBM zum Einsatz kommen.

Ein weiterer Aspekt aus der Abbildung besteht darin, dass nur diejenigen nuklearen und militärischen VBM zwischen Indien und Pakistan mit berücksichtigt werden, die als bilaterale Maßnahmen vereinbart worden sind. Alle multilateralen Instrumente wie z.B. infolge der SAARC-Treffen werde ich bei der Analyse nicht mit berücksichtigen, denn ich will mich hauptsächlich auf den bilateralen Vertrauensbildungsprozess konzentrieren.

1.2 Empirisches Puzzle und Relevanz des Forschungsvorhabens

Das in Europa entstandene Konzept der Vertrauensbildung zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges wird bis heute als ein erfolgreiches Modell für andere Konfliktregionen betrachtet. Der Erfolg des VBM-Modells besteht darin, eine Sicherheitsgemeinschaft zwischen verfeindeten Gegnern zu bilden und somit ihre Kooperation über sicherheitspolitische, strategische, nukleare usw. bilaterale Probleme zu ermöglichen. Dies ist am Beispiel der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit über VBM gut gelungen (vgl. Mattoo 2000: 27).

Im Laufe des Vertrauensbildungsprozesses setzen die Konfliktparteien besonders intensiv nukleare und militärische VBM ein, die zu einem verstärkten Kooperationsverfahren in diesen Bereichen führen und somit mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Nicht-Ausbrechen eines nuklearen Krieges stark beitragen. Dabei wird der Konflikt zwischen ihnen zwar nicht gelöst, aber das zerstörerische Potential der Beziehungen wird dadurch gemindert und gewisse Voraussetzungen gegen die Anwendung von bzw. Bedrohung mit Gewalt werden auch geschaffen. Die erfolgreichste Phase des Vertrauensbildungsprozesses zwischen den USA und der SU, die die Weichen für die Modellhaftigkeit des VBM-Konzeptes stellte, wurde nämlich durch die Helsinki-Konferenz in Gang gesetzt und dauerte bis zum Ende des Kalten Krieges. Folglich wird das VBM-Modell im Wesentlichen aus der oben angesprochenen Phase des Vertrauensbildungsprozesses während des bipolaren Weltsystems abgeleitet und somit wird nicht das gesamte Spektrum der VBM bzw. aller möglichen Bereiche der Kooperation erfasst.¹⁷

Daraus folgend wird erwartet, dass wenn die Regierungen Indiens und Pakistans militärische und nukleare VBM zur Förderung des *Confidence Building Process* im bilateralen Konflikt einsetzen, sie dann dauerhafte gegenseitige Vertrauensbildung erreichen und somit einen direkten nuklearen Konflikt vermeiden können. Es soll jedoch hervorgehoben werden, dass

¹⁷ Mattoo (2000: 28) schlägt die Zeitperiode zwischen 1963 und 1989 als die Phase der intensivsten Kooperation und Vertrauensbildung zwischen den beiden militärischen Allianzen zu sicherheitspolitischen Problemen vor. Dabei erweist sich die vorläufige Phase der Entstehung der VBM zwischen 1963 und 1974 als nicht so relevant für diese Untersuchung.

ähnliche Kooperationsmechanismen bzw. -versuche kurz nach der Unabhängigkeit beider Länder in Südasien bereits vorlagen¹⁸, dennoch werden sie hier nicht betrachtet, da sie dem Untersuchungsziel nicht dienen.¹⁹

Hierbei sehe ich ein äußerst brennendes Forschungsproblem, nämlich wie in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan Vertrauen „gebildet“ bzw. Vertrauensbildung wirksam werden kann, um einen nuklearen Schlagabtausch zwischen diesen zwei Rivalen zu verhindern. Dies weist meines Erachtens auf eine Forschungslücke im Forschungsstand über den indisch-pakistanischen Konflikt hin.

Südasien gehört zu den Regionen der Welt mit dem größten Konfliktpotential, deshalb stellt sich unmittelbar die Frage nach der Anwendung bzw. Modifizierung des europäischen Konzeptes der Vertrauensbildung. Dennoch lässt sich ein solches Konzept wie der VBM-Mechanismus laut vielen Autoren in dem südasiatischen Kontext schwierig anwenden.²⁰ Hierbei soll deshalb untersucht werden, ob dies tatsächlich zutreffend ist und inwieweit der Vertrauensbildungsprozess in der nuklearen Sphäre gewissen Schranken ausgesetzt ist. Anschließend daran soll auch die Erklärungskraft des VBM-Ansatzes überprüft und wenn nötig sogar konditioniert werden. Offenbar ist die Einführung nuklearer und militärischer VBM nur eine notwendige und keine hinreichende Bedingung für Vertrauensbildung in Südasien. Welche hinreichende Bedingung hat in Europa das *Confidence Building* zum Erfolg geführt bzw. welcher Faktor hat in Südasien den Kausalmechanismus blockiert? Vielleicht soll am Anfang ein minimalistischer Ansatz der bilateralen Beziehungen eingeführt werden, wobei ein Dialog über die nuklearen Aspekte initiiert wird. Erst danach kann der Vertrauensbildungsprozess darauf aufgebaut werden, wenn beide Konfliktparteien davon überzeugt sind, dass der Nutzen dieses Dialogs zufolge höher als die Kosten für die Gewährung von Legitimität und Vertrauen ist (vgl. Mattoo 2000: 29).

Die Erforschung der Rolle der VBM und ihrer Einflussmöglichkeiten auf Staatshandeln verdichtet sich in jüngster Zeit auf die Frage, unter welchen Bedingungen das VBM-Konzept Einfluss auf Regierungshandeln haben und wie groß dieser Einfluss tatsächlich sein kann. Es geht darum, Erfolgsbedingungen zu spezifizieren, die die Varianz auf der abhängigen

¹⁸ Zu der Vertrauensbildung im militärischen Bereich zwischen Indien und Pakistan nach der Unabhängigkeit bis 1990 vgl. Bajpai 1996; Nambiar 2000.

¹⁹ Im Kapitel 2.5 werden die Hypothesen, Variablen und Operationalisierungen des theoretischen Teils diskutiert. Dort wird umfassend begründet, in welchen Untersuchungsperioden die nuklearen und militärischen VBM untersucht werden und aus welchen Gründen ich mich für diese zeitliche Differenzierung entschieden habe.

²⁰ Nach der Ansicht der meisten Autoren ist das europäische VBM-Modell in anderen Regionen kaum anwendbar, da dieser Prozess einmalig war und aus einer Mischung ganz verschiedener Faktoren resultierte, die nie wieder zusammenkommen (vgl. Nuri 2001).

Variable – in Form von *Confidence vs. Non-Confidence Building* – erklären können. In dieser Arbeit soll nun untersucht werden, unter welchen konkreten Bedingungen VBM-Einflussnahme in Form von *Confidence Building* erfolgreich sein kann. Dazu wird ein Erfolgsfall von VBM-Einflussnahme genauer betrachtet (am Beispiel des sowjetisch-amerikanischen Vertrauensbildungsprozesses) und dann vergleichsweise auf die nukleare Konfrontation zwischen Indien und Pakistan angewendet. Die systematische Testung ermöglicht die Identifizierung einer notwendigen und hinreichenden Bedingung für die Effizienz des VBM-Konzeptes. Die theoretische Relevanz dieses Vorhabens leitet sich aus diesem Forschungsbedarf ab.

Zurück zum empirischen Puzzle und zur Lösung desselben, kurz, zur praktischen Relevanz des Forschungsvorhabens: Erst das Hinzuziehen eines weiteren erklärenden Faktors – das Vorhandensein glaubwürdiger nuklearer Abschreckung nach der offenen Nuklearisierung beider Länder, die eine strategische Parität (und dadurch strategische Stabilität) im Militärbereich herbeiführt, – erklärt die Effizienz des Vertrauensbildungsprozesses zwischen Indien und Pakistan. VBM können deshalb dann Einfluss ausüben (bzw. der Vertrauensbildungsprozess erfolgt dann mit Erfolg), wenn die nukleare Abschreckung von beiden Konfliktparteien ganz bewusst aufrechterhalten wird. Abschließend lässt sich das empirische Puzzle in den folgenden Untersuchungskriterien zusammenfassen, die ich im Laufe der Analyse zu beantworten versuche:

- Ist die europäische Erfahrung über *Confidence Building* während des Kalten Krieges auf die nukleare Konfrontation zwischen Indien und Pakistan anwendbar (vgl. Krepon 2004b: 1)?
- Anhand welcher nuklearen und militärischen VBM kann ein nuklearer Krieg zwischen Indien und Pakistan verhindert werden (vgl. Jaspal 2003: 140)?
- Wie wird der Bedarf an VBM in diesem Bereich wie auch an Sicherheitskooperation in Südasien allgemein begründet (vgl. Kabir 2002b: 9)?

1.3 Gang der Untersuchung und Methode

Die Vorgehensweise dieser Magisterarbeit ist theoriegeleitet in dem Sinne, dass die vorher erläuterte Theorie bzw. theoretischen Ansätze ein Gerüst von Kriterien vorgeben, die dann systematisch an der gegebenen Empirie abgeprüft werden müssen (vgl. Kalina 2003: 145). Die theoretische Untersuchung erfolgt im gesamten zweiten Kapitel. Der theoretische Rahmen umfasst zuerst zwei grundlegende theoretische Hauptströmungen der internationalen

Beziehungen – Neorealismus und Konstruktivismus. Im Kapitel 2.1 untersuche ich eben wie diese zwei Denkschulen sich mit dem Begriff Vertrauen und den Möglichkeiten zu Kooperation auseinander setzen. Demnächst konzentriere ich mich auf die Erklärungsansätze bzw. -modelle zu Vertrauen (2.2) und dann die zum Vertrauensbildungsprozess (2.3) bzw. zu VBM (2.4), aus denen die Hypothese und die Variablen für die weitere Untersuchung generiert werden (2.5).

Danach erfolgt im dritten Kapitel (3) als großer Themenbereich der empirische Teil, nämlich die Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan. Zuerst wird der homogene Kontext dargelegt, d.h. das Bündel internationaler und nationaler Erklärungsfaktoren wird kurz erörtert, wobei anschließend alle alternativen Erklärungen ausgeschlossen werden (Kapitel 3.1). Darauf folgend wird die Vertrauensbildung in zwei Untersuchungszeiträume aufgeteilt und dementsprechend in zwei nacheinander folgenden Unterkapiteln näher behandelt, und zwar vor der Nuklearisierung Indiens und Pakistans (3.2) und nach ihrer Nuklearisierung (3.3).²¹ Schließlich werden die Ergebnisse der empirischen Analyse im Kapitel 3.4 zusammengefasst. Es wird eine Parallel zwischen den untersuchten Perioden T_1 und T_2 gezogen und über das VBM-Konzept wie auch über die modifizierten, kontextbezogenen VBM zu Vertrauensbildung zwischen Indien und Pakistan diskutiert. Die zwei Sachverhalte werden nebeneinander gestellt und miteinander assoziiert, damit sich bestimmte Gesetzmäßigkeiten herauskristallisieren lassen (vgl. Kalina 2003: 145). Hierbei sollte sich zum Zeitpunkt T_2 feststellen, unter welchen Umständen und inwieweit das gesamte VBM-Instrumentarium anwendbar ist. Abschließend wird auf die abhängige Variable geschlossen, d.h. auf die Effizienz des Vertrauensbildungsprozesses eingegangen. In der Schlussbetrachtung, die in den letzten vierten Kapitel (4) erfolgt, wird ein umfassender Ausblick über die Ergebnisse dieser Arbeit gegeben und alle wichtigen Schlussfolgerungen bezüglich des Kausalmechanismus zusammengefasst.

Ich werde bei der Untersuchung des oben geschilderten Forschungsproblems folgendermaßen vorgehen. Zuerst werde ich die theoretischen Grundlagen der internationalen Vertrauensbildung berücksichtigen, um das VBM-Konzept während des Kalten Krieges herauskristallisieren zu lassen. Dabei untersuche ich vor allem solche Mechanismen der

²¹ Hier soll kurz die Aufteilung in zwei Untersuchungszeiträume erläutert werden. Der Untersuchungszeitraum erfolgt ab 1990, weil dann die erste bewaffnete Krise zwischen Indien und Pakistan ausbricht, von der vermutet wird, sie könne sich in einen nuklearen Krieg verwandeln. Von diesem Augenblick an wird die Annahme gemacht, Indien und Pakistan verfügten bereits über Nuklearwaffen. Deswegen werde ich den Zeitraum von dieser ersten „nuclear crisis“ bis zur offenen Nuklearisierung als Periode T_1 ansehen. Die Untersuchungsperiode T_2 erstreckt sich logischerweise auf den Zeitraum nach den Kernwaffentests bis heutzutage. Näher darauf wird im Kapitel 2.5 über die Hypothese, Variablen und Operationalisierung eingegangen.

Vertrauensbildung, die sich tatsächlich bewährt und als erfolgreich erwiesen haben.²² Nachdem ich den Vertrauensbegriff als Konzept aus allen theoretischen Ansätzen und Strömungen abgeleitet habe, kann ich dann gewisse Annahmen (Erklärungsfaktoren) über den Vertrauensbildungsprozess in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan herausbilden lassen, um sie dann an der empirischen Wirklichkeit (d.h. an der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan) zu testen.

Dabei stehen die abgeleiteten nuklearen und politisch-militärischen VBM im Vordergrund. Der Zusammenhang zwischen CBMs, dem *Confidence Building Process* und der Strategie des *Nuclear Deterrence*²³ wird theoretisch rückgebunden und in 2.5 in eine überprüfbare Hypothese transformiert. Die unabhängigen Variablen – mit notwendiger und hinreichender Bedingung – und die abhängige Variable werden in diesem Zusammenhang operationalisiert. Das dritte Kapitel umfasst dann den Vertrauensbildungsprozess in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan im Querschnitt für alle Erklärungsfaktoren, die am Untersuchungsfall analysiert werden (vgl. Kapitel 3.1) sowie im Längsschnitt für den Untersuchungszeitraum vor der Nuklearisierung (1990 bis 1998) wie auch nach den Kernwaffentests (1998 bis 2005) (vgl. Kapitel 3.2 bzw. 3.3).

Anhand der Abbildung (4) wird nochmals veranschaulicht, in welchem Zusammenhang die zwei Untersuchungszeiträume zueinander stehen. Als Schnittstelle erweist sich das Jahr 1998, denn in diesem Jahr sind die Kernwaffentests von Indien und Pakistan durchgeführt worden. Dementsprechend wird die Zeitperiode vor 1998 als T_1 bezeichnet, da in dieser Periode beide Länder im Schatten der nuklearen Abschreckung agieren müssen. Jeder der beiden Rivalen befürchtet bzw. vermutet, der andere könnte über Nuklearwaffen verfügen, aber es besteht kein Beweismaterial dafür. Nach 1998 bekennen sich sowohl Indien als auch Pakistan offiziell zu dem Kernwaffenstatus, nachdem sie Nukleartests durchgeführt haben. Diese Zeitperiode wird in meiner Untersuchung als T_2 charakterisiert, weil beide Länder sich schon an die Politik der nuklearen Abschreckung halten müssen.

²² Hierbei wären folgende Fragen zu behandeln: „What is expected from the CBMs and what have the existing CBMs delivered? Why the CBMs were much more successful in Europe but did not pay similar dividends in South Asia?” (Cheema 2002: 45). „What recipe can be pursued in order to make them work?” (Cheema 2002: 62).

²³ Der Begriff der nuklearen Abschreckung wird detailliert im Kapitel 3.3.1 behandelt

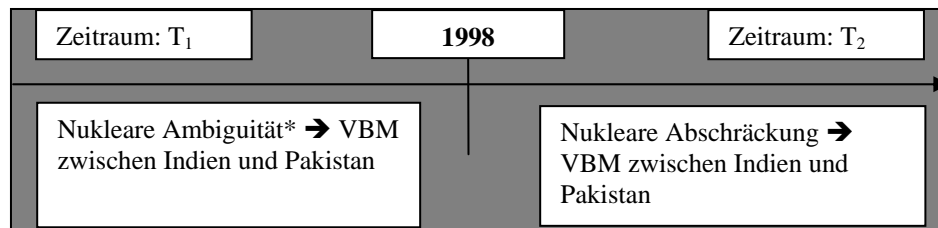


Abbildung 4: Methodologischer Rahmen I (eigene Darstellung)²⁴

Im Folgenden werde ich mich schrittweise an der Beschreibung, Erklärung und der darauf folgenden Überprüfung bzw. Prognose der untersuchten Wirklichkeit orientieren. Ich werde deduktiv vorgehen, da ich die allgemein aufgestellte und theoretisch abgeleitete Hypothese systematisch für den Untersuchungsfall testen werde, indem ich sie in überprüfbare Bestandteile umsetze (operationalisiere) (vgl. Alemann/Forn dran 2002: 52). Die Methodik erfolgt aus dem folgenden Rahmen. Die auf allgemeinen Aussagen über den Zusammenhang zwischen *Confidence Building*, *CBMs* und *Nuclear Deterrence* aufgestellte Hypothese liegt anhand des empirischen Beispiels bereits vor, indem die europäische Erfahrung über Vertrauen, Vertrauensbildung und VBM während des Kalten Krieges deskriptiv erfasst wird. Dann wird die Hypothese mit der entsprechenden Konstellation von den unabhängigen und der abhängigen Variable (zusammen mit der notwendigen und hinreichenden Bedingung) an der untersuchten Wirklichkeit (d.h. der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan) getestet. In der Arbeit werde ich hermeneutisch vorgehen und mich auf die zur qualitativen Methode eingeordnete qualitative Inhaltsanalyse stützen (vgl. Mayring 2000). In von mir ausgewählten Verträgen, Vereinbarungen, Abkommen, Kommunikationsdaten und weiteren Informationsangaben über die Vertrauensbildung zwischen Indien und Pakistan (operationalisierte Erklärungsfaktoren) werde ich nach gewisser Intensität und Quantität der unabhängigen Variablen in der Vor- bzw. Nachperiode der Nuklearisierung (T₁ vor 1998; T₂ nach 1998) suchen, um gewisse Kausalitäten zwischen *Confidence*, *Confidence Building*, *CBMs* und *Nuclear Deterrence* zu erkennen. Schließlich werden die Abweichungen bzw. Ähnlichkeiten zwischen dem im Voraus festgelegten VBM-Konzept und der untersuchten Wirklichkeit analysiert und die entsprechenden Schlussfolgerungen zur Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan gezogen.

Dabei werde ich die angesprochenen Maßnahmen vor und nach 1998 nach Intensität und Ähnlichkeit/Unterschiedlichkeit vergleichen. Somit kann ich dann eine gewisse Varianz der abhängigen Variablen feststellen und nach Erklärungsmöglichkeiten dafür suchen. Dies wird anhand der Abbildung (5) veranschaulicht.

²⁴ Der Begriff der nuklearen Ambiguität wird detailliert im Kapitel 3.2.1 behandelt.

	VBM zwischen Indien und Pakistan vor der Nuklearisierung	VBM zwischen Indien und Pakistan nach der Nuklearisierung
Erklärungsfaktor (UV₁)	o Quantität und Ähnlichkeit	o Quantität und Ähnlichkeit
Erklärungsfaktor (UV₂)		
Erklärungsfaktor (UV_n)	x Quantität und Unterschiedlichkeit	o Quantität und Unterschiedlichkeit

Abbildung 5. Methodischer Rahmen II (eigene Darstellung)

Schließlich soll nachgewiesen werden, welche theoretischen Konzepte am Beispiel der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan zutreffend sind.

2 Theoretischer Rahmen²⁵

2.1 Neorealistische vs. konstruktivistische Perspektive im Überblick

2.1.1 Die neorealistische Perspektive in den internationalen Beziehungen²⁶

Die Problematik der Vertrauensbildung im militärischen und nuklearen Bereich zwischen Indien und Pakistan versuche ich zuerst anhand des neorealistischen (machtpolitischen) Ansatzes zu erklären. Seine theoretischen Grundprämissen besagen, dass die Staaten als Hauptakteure in einer anarchischen Struktur des internationalen Systems agieren und daran anpassend ihre Nationalinteressen verfolgen. Die Staatsakteure gelten als rationale Nutzenmaximierer im System der internationalen Beziehungen. Dabei handelt es sich um den relativen Machtgewinn, den sie durch ihr Handeln und ihre Zielsetzungen anstreben, und nicht um die absolute Machterhaltung. Sie handeln nach dem Selbsthilfeprinzip und versuchen gegenüber den anderen Akteuren ihre Macht aufrechtzuerhalten. Die Interaktion zwischen den Akteuren bezieht sich auf ihre relative Machtposition und wird von ihren wechselseitigen Bedrohungsperzeptionen beeinflusst (vgl. van Evera 1999, zitiert nach Frey 2002: 3). Durch diese Verhaltensstrategie wird immer eine *Balance-of-Power*-Konstellation von allen Akteuren angestrebt.

Das Streben nach militärischer Macht (d.h. militärische Überlegenheit) bzw. nach militärischem Gleichgewicht kennzeichnet sich als „Strukturmerkmal der internationalen Beziehungen“ (vgl. Forndran 1981: 8, zitiert nach Zielinski 1985: 41). Als gewünschtes und verfolgtes Endergebnis (*Output*) dieser sicherheitsorientierten Strategie gilt die

²⁵ Der theoretische Rahmen dieser Arbeit erstreckt sich über 50 Seiten, was eigentlich zu viel Raum beansprucht. Dies lässt sich damit begründen, dass ich von der Notwendigkeit eines tief gehenden theoretischen Teils überzeugt bin, weil das Thema an sich sehr abstrakt und theoriebedürftig ist. Aus diesem Grund erlaube ich mir so viel Raum für den theoretischen Rahmen, um alle möglichen Aspekte sowohl des Vertrauensbegriffs als auch der Vertrauensbildung herauskristallisieren zu lassen.

²⁶ Zum Neorealismus vgl. Waltz 1979; 2000, Gilpin 1981, Grieco 1988 usw.

Gewährleistung der Stabilität in den bi- bzw. multilateralen Verhältnissen zwischen den einzelnen Akteuren bzw. den Kernwaffenstaaten, wenn die nukleare Komponente auch in die Analyse mit einbezogen wird. Das nukleare Abschreckungssystem, das während des Kalten Krieges zwischen den zwei feindlichen Allianzen (der USA und der Sowjetunion) entstand, erweist sich als Endergebnis des realistischen Denkens. Somit wird die Entspannungspolitik, die in den 80er Jahren einsetzte, auch als Teilstrategie der Sicherheitspolitik der Nuklearmächte verstanden, da dadurch die gegenseitige Stabilität sichergestellt werden kann. Ähnlich wird die *Arms-Control*-Politik damit begründet, dass das primäre Ziel zur Einführung einer solchen Strategie in der Gewährleistung der Stabilität zwischen allen potentiellen Machtakteuren besteht.

Dabei stellt sich heraus, dass Vertrauen als ein zweitrangiger Begriff angesichts der oben dargestellten theoretischen Begriffshierarchie gilt, da Machtkonkurrenten sich grundsätzlich zu misstrauen neigen. Somit muss Vertrauensbildung nicht unbedingt auf bestehendem Vertrauen aufgebaut werden. So lange die strategische Parität aufrechterhalten bleibt und die gegenseitige Sicherheit durch die nukleare Abschreckung gewährleistet ist, kann Vertrauensbildung in kleinen Schritten im Rahmen der einzelnen Strategien erfolgen, und zwar nur, wenn dies der Sicherheitsstrategie der teilnehmenden Akteure dient. Wenn gewisse VBM eingeführt werden, dann nur, weil sie als Instrumente die notwendige Basis für Vertrauensbildung schaffen. Dennoch ist die Effizienz ihrer Umsetzung und Einhaltung nicht auf den Vertrauensbildungsprozess selbst, sondern auf das realistische Kalkül der Akteure angewiesen (vgl. Zielinski 1985: 40ff.).

Wie lassen sich die bisherigen Überlegungen zusammenfassen? Anhand der Abbildung 5 wird veranschaulicht, dass die Sicherheitspolitik als Entspannungspolitik, als Rüstungskontrollstrategie oder Vertrauensbildungsprozess real-/machtpolitisch begründet werden kann. Diese Strategien führen alle zu dem erwünschten Endergebnis, nämlich die Gewährleistung von strategischer Stabilität zwischen allen Machtkonkurrenten. Dabei erweist sich das VBM-Konzept als der notwendige Mechanismus, der abgesehen von der verfolgten Strategie gewisse Instrumente anbietet.²⁷ Aus der Abbildung 6 lässt sich schließen, dass die Staaten allerdings nur dann Interesse an der Vertrauensbildung hatten, solange dies ihrer Sicherheitspolitik zum Zweck der Stabilitätssicherung dient.

²⁷ In dieser Arbeit wird nicht darauf eingegangen, welche Instrumente welcher der drei Strategien zuzuordnen sind, weil dies für die weitere Analyse irrelevant ist.

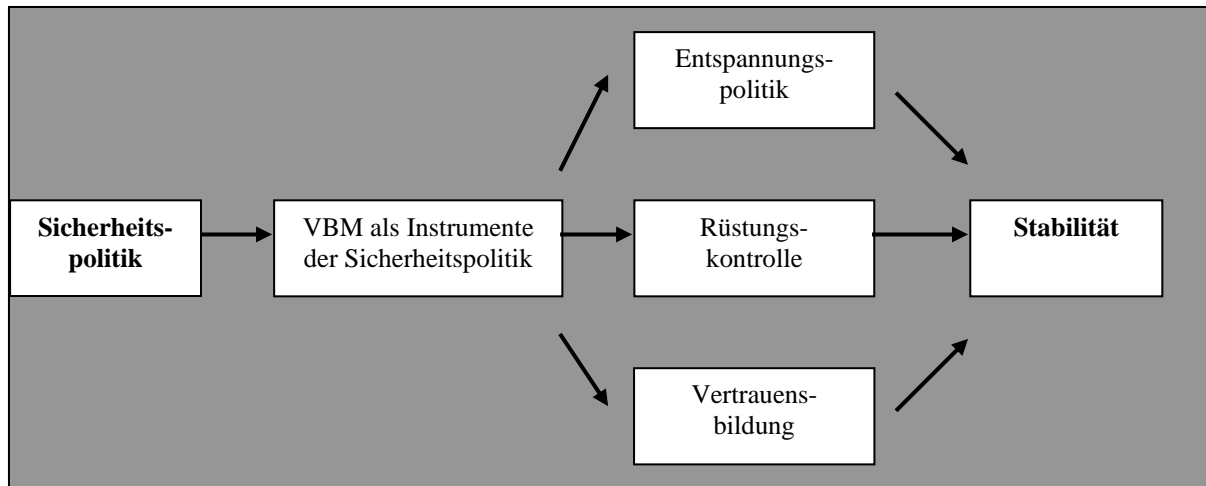


Abbildung 6: Realistische Denkweise bezüglich des Zusammenhangs zwischen Sicherheitspolitik (als Input) und Stabilität (als Output)

Diese theoretischen Annahmen treffen auf Südasien völlig zu. Die Region ist tatsächlich durch das Fehlen einer weit reichenden Sicherheitsarchitektur bzw. wichtiger sicherheitspolitischer Regionalabkommen als anarchisch zu bezeichnen (vgl. Frey 2002: 3). Das Gleichgewichtsverhältnis lässt sich auf dem Subkontinent durch zwei wesentliche Verhaltensstrategien erläutern. Zum einen strebt Indien nach mehr Macht, um sich im *Southern-Asian*-Raum zu behaupten bzw. zu einem globalen Akteur zu werden.²⁸ Dies zeigt sich nicht nur an dem Entschluss zur offenen Nuklearisierung, sondern auch an seiner Wirtschafts-, Handels- und Militärpolitik. Zum anderen versucht Pakistan durch die offene Nuklearisierung den machtpolitischen Status quo in Südasien zu verändern. Dadurch entstehen zentrifugale Kräfte, die das Gleichgewicht der bilateralen Konstellation aufrechterhalten.

Die 50-jährige geschichtliche Episode der bilateralen Beziehungen spielt insofern eine herausragende Rolle, dass seither eine auf die regionale Überlegenheit Indiens zurückzuführende Stabilitätsverletzung für Pakistan entsteht. Dies lässt sich dadurch erklären, dass Pakistan sich ausschließlich von Indien bedroht fühlt, was auf das deutliche Ungleichgewicht der bilateralen Konstellation zurückzuführen ist. Der politischen Elite und dem Militär ist die konventionelle Unterlegenheit Pakistans voll bewusst, deshalb erfolgt eine Neuformulierung der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten aufgrund des sicherheitspolitischen Kalküls.

Ein weiterer Erkenntnisgewinn lässt sich aus dem neorealistischen Ansatz hinsichtlich der Erklärung des Sicherheitsdilemmas ableiten. Dieses Postulat beruht auf den Sicherheitsperzeptionen der zwei unmittelbaren Rivalen, die immer unsicher über die Motive

²⁸ Die Southern Asian Area umfasst China, Zentralasien, Afghanistan, Iran, Oman, Südasien, Myanmar, Thailand, Malaysia, Indonesien und den nördlichen Teil des Indischen Ozeans (vgl. Mazari 1999).

und Vorhaben des Gegners bleiben. Dennoch wird die internationale Sicherheit als die Abwesenheit von existenziellen Bedrohungen eines Staates durch einen anderen Staat definiert.²⁹ Die Unsicherheit und der Mangel an genug glaubwürdiger Information zwingen die Staaten dazu, immer mehr Machtressourcen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu mobilisieren. Kenneth Waltz unterstreicht in seiner theoretischen Analyse, dass die Machtressourcen eines Staates auf das Territorium, die Bevölkerungszahl, die Wirtschaftsressourcen, die Militärmacht sowie die politische Stabilität und die Kompetenz der politischen Elite zurückzuführen sind (vgl. Waltz 1979). Folglich handelt es sich um ein Zusammenspiel mehrerer wichtiger Faktoren, welche einen bedeutenden Einfluss auf die sicherheitspolitischen Perzeptionen ausüben.

Pakistan versucht anhand seines Kernwaffenprogramms eine Machtbalance gegen die konventionelle Überlegenheit Indiens zu schaffen. Es ist die Rede von einer *Balanced-Imbalance*-Situation (vgl. Ischebeck 1994). Indien begründet die Entwicklung seines militärischen Nuklearprogramms nicht mit der Bedrohung, die von seinem Anrainerstaat ausgeht. Der Konflikt mit Pakistan wird von Indien nicht als bipolar wahrgenommen (vgl. Ischebeck 1994). Vielmehr ist Indien auf den Vergleich mit China fixiert, in allen möglichen Ebenen sieht es die bevorstehende Konkurrenz gegen seinen größeren zentral- und ostasiatischen Nachbarn an.

Die nukleare Rüstung bzw. der Besitz von Kernwaffen gelten als eines der wichtigsten Machtressourcen. Und hier ist wieder die Rede von der komplizierten strategischen Konstellation in Südasien. Die Einbeziehung Chinas verkompliziert erheblich die Sicherheitslage auf dem Subkontinent. Dadurch entsteht ein „offenes Sicherheits- bzw. Bedrohungs-dreieck“ zwischen China, Indien und Pakistan. Während sich Indien in erster Linie von China bedroht sieht und Pakistan als sekundäre Bedrohung betrachtet, fühlt sich Pakistan ausschließlich von Indien bedroht. Dazu wirkt die Partnerschaft zwischen China und Pakistan auch sehr beunruhigend für Indien. Besonders die enge Zusammenarbeit im nuklear- bzw. raketentechnologischen Bereich belastet die indisch-chinesischen Beziehungen. Für die Sicherheitslage in Südasien erweist sich im Groß und Ganzen als nachteilig, dass die beschriebene Dreiecksbeziehung aus zwei Ungleichgewichten besteht: Indien ist China militärisch unterlegen und Pakistan ist dies gegenüber Indien. Diese Konstellation führt dazu, dass die jeweils Unterlegenen (Indien und Pakistan) nuklear und ballistisch aufrüsten müssen. Die Folge davon ist die Entstehung von geradezu unversöhnlichen Bedrohungs- und

²⁹ Definition der internationalen Sicherheit, Internet: http://www.fu-berlin.de/atasp/texte/030512_neyer_sicherheit.rtf, Zugriff 27.08.2004.

Sicherheitsperzeptionen, die zu einer entsprechenden Sicherheitspolitik in beiden Ländern führt. Zu den größten Problemen der indisch-pakistanischen Beziehungen gehört seitdem ein Sicherheitstrauma, das auf der pakistanischen Seite angesichts der Erfahrungen von drei Kriegen und mehreren Konflikten weitaus stärker wirkt (vgl. Massing 2000).

2.1.2 Konstruktivistische Perspektive

Wie anhand der kurzen Zusammenfassung der Hauptprämissen der neorealistischen Denkschule deutlich wurde, ist zu wenig Raum für Vertrauensbildung da, weil die Akteure als Nutzenmaximierer kaum Vertrauen zu schenken bereit sind. Deshalb wird des Weiteren anhand anderer theoretischer Ansätze dargestellt, dass die Vertrauensbildung über die realistische Denkweise hinausgeht. Hier greift eine umfassendere Erklärung, denn die Vertrauensbildung soll aus allen möglichen theoretischen Blickwinkeln gefasst werden.³⁰ Die Kritik³¹ am neorealistischen Paradigma wird mit dem gesamten Begriff *Critical International Relations* bezeichnet (vgl. Scherrer 1994: 303). Laut dieser theoretischen Strömung rückt die Kontextbezogenheit in den Vordergrund. Hierbei geht es nicht mehr vorwiegend um Machtbalance und Machterhaltung, sondern auch darum, „wie diese vorherrschende Theorietradition bestehende Machtverhältnisse und Interessen reflektiert und reproduziert“ (Scherrer 1994: 303). Ich werde dabei nicht auf das gesamte Spektrum der kritischen Theorien eingehen, sondern nur die konstruktivistische Kritik behandeln.

Als Gegengewicht des neorealistischen Ansatzes werde ich den Konstruktivismus zur Erläuterung der zu untersuchenden Begriffe anwenden, da meiner Meinung nach der Neorealismus bei der Analyse des Vertrauensbegriffs zu kurz greift. Die konstruktivistische Strömung in den internationalen Beziehungen widerlegt die realpolitische Grundannahme, dass die Akteure konsequent und rational ihre Präferenzen verfolgen, indem sie die Nutzen maximieren bzw. die Kosten minimieren wollen (vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 2). Im Gegenteil zum Neorealismus versucht der Konstruktivismus kein außenpolitisches Verhalten zu erklären, sondern basiert auf der Angemessenheitslogik (*Logic of Appropriateness*), die auf aus gewissen Werten sich ableitenden Normen basiert (vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 3). Diese Normen formen die Identitäten, Interessen, Präferenzen und kollektiven Ziele der Akteure. Zugleich bestimmen sie oder lehnen sie gewisses Handeln ab. Die Normen können sowohl der internationalen Interaktion der Staaten entspringen oder durch innergesellschaftliche Prozesse entstehen (vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 3). Wenn es

³⁰ Zur Kritik am neorealistischen Paradigma der internationalen Beziehungen vgl. Scherrer 1994: 303-323.

³¹ Diese Kritik richtet sich nicht nur an den Neorealismus, sondern auch an die andere theoretische Hauptströmung der idealistischen Denkschule der IB.

sich um internationale Normen handelt, dann basieren diese auf völkerrechtlichen Verträgen und Abkommen, Schlussakten internationaler Konferenzen und Gipfeltreffen wie auch auf nicht verbindlichen Erklärungen mehrerer Staaten. Am Beispiel der internationalen Vertrauensbildung, d.h. ihrer Geschichte und der theoretischen Ansätze zu ihrer Entstehung und Entwicklung, lassen sich die allgemein gültigen Normen über Vertrauen, Vertrauensbildung und VBM ausdifferenzieren.³²

Welche sind die Kriterien, nach denen man die relative Bedeutung dieser Normen beurteilen kann? Zum einen ist die Allgemeinheit einer Norm von erstrangiger Bedeutung, d.h. sie muss von der Mehrheit der Entscheidungsträger geteilt werden. Dann ist auch wichtig, dass die Norm so spezifiziert ist, um angemessenes von nicht angemessenem Handeln abgrenzen zu können. Folglich ist jede Änderung des Verhaltens eines Staatsakteurs nicht auf die Machtbalance bzw. auf jedes neue Machtungleichgewicht, sondern auf die Umwandlung der relevanten Normen zurückzuführen (vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 3).

Wie schon oben erwähnt wurde, steht die Kritik am nutzenmaximierenden Verhalten des *homo oeconomicus* im Vordergrund des konstruktivistischen Ansatzes.³³ Es handelt sich trotzdem um ein Akteurmodell, wobei in dieser Arbeit nur die Staaten als Akteure berücksichtigt werden.³⁴ Dabei sind die Normen, Ideen, Werte und Identitäten statt der Macht selbst die Variablen, die „als Instrumente zur zweckrationalen Durchsetzung gegenüber Interessen eine Rolle spielen“ (Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 4). So können, wie oben schon hervorgehoben, die Normen und die „wertgestützten Erwartungen“ angemessenen Verhaltens das Handeln der Staaten beeinflussen. An diese Stelle wird das Konzept von *Homo Oeconomicus* durch das Konzept des *Homo Sociologicus* bzw. des *Role Player* ersetzt (Hasenclever/Rittberger/Mayer 1997: 155; Schaber/Ulbert 1994, zitiert nach Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 4).

Wie aus der neorealistischen Denkweise deutlich wird, agieren die Staaten in einer anarchischen Umwelt, wo sie auf Selbsthilfe angewiesen sind, d.h. sie müssen auf Machtressourcen zurückgreifen, um ihre Position behaupten zu können. Im Gegenteil betrachtet Alexander Wendt die Anarchie als eine Umwelt, wo die Staaten friedlich

³² Somit wird der soziale Konstruktivismus hier nicht behandelt, da die Normen, die innerhalb der Gesellschaft entstehen und sich etablieren, keine Relevanz für die Analyse dieser Arbeit haben. Hierzu zählen Indikatoren wie die Verfassungs- und Rechtsordnung, die Partei- und Wahlprogramme, Parlamentsdebatten, Statistik über die öffentliche Meinung (vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 3).

³³ Zu der Kritik an den neorealistischen und neoliberalen Ansätzen aus konstruktivistischer Perspektive vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 1999.

³⁴ Laut des konstruktivistischen Ansatzes setzt sich das Akteurmodell nicht nur durch die Staaten als Akteure zusammen, sondern auch innergesellschaftliche Akteure können eine wichtige Rolle dabei spielen.

nebeneinander existieren können (vgl. Scherrer 1994: 312). Hierbei heißt es nicht, dass manche Staaten keine aggressiven Vorhaben zeigen. Dennoch zerstört das feindliche Verhalten anderer Staaten die friedliche Koexistenz aller Beteiligten lange noch nicht, da dies nicht automatisch einen realistischen Selbsthilfereflex bei den anderen bewirken soll. Daraus ist zu schließen, dass die Anarchie, so Alexander Wendt, nur die notwendige und nicht die hinreichende Bedingung für ein realpolitisches Selbsthilfeverhalten ist (vgl. Scherrer 1994: 312).

Während der Neorealismus besagt, dass die Interessen und Identitäten der Akteure exogen festgelegt werden, sind diese laut des konstruktivistischen Ansatzes nicht von vornherein vorgegeben, sondern sie ändern sich ständig aufgrund der gesellschaftlichen Interaktion (vgl. Scherrer 1994: 313). Dies lässt sich damit erklären, dass Individuen wegen einer bestimmten Idee handeln, die für alle anderen Akteure dieselbe Bedeutung hat. Sie verändert sich mit der Zeit angesichts der Perzeptionen und der Signale, die empfangen bzw. entsandt werden. Somit entstehen „Bezugspunkte für Identitäten und Interessen“ (Scherrer 1994: 313), abgesehen davon, ob reziprokes Handeln als Reaktion auf das Handeln eines Akteurs zustande kommt oder nicht.

Dabei geht es nicht um eine völlige Verneinung der „realistischen“ Welt, wo jeder Akteur am Selbserhalt interessiert ist und gegen die anderen zu agieren bereit ist. Gleichwohl erfordert die gesellschaftliche Interaktion, die in der Realität unvermeidbar ist, einen interaktiven Lernprozess über das eigene Verhalten, während dessen neue Rollenidentitäten und neue Interessen erzielt werden können (vgl. Scherrer 1994: 313-314). Die Lernprozesse verlaufen zwar sehr langsam und schrittweise, aber sie können unter Umständen durch gewisse Ereignisse auch beschleunigt werden (vgl. Wendt 1992: 412-415, zitiert nach Scherrer 1994: 314). Dafür bestehen einige notwendige Bedingungen. Zum einen sollen die staatlichen Akteure ihre Sicherheit im Verhältnis zu den anderen Staaten nicht relativieren. Zum anderen sollen die Identität und Interessen jedes Staates nur durch die Interaktion mit den anderen Staaten und nicht aufgrund innergesellschaftlicher Prozesse entstehen bzw. sich umwandeln lassen. Dies erklärt sich damit, dass das jeweilige Verhalten der staatlichen Akteure ziemlich unabhängig von den innergesellschaftlichen Prozessen und Interaktionen verläuft (vgl. Wendt 1992: 422ff., zitiert nach Scherrer 1994: 314). Somit wird die neorealistische Prämisse über die rational handelnden, nutzenmaximierenden Akteure durch die Konstituierung und Identitätsbildung aufgrund gesellschaftlicher Interaktion auf Staatenebene widerlegt (vgl. Scherrer 1994: 314).

Dementsprechend wird das Machtverständnis ebenso neu definiert, und zwar handelt es sich laut des konstruktivistischen Ansatzes um ein relativiertes Machtverständnis, das auf die Fähigkeit reduziert ist, „Ressourcen gegenüber einem anderen Staat mobilisieren zu können“ (vgl. Scherrer 1994: 314-315). Durch den konstruktivistischen Ansatz wird die ideelle und soziale Dimension der Analyse sensibilisiert (vgl. Mayer/Rittberger/Zelli 2003: 16), wobei hier insbesondere die Untersuchung der Perzeptionen und eigener Identität greift.³⁵

2.2 Theoretische Erklärungsmodelle für Vertrauen

Das Forschungsgebiet Vertrauen ist sehr umfangreich und beinhaltet verschiedene theoretische Strömungen (Ansätze). Dies liegt an der langwierigen und tief greifenden Geschichte des beispiellosen Vertrauensbildungsprozesses in Europa während des Kalten Krieges und vor allem an der bilateralen Kooperation zwischen den USA und der Sowjetunion im nuklearen und politisch-militärischen Bereich. Bevor ich aber mit den theoretischen Grundlagen anfangen möchte, möchte ich die einzelnen hier zu berücksichtigenden Begriffe und ihre Begriffsbestimmung kurz ausdifferenzieren.

Im Mittelpunkt der Analyse steht der Begriff *Vertrauen* sowie der sich daraus ergebende Begriff *Vertrauensbildung*. Laut der Forschungsfrage dieser Arbeit gilt die Vertrauensbildung zwischen Indien und Pakistan als die abhängige Variable, die durch eine gewisse Menge erklärender Faktoren (d.h. unabhängiger Variablen) zu untersuchen ist.³⁶ Hierbei kommt ein nächster Begriff, nämlich der der Vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM), die das größte Erklärungspotential bezüglich der abhängigen Variable aufweisen.

Aufgrund dieser drei Begriffe kann ich den primären theoretischen Rahmen folgenderweise aufbauen. Die abhängige Variable (*Confidence Building* zwischen Indien und Pakistan) wird auf den theoretischen Grundlagen über *Confidence* und *Confidence Building Process* untersucht und anhand der auf dem VBM-Konzept basierenden Empirie (der unabhängigen Variablen) an der Wirklichkeit (der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan) getestet. Dabei ist zwischen dem statischen Begriff des Vertrauens und dem dynamischen Prozess der Vertrauensbildung streng zu unterscheiden. Dies gilt auch für die Unterscheidung zwischen der Vertrauensbildung als Prozess und den Vertrauensbildenden Maßnahmen als Instrumentarium.

³⁵ Die in diesem Ausschnitt angesprochenen Prämissen des konstruktivistischen Ansatzes finden nachfolgend ihren Ausdruck in der theoretischen Auseinandersetzung mit den Ansätzen zu Vertrauen, Vertrauensbildung und VBM.

³⁶ Dies wird umfassend im Kapitel 2.5 über die Hypothese, Operationalisierung und die Variablen erläutert.

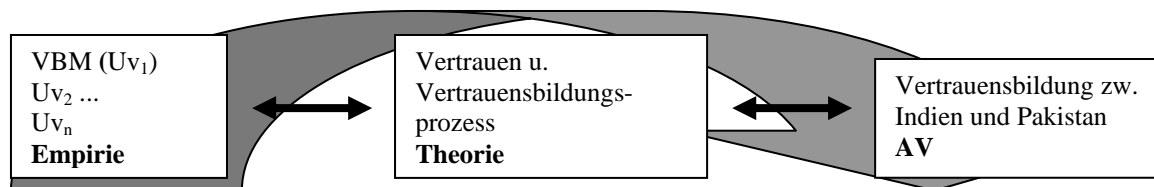


Abbildung 7: Theoretischer Rahmen der Begriffsbestimmungen (eigene Darstellung)

Zuerst werde ich auf einige wichtige Ansätze zur Erläuterung des Vertrauensbegriffs eingehen. Diese lassen sich in einige Hauptströmungen aufteilen, die ich dementsprechend in aufeinander folgenden Unterkapiteln behandeln werde.

2.2.1 Soziologische Aspekte des Begriffs „Vertrauen“

Als ersten werde ich den soziologischen Ansatz untersuchen, der sich aus einigen wichtigen Aspekten zusammensetzt. Zum einen werde ich auf Luhmanns Beitrag eingehen. Dann werde ich die soziologischen Aspekte des Vertrauens unter dem Blickwinkel der internationalen Politik bzw. der nationalen Sicherheit behandeln. Abschließend werde ich die Ergebnisse in einem letzten Unterkapitel zusammenfassen und eine Bilanz ziehen.

Vertrauen aus Luhmanns (1973) systemtheoretischer Sicht

Betrachtet man Vertrauen in den internationalen Beziehungen aus systemtheoretischer Perspektive, so geht man zuerst auf Niklas Luhmann³⁷ und seine Analyse des Vertrauensbegriffs als Reduktion der sozialen Komplexität zurück (vgl. Zielinski 1985: 15). Als zentrales Problem wird die Wechselwirkung zwischen Umwelt und Welt, Umwelt und Menschen untersucht. Die soziale Komplexität ist alles, was den Menschen umgibt und sie kennzeichnet sich durch „die Zahl der Möglichkeiten, die durch Systembildung ermöglicht werden“ (Luhmann 1973: 9). Um sich aufrechterhalten zu können, muss ein System sich auf alle neu entstehenden Möglichkeiten anpassen. Es kommen jedoch mehr Möglichkeiten als Wirklichkeiten (d.h. Realität) vor, die die Welt als Systemgefüge hinnehmen kann (vgl. Zielinski 1985: 15). Diese Tatsache verursacht automatisch Diskrepanzen zwischen Umwelt und Welt. Wird einem Menschen die Komplexität der Welt und damit auch die Selektivität seiner Umwelt bewusst, so entsteht dadurch ein Bezugsproblem seiner Selbsterhaltung. Unter diesen Umständen der reduzierten Wirklichkeit und der eingeschränkten Information müssen die Menschen Entscheidungen treffen, indem sie mit der neuartigen Dimension der Komplexität, d.h. „die erlebte (wahrgenommene) und verstandene subjektive Ichhaftigkeit des anderen Menschen“ konfrontiert sind (Luhmann 1989: 5). Folglich wird die soziale Komplexität, so Zielinski, „durch die prinzipielle Unberechenbarkeit anderer Menschen“

³⁷ Zu einer umfassenden Analyse des Ansatzes von Luhmann vgl. Zielinski 1985: 15-19.

erweitert (1985: 15). Schließlich kann man tatsächlich die Möglichkeiten vergrößern, von denen die Welt als Systemgefüge Gebrauch machen kann, indem die Komplexität der Wirklichkeit reduziert wird. Und dies kann allerdings durch Vertrauen zustande kommen:

„Vertrauen braucht man zur Reduktion einer Zukunft von mehr oder weniger unbestimmt bleibender Komplexität“. (Luhmann 1973: 16)

Laut Luhmanns Theorie können sehr unterschiedliche „psychische“ Subsysteme (wie die des Menschen) in sozialen Systemen (wie die der Welt) funktional äquivalent operieren, so dass die sozialen Systeme sich von Prozessen psychischer Individualisierung in gewissem Umfang unabhängig machen können (1973: 4ff.).³⁸ Anhand der funktionalen Analyse, die weder induktiv noch deduktiv, sondern heuristisch ist, versucht der Autor sich mit der Begriffsbestimmung des Vertrauens auseinander zu setzen. Mit Hilfe eines Zitats von M. Deutsch (1962: 303, zitiert nach Luhmann 1973: 2) lässt sich die Definition über Vertrauen wie folgt herauskristallisieren:

„A trusting choice may be based upon ‘despair’, ‘conformity’, ‘impulsivity’, ‘innocence’, ‘virtue’, ‘faith’, ‘masochism’, or ‘confidence’”.

Vertrauen wird in diesem Sinne als eine soziale Beziehung definiert, die eigenen Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Des Weiteren wird Luhmanns Definition über Vertrauen erweitert (1973: 4):

„Vertrauen bildet sich in einem Interaktionsfeld, das sowohl durch psychische als auch durch soziale Systembildungen beeinflusst wird und keiner von ihnen exklusiv zugeordnet werden kann. Deshalb müssen wir in eine allgemeine Theoriesprache ausweichen, die die Begriffe *System*, *Umwelt*, *Funktion* und *Komplexität*³⁹ so abstrakt verwendet, daß sie sowohl psychologisch als auch soziologisch interpretierbar sind“.

Vertrauen setzt eine gewisse Theorie der Zeit voraus (Luhmann 1973: 10), die ihrerseits auf einen bestimmten Grad an Wissen (Information), Erfahrung und historischer Grundlagen zurückzuführen ist (vgl. Zielinski 1985: 15). Durch Vertrauen soll genug Zeit gewährleistet werden, um diese Grundlage auszuweiten, d.h. um Wissen zu erhöhen, Erfahrung zu verbessern, die Wirkung historischer Besonderheiten zu mindern. Luhmann (1973: 11) legt als primäres Ziel des Vertrauens folgende Zielsetzung fest:

„Vertrauen braucht man zur Reduktion einer Zukunft von mehr oder weniger unbestimmt bleibender Komplexität“.⁴⁰

³⁸ Hierbei geht es um die prominente Systemtheorie, deren Vorfahren u.a. Luhmann (1973; 1984; 2004) und T. Parsons (1951; 1971; 1980) sind. Zu einer umfangreichen Analyse der Systemtheorie in den internationalen Beziehungen vgl. Menzel 2001: 104-108.

³⁹ (kursiv der Autorin)

⁴⁰ Zu „Vertrauen“ aus systematischer Sicht vgl. Zielinski 1985: 15-19.

Folglich stellt die Vergangenheit eine bereits reduzierte soziale Komplexität dar, die gewisse Vertrautheit mit sich bringt und sich als Grundlage zur Bildung von Vertrauen in der Gegenwart bzw. der Zukunft erweist. Somit wandelt sich Vertrautheit in Vertrauen um (vgl. Zielinski 1985: 15).

Es kommt zu Vertrauen, wenn die vorliegenden Alternativen zu Vertrauensbruch potentielle und tatsächliche Nachteile mit sich bringen, die sich als größer als der Vorteil durch Vertrauensbildung erweisen (Luhmann 1973: 13). Dementsprechend wird eine Interdependenz zwischen Bedürfnissen und Interessen zur Vertrauensbildung aufgrund positiver Sanktionen durch Belohnungen bzw. negativer Sanktionen durch Bedrohungen geschaffen. Diesbezüglich entsteht Vertrauen aufgrund reziproker Tätigkeiten wie z. B. einseitiger Voraktion oder gegenseitiger Reaktion (vgl. Zielinski 1985: 16).

Vertrauen beansprucht glaubwürdige Selbstdarstellung der Akteure und reflektiert jegliche fremden Erwartungen. Somit bedarf die Vertrauensbildung des Erkennens aller möglichen Erwartungen bzw. Gegenreaktionen, damit sie wirksam werden kann. Zugleich wird das Misstrauen als „funktionales Äquivalent“ betrachtet und stellt die Konfrontation des Akteurs mit seiner ursprünglichen sozialen Komplexität dar, die beim Vertrauensbruch wieder entsteht (vgl. Zielinski 1985: 17). Dies hat zur Folge, dass der Rollenpartner (der Gegner) als Feind wahrgenommen wird und dadurch eine verstärkte Abhängigkeit von Information entsteht (vgl. Zielinski 1985: 18).

Es handelt sich letztendlich um eine Konstellation zwischen Vertrautheit, Vertrauen und Misstrauen. Die drei Begriffe befinden sich in einer engen Kontinuität, die durch die Einstellungsänderung von einer zur anderen Schwelle übergeht. Die Abwechslung dieser unterschiedlichen Phasen dient ebenfalls der Reduktion der sozialen Komplexität (vgl. Zielinski 1985: 18). Die Interaktion zwischen den drei Begriffsbestimmungen wird anhand der Abbildung (8) veranschaulicht, die ihre Verflechtung deutlich macht.

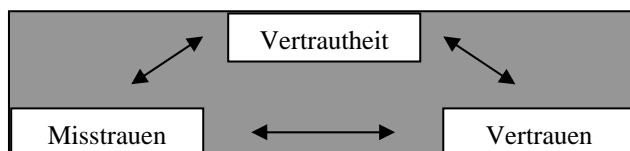


Abbildung 8: Wechselwirkung zwischen Vertrautheit, Vertrauen und Misstrauen

In dieser Konstellation wird später das Verhältnis von Macht und Gegenmacht (*Balance of Terror*, Zielinski 1985: 18) betrachtet und an der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan getestet. Diesbezüglich wird dann im 3. Kapitel untersucht, inwieweit ein Vertrauensverhältnis im indisch-pakistanischen Konflikt aufgrund eines kontrollierten

Misstrauensverhältnisses entstehen kann und sich aus der Vertrautheit in gewissen Bereichen entwickeln kann.

Vertrauen aus soziologischer Sicht in der internationalen Politik

Die Erörterung des Begriffs geht mit der Untersuchung des „Vertrauens“ aus soziologischer Sicht weiter. Diese Analyse lehnt sich eng an die Systemtheorie Luhmanns an und beinhaltet laut Mahnke (1979: 24, zitiert nach Zielinski 1985: 19) vier Grundprämissen: Wissen, Nicht-Wissen, Risiko durch Enttäuschung und Schaden. In den internationalen Beziehungen spielen das Ausmaß an Nicht-Wissen und die Dimension des möglichen Schadens bei Vertrauensbruch eine große Rolle. Dadurch ergibt sich folgende Formel:

$$\underline{\text{Wissen}} = \text{Vertrauen}^{41}$$

Schaden

Damit diese Formel erfüllt werden kann, müssen gewisse Voraussetzungen vorliegen. Zuerst müssen gewisse Zustände des Vorhandenseins von Vertrauen unter Beweis gestellt werden, dann muss sich auch das Wissen darüber ausweiten und als glaubwürdig erweisen, und nicht zuletzt muss die Dimension der Bedrohungsperzeptionen und der tatsächlichen Zerstörungsgefahr eingeschränkt werden (vgl. Mahnke 1979: 26, zitiert nach Zielinski 1985: 19). Was die Information (das Wissen) anbelangt, unterscheidet Mahnke zwischen historischer Erfahrung mit dem Antagonisten, Wissen über seine Motivationsstruktur und Wissen über seine Handlungsabsichten (vgl. Mahnke 1979: 28, zitiert nach Zielinski 1985: 19). Diese drei Ebenen des Wissens weisen auf die „Bereitschaft des Handelnden“ hin, die Information gegenüber dem Gegner zu klassifizieren, zu systematisieren und abzuwerten. Nach diesem Prozess kommt es zu dem tatsächlichen Entschluss, dem Antagonisten durch seine Haltung bzw. Nicht-Haltung Vertrauen zu schenken, obwohl das Risiko nicht völlig ausgeschlossen werden kann, dass der Gegner darauf nicht vertrauenswürdig reagiert (vgl. Zielinski 1985: 20). Dieser Ansatz geht weiterhin auf die Handlungsabsichten der Akteure ein, Vertrauen in den internationalen Beziehungen entstehen zu lassen. Dies erfolgt aufgrund einer Kosten-Nutzen-Abwägung (des objektiven Gewinns bzw. Verlusts). Dabei werden auch subjektive Faktoren, wie z.B. die auf individueller Ebene der Entscheidungsträger, mit berücksichtigt (vgl. Zielinski 1985: 20).

Kontrolle ist ein weiterer Begriff in den internationalen Beziehungen, der mit Vertrauen eng verbunden ist. Er hat insofern eine starke Auswirkung, da es sich um einen langwierigen Prozess der Vertrauensbildung handelt, der ständige Kontrollmechanismen beansprucht.

⁴¹ Zu dieser Formel vgl. Mahnke 1979: 25; vgl. Zielinski 1985: 19

Positive Erfahrung damit führt dementsprechend zur Erhaltung des Vertrauens, das durch ausreichendes Wissen gestärkt wird (vgl. Zielinski 1985: 20).

In diesem Fall geht es um einen realistisch begründeten Konflikt (zwischen Indien und Pakistan), wo die Interessenkonstellation durch ausgeprägte Bedrohungsperzeptionen und Feindbildkonzepte gekennzeichnet ist. Bei solchen Konflikten ist die Informationsgrundlage sehr mangelhaft und die Zerstörungsbedrohung wird auch immer realistischer. Dabei kann jeder Vertrauensausdruck bzw. jede -geste falsch wahrgenommen werden, da sich die Interessenbeurteilung ständig wandelt and durch die aggressive Konfrontation stark benachteiligt ist (vgl. Zielinski 1985: 21).

Schließlich bleibt der Primat der Systemerhaltung von erstrangiger Bedeutung sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik eines Landes. In beiden Fällen handelt sich aber vor allem um gewisse Feindbilder, die ihrerseits keine Vertrauen begründenden Voraussetzungen zur Kooperation zwischen zwei Rivalen schaffen können (vgl. Zielinski 1985: 25). Dementsprechend sind die Kommunikationskanäle beim Vertrauensbildungsprozess ebenso sehr wichtig. Dabei müssen die zu dem Protagonisten entsandten Signale eindeutig und begreiflich sein, wobei die Information gleichfalls glaubwürdig und genau wiedergegeben werden soll. Nicht zuletzt soll der Empfänger das neue Wissen richtig einschätzen und an seine Wahrhaftigkeit glauben (vgl. Zielinski 1985: 21). Wie aus mehreren entsandten Signalen Vertrauen entstehen kann, wird anhand einer Abbildung von Mahnke (1979: 22) veranschaulicht. In der Abbildung (9) kann man den Mechanismus zur Schaffung von Vertrauen verfolgen. Zuerst entsteht eine „vertrauensbildende“ Situation. Dabei wird Information darüber ausgetauscht, damit sich der Prozess vertiefen kann. So wird eine veränderte Verhaltensweise erzielt, die aufgrund der Rückkopplung wiederum zu einer neuen vertrauensbildenden Situation führen kann.

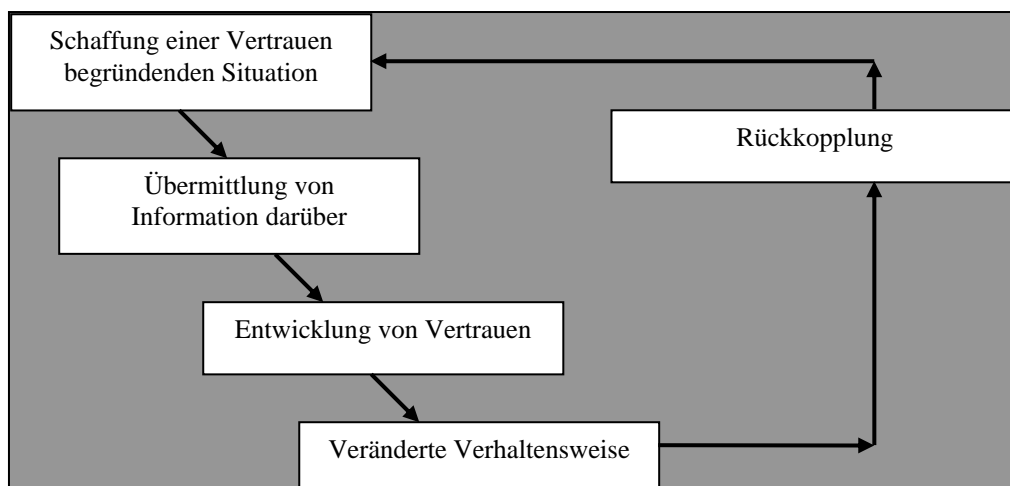


Abbildung 9: Der Prozess der Vertrauensbildung (vgl. Mahnke 1979: 33, zitiert nach Zielinski 1985: 22)

Vertrauen und nationale Sicherheit

Unter dem Begriff Sicherheit wird vor allem die militärische Sicherheit verstanden (vgl. Zielinski 1985: 40). Die Sicherheitspolitik lässt sich laut Baudissin (1978: 1, zitiert nach Zielinski 1985: 40) so definieren:

„Vorsorge vor Eingriffen von außen, die mit Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt die Entschlußfähigkeit der Regierung, die Entscheidungsfreiheit des Parlaments, die eigenständige Entwicklung der Gesellschaft oder den Bestand des Staates bedrohen“.

Als erstrangiges Ziel der Außenpolitik definiert ein Land die Verteidigung bzw. die Gewährleistung der nationalen Sicherheit. Sie versteht sich auch als Teilbereich der internationalen Sicherheit. Rotfeld (1986: 109) gibt eine sehr ausführliche Definition dieses Begriffs an, der „das Ergebnis einer Kombination sowohl objektiver als auch subjektiver Faktoren“ darstellt. Des Weiteren erläutert der Autor, was für objektive bzw. subjektive Faktoren jeweils vorliegen. Als objektive Wirklichkeit wird das tatsächliche „Fehlen von Bedrohungen für die grundlegenden Werte eines Landes“ bezeichnet. Diese Voraussetzung ist wichtig, denn die „Bedrohungen können in der Tat größer oder kleiner als ihre Wahrnehmung sein“ (Meier et al. 1991: 37). Demgegenüber besteht der subjektive Faktor in den Wahrnehmungen, die „aus dem angenommenen Fehlen solcher Bedrohungen“ resultieren (Rotfeld 1986: 109).⁴²

Bei der Formulierung nationaler Sicherheitsinteressen geht man von zwei Grundlagen aus. Das Sicherheitsdilemma⁴³ resultiert aus der Unsicherheit, die aufgrund von sich gegenseitig ausschließenden außenpolitischen Zielsetzungen bzw. Interessen entsteht oder durch mangelhafte Information eine fehlerhafte Entscheidung bewirkt. Vertrauen und nationale Sicherheit verhalten sich angesichts der Schadensbedrohung stark zueinander, und zwar weil „vorsorgliche Maßnahmen zur Schadensminimierung sowie Mittel zur Kontrolle des Gefahrenherds“ umgesetzt werden sollen (Frei 1978: 35, zitiert nach Zielinski 1985: 22). Ein weiterer Begriff, der im Zusammenhang zwischen Vertrauen und nationaler Sicherheit eine gewisse Rolle spielt, ist die Macht. Macht und Vertrauen lassen sich gegenseitig ergänzen, indem eine Kombination zwischen beiden zur Gewährleistung der Sicherheit führen soll (vgl. Zielinski 1985: 23). Die Auseinandersetzung mit diesen Begriffen scheint von großer Bedeutung für die gesamte Untersuchung zu sein, da der Vertrauensbildungsprozess hauptsächlich aus der Perspektive der zwischenstaatlichen Beziehungen betrachtet wird.

⁴² Diese Problematik wird später im Abschnitt über den perzeptionistischen Ansatz weiterhin behandelt.

⁴³ Zum Sicherheitsdilemma in der Form einer ausführlichen Analyse realistischen Stils vgl. Menzel 2001: 15-20.

Die Staaten sind die wesentlichsten Akteure in der internationalen Politik, und das bedeutet nämlich, dass die Entscheidungsfinder zwar individuelle Persönlichkeiten darstellen, aber ihre Entscheidungen eher durch die Rolle der Staatsmänner und Regierungsverantwortlichen beeinflusst werden. Während Vertrauen im zwischenmenschlichen Bereich leichter entstehen bzw. kontinuierlich aufrechterhalten werden kann, kommt es in den internationalen Beziehungen aufgrund der wechselhaften Interessen und Zielsetzungen der Staaten nur sehr schwer zur Vertrauensbildung. Dadurch wird das Sicherheitsdilemma weiterhin intensiviert (vgl. Zielinski 1985: 23). Darüber hinaus erweist sich der häufige Akteurenwechsel auf Regierungsebene als besonders problematisch bei dem Vertrauensbildungsprozess, hauptsächlich in den undemokratisch verfassten Ländern. Da findet ein Regierungswechsel viel häufiger statt, weil entweder ein Putsch oder ein Versagen der Regierung erfolgt. Es ist deshalb durchaus zu vermuten, dass Vertrauen in solchen Staaten wie Pakistan schwieriger zu stiften ist als in demokratischen Ländern, wo eine gewisse Kompatibilität zwischen Regierung und Opposition trotz der sehr unterschiedlichen Parteienideologie feststellbar ist.

Abschließend lässt sich Vertrauen angesichts des soziologischen Ansatzes zum einen „durch gute Beziehungen, Kooperation, Ausbildung gemeinsamer Interessen, andererseits [...] durch Erhöhung von Transparenz und Vorhersagbarkeit“ bilden (Zielinski 1985: 23). Dennoch bleibt es umso wichtiger, diesen Ansatz empirisch anhand gewisser Beispiele zu überprüfen und somit bestimmte Erfolgsbedingungen bzw. Hemmfaktoren für die unabhängigen Erklärungsvariablen dieser Arbeit abzugrenzen.

Bilanz über den Beitrag der soziologischen Ansätze über Vertrauen

Der soziologische Ansatz konzentriert sich vor allem auf zwei Grundfragen der empirischen Überprüfung. Zuerst fragt er nach der historischen Erfahrung und den geschichtlichen Merkmalen, die eine zwischenstaatliche Beziehung im entsprechenden Maß und in gewisser Richtung, sei es positiv oder negativ, beeinflussen. Im Fall der indisch-pakistanischen Konfrontation geht man bereits von einem sehr feindlich veranlagten Umfeld aus, das die Bedrohungsperzeptionen und Feindbilder beider Länder im gleichen Ausmaß bestimmt. Nicht zuletzt sucht der Ansatz jedoch nach Wechselwirkungsmechanismen, die eventuell Vertrauen zwischen zwei Rivalen durch Kooperationsmechanismen und Interdependenzinstrumente in allen möglichen Bereichen schaffen können (vgl. Zielinski 1985: 24).

Zielinski geht auf die nukleare Konfrontation zwischen den zwei militärischen Allianzen während des Kalten Krieges ein und nutzt dieses Beispiel um nachzuweisen, dass zwischen ihnen zwar kein militärischer Krieg, sei es mit oder ohne Kernwaffen, ausgebrochen ist, aber

sicherlich nicht aufgrund einer ausreichenden Basis bestehenden Vertrauens (vgl. Zielinski 1985: 24). Auch die Anstrengungen und die Fortschritte zur Vertrauensbildung, die zwar sowohl vom Osten als auch vom Westen gemacht worden sind, verweisen nicht auf die „vertrauensbegründenden Voraussetzungen“ zur Bildung von Vertrauen, sondern sie werden durch das sicherheitspolitische Kalkül der nuklearen Abschreckung und durch die Kernwaffenrüstung begründet („Vertrauen in Zweitschlagsfähigkeit“, Zielinski 1985: 24). Folglich kann man behaupten, dass die darauf folgende Entspannungspolitik bzw. Vertrauensbildung in den Ost-West-Beziehungen aus diesem Sicherheitsdenken resultiert und durch das Schadenspotential der nuklearen Rüstung bedingt wird. Somit basiert die auf einmal verstärkte Kommunikation bzw. die intensive Einberufung von Konferenzen nicht auf einem existierenden Vertrauenspotential, sondern andersherum lässt sich langsam Vertrauen zwischen den zwei Blöcken aufgrund der intensivierten, wenn auch teilweise durch die oben genannten Umstände gezwungene, Kooperation herausbilden.

Dennoch ist hervorzuheben, dass auch wenn Vertrauen schließlich „gebildet“ wird, die Rüstungsspirale nicht gestoppt wird. Ganz im Gegenteil geht die nukleare Aufrüstung in beiden Allianzen unvermindert weiter. Es lässt sich feststellen, dass die Vertrauensbildung zwar im militärischen Bereich gelingt, aber dies nur zum Nicht-Ausbruch eines nuklearen Krieges genügt. Alle weiteren Ziele in diesem Bereich können nur anhand des bestehenden Vertrauens nicht erfüllt werden. Deshalb konzentrieren sich die zwei Allianzen eher auf die Kooperation in den nicht-militärischen Bereichen, „wo beide Seiten viel zu gewinnen, im Zweifelsfalle aber nichts zu verlieren hatten“ (Zielinski 1985: 24). Auf diesen Gebieten erweist sich die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen zwei Antagonisten als viel leichter. Hier greift wiederum die individuelle Ebene der Analyse zu, um zu veranschaulichen, dass die Akteure ganz anders agieren, wenn sie wirtschaftliche Interessen ins Visier nehmen, da sie dann größere Bereitschaft zeigen, auf Risiko bei Beziehungen mit ihren Protagonisten einzugehen und ihnen Vertrauen zu schenken (vgl. Zielinski 1985: 24).

Im Gegenteil erweist sich die Entscheidungsfindung im militärischen Bereich trotz bestehenden Vertrauens als ein äußerst schwieriger Prozess. Hier wird ein sehr hohes Risiko eingegangen, wenn sicherheitspolitische Entscheidungen getroffen werden, die Vertrauen gegenüber dem Gegner schaffen, weil dadurch meistens eigene Sicherheitsinteressen zurückgestellt werden müssen (vgl. Zielinski 1985: 24).

Zielinski beschreibt den Ost-West-Konflikt aus der Perspektive der widersprüchlichen Zusammenarbeit zwischen den zwei militärischen Allianzen. Zum einen versucht jeder von

beiden seinen Gegner durch nukleare und militärische „Abschreckungs- bzw. Drohpolitik“ vom Erstschlag abzuhalten. Zum anderen fühlen sie sich gezwungen durch die bestehende Zerstörungsmöglichkeit eines ungewollten und unwillkürlich verursachten Krieges auf Kooperation und somit Vertrauensbildung auf manchen Gebieten einzugehen. Diese Ambivalenz bezeichnet Zielinski als Dichotomie der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen (1985: 25).

Senghaas (1985: 25) erweitert dieses Konzept durch sein „System organisierter Friedlosigkeit“, die von einer „glaubwürdigen“ Abschreckung abhängt. Und die Abschreckung kann nur dann glaubwürdig sein, „wenn jederzeit die technische Bereitschaft gegeben ist, einen Vergeltungsschlag zu führen (bzw. wenn die Bereitschaft als gegeben partizipiert wird)“ (Zielinski 1985: 25). Deshalb muss man mit einer solchen Bereitschaft rechnen, wenn man „die Selektivität des Handelns“ (Luhmann) reflektiert bzw. vorauszuahnen versucht.

Schließlich resultieren aus der soziologischen und systemtheoretischen Analyse folgende Voraussetzungen für Vertrauen. Es sind zwei Erklärungsfaktoren, die sich aus den oben behandelten Konzepten ableiten lassen: der Informationsfaktor und der Kommunikationsfaktor (vgl. Zielinski 1985: 26). Durch mehr Wissen anhand eines kontinuierlichen Verkehrs (im Sinne von Kommunikation) zwischen zwei Rivalen werden Missperzeptionen und Feindbilder abgeschafft, die ihrerseits als Instrumente der Abschreckung verwendet werden.

2.2.2 Der sozialpsychologische Ansatz

Nachfolgend soll über die sozialpsychologischen Aspekte des Vertrauens diskutiert werden. Aus diesem theoretischen Blickwinkel wird der Begriff auf individueller bzw. Kleingruppenebene erfasst (vgl. Zielinski 1985: 27). Hier wird untersucht, ob eine Übertragbarkeit der Erkenntnisse auf die Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen möglich wäre. Folglich handelt es sich um Aspekte, die sowohl von der Psychologie (als Wissenschaft über die inneren und äußeren Ursachen für das Verhalten und die Bewusstheit des Menschen⁴⁴) als auch von der Soziologie (als der Wissenschaft über die Struktur-, Funktions- und Entwicklungszusammenhänge der Gesellschaft⁴⁵) teilweise erklärt werden. Diese theoretische Strömung beinhaltet verschiedene Ansätze, die u.a. von R. Rogers, J. B. Rotter,

⁴⁴ Zu einer umfassenden Begriffsbestimmung von Psychologie siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Psychologie>, 25.11.2005.

⁴⁵ Zu einer umfassenden Begriffsbestimmung von Soziologie siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Soziologie>, 26.11.2005.

M. Deutsch und D. Pruitt vertreten werden und die weiteren Autoren stellvertretend repräsentieren (vgl. Zielinski 1985: 26). Folglich werde ich in den nächsten Unterkapiteln auf die psychologischen, empirischen, spieltheoretischen und perzeptionstheoretischen Aspekte des Vertrauens kurz eingehen.

Der psychoanalytische Ansatz

Der psychoanalytische Ansatz wurde von Ritta Rogers 1981 vorgestellt und handelt von dem mangelnden Vertrauen zwischen den zwei militärischen Lagern. Sie unterscheidet zuerst nicht zwischen den Akteuren im Vertrauensbildungsprozess und setzt sowohl Individuen und Gruppen als auch Nationen, Völker und Staaten gleich. Die Vertrauensbildung wird als ein kontinuierlicher Interaktionsprozess zwischen all diesen Akteuren dargestellt. Vertrauen wird psychologisch als ein Gefühl bezeichnet, das das menschliche Denken und Handeln konstituiert. Dabei ist Vertrauen keine „kognitive Reaktion auf ein Ereignis (oder Maßnahme)“, sondern es lässt sich durch eine „Vielzahl gegenwärtiger und vergangener ‚Inputs‘“ zusammensetzen (Zielinski 1985: 27). Hier werden Inputs von Rogers als die Ebene von Vertrauen bzw. Misstrauen bei der Erscheinung jedes neuen hervorragenden Ereignisses betrachtet. Schließlich hängt Vertrauen von allen einzelnen Entwicklungsstufen (einzelner Ereignisse) ab. Da alle Akteure, seien es Individuen, Gruppen oder Nationen, hauptsächlich an ihrer eigenen Sicherheit und ihrem eigenen Überleben interessiert sind, entwickelt sich ein unentbehrlicher Interaktionsprozess der Vertrauensbildung (vgl. Zielinski 1985: 27).

Dieser Ansatz ist von großer Bedeutung für die theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff des Vertrauens, da er eine Erklärung für die Herausbildung von gewissen Feindbildern und Missperzeptionen anbietet. Dabei nehmen erlebte Traumata, Enttäuschungen und Bedrohungsängste einen bedeutsamen Einfluss auf das menschliche Verhalten. Als empirische Beispiele führt Rogers die traumatischen Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn oder die Einstellung der Industrieländer gegenüber Staaten der Dritten Welt ein (vgl. Zielinski 1985: 27). Abschließend lässt sich sagen, dass sich diese Perzeptionen und Einstellungen aufgrund der Beurteilung des Handelns der anderen Akteure wie auch durch die wechselreichen Entwicklungsphasen und soziokulturellen Voraussetzungen des Vertrauensbildungsprozesses herausbilden lassen (vgl. Zielinski 1985: 28).

Der empirische Ansatz

Der prominenteste Vertreter dieses Ansatzes ist J. B. Rotter, der sich eher mit Vertrauen auf zwischenmenschlicher Ebene auseinandersetzt, aber dazu auch die zwischenstaatlichen Beziehungen (z.B. bei den Abrüstungsverhandlungen) nicht außer Acht lässt. Laut Rotter ist

Vertrauen, sei es in den zwischenmenschlichen oder den zwischenstaatlichen Beziehungen, ein übergreifender Begriff, der alle möglichen Interaktionen in allen Sphären des menschlichen Lebens zusammenfasst. Dabei ist Vertrauen ein Konzept, das als „generalisierte Erwartungshaltung“ bezeichnet wird, die sich aus einem Lernprozess entwickelt. Sie basiert sowohl auf der Erfahrung, die aufgrund sich wiederholender Situationen erfolgt, als auch auf anderer Erfahrung, die als neu wahrgenommen wird. Deshalb spielt der Lernprozess eine entscheidende Bedeutung für die Vertrauensbildung, denn Entscheidungen erfolgen in diesem Fall aufgrund der individuellen Perzeption und des Kenntnisstandes über die gefragte Erfahrung. Bei diesem Ansatz geht es dennoch hauptsächlich um die menschlichen Perzeptionen gegenüber Vertrauen bzw. Misstrauen. Deshalb deckt diese Problematik den Untersuchungsbedarf dieser Arbeit nur wenig ab, denn es sind die zwischenstaatlichen und nicht die individuellen Beziehungen, die den Schwerpunkt der Analyse darstellen (vgl. Zielinski 1985: 28-29).

Spiele und Simulationen (Spieltheorie)⁴⁶

Der spieltheoretische Ansatz analysiert hauptsächlich die Übertragung bestimmter Eigenschaften menschlichen Verhaltens auf politisch relevante Akteure, die bei der Entscheidungsfindung mitwirken, wie Politiker, Diplomaten, Militärs oder Spitzenbeamte (im Folgenden als Spieler bezeichnet). Es sind drei wesentliche Typen von Entscheidungssituationen zu unterscheiden: Entscheidung unter Gewissheit, Entscheidung unter Risiko und Entscheidung unter Unsicherheit (vgl. Junne 1972, Snidal 1985, zitiert nach Menzel 2001: 111). Nur bei der ersten Variante hängt das Ergebnis allein von der Entscheidung des Spielers ab, bei den beiden weiteren Varianten auch von äußeren Faktoren, also der Umwelt und/oder dem Verhalten anderer Mitentscheider. Bei Entscheidungen unter Risiko ist zwar nicht das Ergebnis, sehr wohl aber die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Ergebnisses bekannt. Bei Entscheidungen unter Unsicherheit kann die Kombination der eigenen oder der anderen Entscheidungsalternativen zu verschiedenen Ergebnissen führen, wobei ihre Wahrscheinlichkeit unbekannt bleibt (vgl. Menzel 2001: 112).

Darüber hinaus ist zur Klassifikation von Spielen auch der Spielertrag wichtig. Bei Nullsummenspielen ist der kombinierte Spielertrag für alle vorstellbaren Strategiekombinationen der Spieler konstant bzw. null. Was der eine gewinnt, verliert der andere. Daraus ergeben sich die entgegengesetzten Interessen der Spieler. Wenn ein Akteur durch ein bestimmtes strategisches Verhalten seine Macht vergrößert, nimmt die Macht des

⁴⁶ Zu einer umfassenden Analyse des spieltheoretischen Ansatzes vgl. Menzel 2001: 109-118.

anderen Akteurs entsprechend ab. Nichtnullsummenspiele sind demgegenüber Spiele, in denen das Spielergebnis variiert und damit zu- oder abnehmen kann. Es sind also Strategiekombinationen möglich, bei denen alle Spieler gewinnen oder verlieren können (vgl. Menzel 2001: 114).

In den oberen Kapiteln war schon die Rede von Vertrauensbildung als Interaktionsmechanismus. Anhand des spieltheoretischen Ansatzes wird diese theoretische Prämisse erweitert, indem davon ausgegangen wird, dass „die Interaktionsteilnehmer zusammenarbeiten, um ihre Ziele zu erreichen“ (Zielinski 1985: 29). Zugleich berücksichtigt man die Bereitschaft eines Menschen zu handeln, indem man feststellt, dass das menschliche Handeln von egoistischen und sogar aggressiven Motiven und Perzeptionen am häufigsten geprägt ist. Dies lässt sich am Beispiel des Gefangenendilemmas⁴⁷ veranschaulichen. Somit entsteht ein Paradigmenkonflikt, da zum einen Kooperation für das Zusammenleben von Staaten von erstrangiger Bedeutung ist und zum anderen das rationale Kalkül der nationalen Interessen wie auch die Kosten-Nutzen-Maximierung der einzelnen Akteure ihr Handeln stark beeinflusst.

Dieser Interessenkonflikt erweist sich eigentlich als einer der Kernpunkte dieser Magisterarbeit überhaupt. Der spieltheoretische Ansatz ist bei der Analyse von Vertrauen und kooperativem Verhalten sehr zutreffend, besonders da die „gemischten Motive“ des Handelns berücksichtigt werden sollen (Zielinski 1985: 29). Zu den prominentesten Theoretikern des Gefangenendilemmas gehört u.a. Morton Deutsch, der „im PD (*Prisoner's Dilemma*) ein Paradigma für die Erforschung von Zusammenarbeit und Wettbewerb in sozialen Situationen“ sieht (Zielinski 1985: 30). Anhand des Gefangenendilemmas werden die *Mixed-Motive Games* veranschaulicht, wo jeder der Spieler seine eigene Strategie verfolgt und öfters ganz andere Motive zum Handeln hat. Abgesehen davon steht entweder die eigene oder die gemeinsame Gewinnmaximierung im Vordergrund. Es gibt jedoch Beispiele in der internationalen Politik, die die Situation einer schwierigen Entscheidungsfindung unter Ungewissheit und mangelnder Information über die Vorhaben der anderen Seite darstellen. Dies wird manchmal durch eine völlig gegensätzliche Auseinandersetzung umso mehr erschwert, da sie sich gleichmäßig für beide Konfliktparteien als vernichtend erweist.⁴⁸

⁴⁷ Zu einer umfassenden Erläuterung des Gefangenendilemmas vgl. Deutsch 1958; Mann 1974: 96-101; Zielinski 1985: 29-31.

⁴⁸ Zum Beispiel die Kubakrise 1962 erwies sich gleichermaßen gefährlich für beide Großmächte – die USA und die SU –, denn das Risiko eines nuklearen Schlagabtausches bedrohte sie ganz realistisch mit der gegenseitigen Zerstörung.

Laut M. Deutsch kann es zu Vertrauensbildung kommen, auch wenn kein gegenseitiges Vertrauen vorliegt oder kein wechselseitiges positives Interesse am Wohlergehen des Protagonisten besteht (vgl. Zielinski 1985: 31). Dazu müssen aber gewisse Voraussetzungen vorliegen, damit sich die Konfliktparteien gegenseitig Vertrauen schenken. Zum einen kommt es auf die gesammelte Erfahrung an, wie der andere handelt bzw. handeln wird. Dann hängt es natürlich vom Kommunikationsstand und der Bereitschaft ab, Vertrauensbrüche zu überwinden bzw. einen Gleichgewichtszustand wiederherzustellen. Nicht zuletzt spielt die Fähigkeit der Spieler dabei eine große Rolle, die Gewinnmaximierung des anderen zu beeinflussen. Schließlich ist laut Deutsch (1958: 315) die Einmischung von Drittspielern (Drittländern) in eine bilaterale Beziehung ebenso von hervorragender Bedeutung, da dies sofort ein Ungleichgewicht bei der Gewinnmaximierung jedes der zwei Spieler verursachen kann (vgl. Zielinski 1985: 31).⁴⁹

Dennoch ist hervorzuheben, dass Vertrauensbildung aufgrund simultan oder ad hoc getroffener Entscheidungen sehr schwer erfolgen kann. Der Kommunikationsstand kann aufgrund bestimmter Voraussetzungen verbessert werden, und zwar wenn die eigenen Motive und Vorhaben rechtzeitig und glaubwürdig dargelegt werden, wenn mögliche Reaktionen auf Vertrauensbrüche im Voraus abgestimmt bzw. abgeklärt werden und nicht zuletzt wenn gewisse Chancen zur Wiederherstellung der bilateralen Beziehungen nach einem möglichen Vertrauensbruch da sind. Die genannten Voraussetzungen werden jedoch dadurch erweitert, dass auch „die Möglichkeit von Bestrafung nach Vertrauensbruch“ vorliegt. Dementsprechend scheint jede Androhung mit bzw. Anwendung von Gewalt genau das gegenseitige Handeln als das erwartete zu bewirken (Deutsch 1958 265-332, zitiert nach Zielinski 1985: 31).

Der spieltheoretische Ansatz wird durch ein weiteres Paradigma erweitert, das sich auf die Bedeutung von Vertrauen in Spielen mit drei Akteuren bezieht. Sein prominenter Vertreter ist B. Liebermann, der Vertrauen wiederum auf der zwischenstaatlichen Ebene behandelt. Er ist bei seiner Analyse eher an der Vertrauensbildung orientiert, die zwischen den Staaten aufgrund (und trotz) ihrer eigenen Interessen entstehen kann. Der Autor kommt zu dieser Erkenntnis aufgrund eines Simulationsspiels mit drei Teilnehmern, die untereinander jeweils eine Koalition zwischen zwei Spielern bilden können, wobei der dritte immer im Nachteil bleibt. Es ist ein Spiel mit mehreren Durchgängen, das einen Lernprozess von Seiten der einzelnen Teilnehmer voraussetzt. Dabei lernen alle drei Spieler sehr schnell, so Zielinski

⁴⁹ Diese Überlegung wird später im Kapitel 3.1.1. über die Rolle von den USA und China bei der indisch-pakistanischen Konfrontation behandelt.

(1985: 33), dass „ein maximaler Gewinn in ein oder zwei Spielen nicht von Bedeutung ist“. Für jeden der Spieler erweist sich die Situation vorteilhafter, wo er eine stabile, dauerhafte Koalition mit einem der anderen schließen kann. Und obwohl dies durch die Drei-Macht-Konkurrenz erzwungen wird, kann somit eine „vertrauensvolle Beziehung“ entstehen. Folglich kann der eigene Gewinn aufgrund einer vertieften Kooperation und des bilateralen Zusammenschlusses erreicht werden. Dabei erscheint die auf längere Dauer angelegte Maximierung des Gewinns für jeden einzelnen Teilnehmer viel wichtiger als die kurzfristigen Ergebnisse zu sein. Abschließend lässt sich der Begriff Vertrauen aus dieser Perspektive folgendermaßen zusammenfassen (Lieberman 1964: 278, zitiert nach Zielinski 1985: 33):

„A belief about behavior in a situation in which the problem of forming a stable coalition structure is important. It is necessary to form a stable, continuing alliance because such a situation often yields the greatest payoff to the members of the coalition. [...]. I-Trust is the belief that the parties involved in an agreement will actually do what they have agreed to do: they will fulfil their commitment not only when it is advantageous for them to do so but even when it may be disadvantageous, when they must sacrifice some immediate gain.“

Dieser Ansatz ist umso wichtiger für die weitere theoretische und empirische Analyse, denn er besagt, dass die Staaten bei ihrem Handeln auf kurzfristige Gewinne verzichten sollen, was aber auch einen Verzicht auf eigene Interessen bedeuten kann. Dennoch spielt das eigene Interesse der Gewinnmaximierung eine überragende Rolle bei der außenpolitischen Zielsetzung, deshalb stellen somit die nationalen Interessen auch einen Teil des Vertrauens dar und sie schließen sich gegenseitig nicht automatisch aus (vgl. Zielinski 1985: 33).

Autoren wie Matthews und Shimoff versuchen den spieltheoretischen Ansatz weiterhin zu modifizieren, indem sie das menschliche Verhalten in den Mittelpunkt ihrer behavioristischen Analyse stellen. Dabei untersuchen sie vertrauendes Verhalten, so Zielinski (1985: 33-34), „das möglicherweise größere Verluste einbringt als es Gewinne verspricht“. Hier werden die Begriffe Vertrauen und Kooperation als identisch betrachtet (vgl. Zielinski 1985: 34).

Anhand ihres Simulationsspiels wird veranschaulicht, welche Anreize für Kooperation bzw. Vertrauensbruch zwischen zwei Teilnehmern bestehen. Dabei stellt sich heraus, so Matthews/Shimoff (1979: 555), dass Vertrauensbildung als ein langwieriger und graduell sich entwickelnder Prozess erfolgt (vgl. Zielinski 1985: 34). Er beruht zwar auf einer Reziprozität von beiden Seiten, deshalb sinkt die Möglichkeit von Vertrauensbildung, wenn sich die Erwartungen auf ein gegenseitiges Verhalten vermindern. Im Laufe dieses Prozesses ist mit Phasen einer Abweichung von vertrauenswürdigem Verhalten zu rechnen, besonders wenn eine Ungewissheit da ist. Um dies zu verhindern, kann man Bestrafungsmöglichkeiten einführen, aber das scheint nicht ganz einfach zu sein. Einen weiteren interessanten Aspekt

stellt ihre Meinung dar, dass kein Vertrauen mehr zwischen feindlichen Konfliktparteien entsteht (1979: 558) oder wenn doch, dann (1979: 559) nur „wenn Bedrohungskapazitäten oder Garantien durch ‚third parties‘ vorhanden sind“. (Zielinski 1985: 34). Dieser letzte Aspekt ist angesichts der zu untersuchenden Problematik der indisch-pakistanischen Beziehungen vor und nach der offenen Nuklearisierung von herausragender Bedeutung und soll dementsprechend in den späteren Kapiteln behandelt werden.

*Axelrod und die Evolution der Kooperation*⁵⁰

Um die theoretische Brücke zwischen dem spieltheoretischen und dem perzeptionstheoretischen Ansatz zu schlagen, möchte ich kurz auf Axelrod eingehen. In seinem Werk „Die Evolution der Kooperation“ untersucht er ebenso spieltheoretisch das Gefangenendilemma⁵¹ und sucht nach möglichen Wegen zur Zusammenarbeit zwischen sich misstrauenden Gegnern. Der Autor analysiert die Kooperation unter egoistischen Akteuren, wenn sie freiwillig und nicht erzwungen erfolgt. Dabei ist er an den Spielsimulationen mit mehreren Zügen interessiert, weil Kooperation sich nur dann tatsächlich entwickeln kann. Deshalb betrachtet er zum Beispiel das Gefangenendilemma nur als ein Spiel mit mehreren Zügen, wo die Spieler nicht mehr beim ersten Mal „defektieren“ (Vertrauensbruch)⁵², sondern wenn ihre Treffen sich wiederholen, so dass die Spieler nicht mehr wissen, wann das letzte Treffen stattfinden wird. Daraus ergibt sich die Beobachtung, dass die Akteure in einem solchen Spiel langsam eine kooperative gegenseitige Vorgehensweise entwickeln. Darüber hinaus soll die Voraussetzung erfüllt sein, dass alle Spieler über gleiche Ressourcen verfügen und auf jegliche Einflussinstrumente wie Belohnung oder Bestrafung verzichten müssen.

Als mangelhaft am Modell erweist sich die Interpretationskraft der Spieler. Es ist durchaus möglich, dass jeder der Spieler die Vorhaben der anderen falsch wahrnimmt und sich dementsprechend für Defektion statt Kooperation entscheidet.

Der perzeptionstheoretische Ansatz

Schließlich ist Vertrauen auch auf das Verhalten der Staaten auf individueller Ebene zurückzuführen. Hier geht es vor allem um den Entscheidungsfindungsprozess (*Decision-Making Process*) und welche Perzeptionen (Wahrnehmungen) darauf Einfluss ausüben. Wie die Staaten (d.h. Regierungen) eine konkrete soziale bzw. internationale Situation

⁵⁰ Zu einer umfassenden Analyse seines Buchs „The Evolution of Cooperation“ vgl. Wikipedia, Internet: http://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Axelrod, 12.11.2005

⁵¹ Zum Gefangenendilemma vgl. Axelrod 1991: 7, Menzel 2001: 176-177.

⁵² Im Fall eines Gefangenendilemmas mit nur einem Zug handeln die zwei Spieler egoistisch und sie versuchen nur den eigenen Nutzen zu maximieren, weil sie davon ausgehen, dass sie sich nie wieder treffen (vgl. Axelrod 1991: 9).

wahrnehmen, wirkt sich dann auf ihr Verhalten dementsprechend aus (vgl. Zielinski 1985: 35).

Einer der berühmten Vertreter dieser theoretischen Strömung ist D. Pruitt (1965), der die Wichtigkeit des Ansatzes für die Abgrenzung von Feindbildern und Bedrohungsperzeptionen besonders hilfreich hält und somit Misstrauen abbauen lässt. Dabei unterscheidet er zwischen Bedrohungsperzeption (*Threat Perception*) und Misstrauen, da das Erstere die Erwartung eines vertrauensunwürdigen Verhaltens des Gegners darstellt und das Letztere die Erwartung eines durch andauernde Vertrauensbrüche gekennzeichneten Handelns bestimmt (vgl. Zielinski 1985: 35). Laut Pruitt (1965: 397) lassen sich Misstrauen und Bedrohungswahrnehmung gegenseitig ergänzen. Demgegenüber erweist sich Vertrauen als die Erwartung, dass sich zwei Konfliktparteien gegenseitig vertrauenswürdig verhalten. Dies ist die Grundvoraussetzung für die Vertiefung von Kommunikation, Verhandlungen und Zusammenarbeit. Durch die intensivierte Kommunikation werden die Feindbilder abgebaut, Missperzeptionen verhindert oder rechtzeitig abgeklärt und wechselseitige Absichten abgestimmt (vgl. Zielinski 1985: 35).

Pruitt legt einige Voraussetzungen für die Entstehung bzw. Entwicklung einer Vertrauensbeziehung fest, die sich in folgenden Schritten niederschlagen. Zuerst soll sich jede Konfliktpartei so verhalten, dass sie verständnisvolle Signale und Impulse an den Gegner sendet. Dann soll eine Vertrauensbeziehung zuerst durch verstärkte Kommunikation zustande kommen. Dennoch muss auch der entsprechende Wille da sein, dass jeder von den Gegnern Anreize und Interessen daran hat, sich vertrauenswürdig gegenüber dem anderen zu verhalten. Dazu ist positive Erfahrung aus der Vergangenheit eine positive Voraussetzung, aber keine notwendige Bedingung. Letztendlich lässt sich der Vertrauensbildungsprozess hauptsächlich aufgrund der Reziprozität bewahren (vgl. Zielinski 1985: 35).

Zum Schluss soll noch einmal darauf eingegangen werden, welchen theoretischen Beitrag der sozialpsychologische Ansatz mit allen seinen Strömungen leistet. Darüber hinaus soll beachtet werden, welcher Teil davon für die darauf folgende Analyse fruchtbar sein kann. Zuerst erweist sich die Gleichstellung aller Akteure, sei es auf der zwischenstaatlichen oder der individuellen Ebene, als äußerst problematisch (vgl. Zielinski 1985: 36). Aber in diesem Fall lässt sich dieses Problem vermeiden, da vor allem die zwischenstaatlichen Beziehungen in den Vordergrund der Untersuchung rücken. Anhand dieser Erklärung kann ich gut begründen, warum in dieser Arbeit Indien und Pakistan nur als nationale Staaten (d.h. auf zwischenstaatlicher Ebene) berücksichtigt werden, während auf die innenpolitischen Akteure

in beiden Ländern nicht eingegangen wird. In der gesamten Untersuchung werden als Akteure nur die beiden Staaten betrachtet, wobei alle anderen möglichen Spieler nicht analysiert werden. Dies lässt sich damit begründen, dass ich den Vertrauensprozess auf bilateraler Ebene zwischen den beiden Staaten behandeln möchte, was alle anderen Untersuchungsebenen automatisch ausschließt.

Es lässt sich nach der Auseinandersetzung mit dem sozialpsychologischen Ansatz auch schließen, dass es sich dabei vor allem um „generalisierte Erwartungshaltungen handelt, und nicht um psychologisch begründete Vorstellungen“ (vgl. Zielinski 1985: 36). Ein interessanter Aspekt besteht darin, dass die Staaten als Akteure, die militärisch gut aufgerüstet sind, was anhand der Nuklearisierung umso leichter zu erreichen ist, auf zwischenstaatlicher Ebene viel mehr zu Vertrauen neigen als Staaten, die sich militärisch unterlegen fühlen (vgl. Zielinski 1985: 36). Diese bemerkenswerte Schlussfolgerung wird später am Beispiel der indisch-pakistanischen Konfrontation näher untersucht.

Im Mittelpunkt des Ansatzes steht überall die Kontroverse zwischen Gewinn- bzw. Machtstreben auf der einen und Zusammenarbeit auf der anderen Seite. Dieser Widerspruch ist für die gesamte theoretische Analyse dieser Arbeit führend, da von zwei völlig entgegengesetzten Begriffen die Rede ist. Umso wichtiger erscheint die theoretische Auseinandersetzung mit ihnen, denn hier sollen beide Paradigmen angewendet bzw. an der Realität getestet werden. Die hier untersuchten Strömungen bringen allgemeine Aussagen ans Licht, inwieweit Gesetzmäßigkeiten auf individuelle und auf zwischenstaatliche Ebene übertragbar wären.

Es sind insgesamt drei große Themen, die anhand des sozialpsychologischen Ansatzes behandelt werden, und zwar die Rolle der Drittparteien (*Third Parties*), die Relation Vertrauen zu Höhe des Risikos und die Rolle der Bestrafungsoptionen. Die Rolle der Drittpartei/en in einem Konflikt ist längst unumstritten und ihre Einflussnahme ist theoretisch und empirisch fundiert. Es stellt sich heraus, dass Drittteilnehmer eine widerspruchsvolle Wirkung auf einen bilateralen Konflikt ausüben können. Es hat sich in der Praxis bestätigt, dass Drittparteien üblicherweise nie neutral bleiben und mit einer der Konfliktparteien zum Nachteil der anderen koalieren (vgl. Zielinski 1985: 38). Dies wird näher am Beispiel von zwei Drittländern untersucht, die eine herausragende Rolle bei der indisch-pakistanischen Konfrontation spielen, nämlich den USA und China.

Die meisten Beiträge zu diesem Ansatz legen die Bedeutung der Strafmöglichkeiten bei einem Vertrauensbruch fest. Dadurch verstärkt sich die Kontrolle über den Gegner, was sich

positiv auf den Vertrauensbildungsprozess auswirken kann (vgl. Pruitt 1965, Rotter 1981: 25). Dadurch wird die Option gewährleistet, dass nicht vertrauenswürdige Verhalten bestraft wird. Somit erhöhen sich die Anreize zum kooperativen Verhalten, wenn beide Seiten gleichmäßig über Bestrafungsmöglichkeiten verfügen (vgl. Dedring 1975: 195, Matthews/Shimoff 1979). Dennoch scheint das Problem mit den diskutierten Sanktionsmöglichkeiten weit von einer Lösung entfernt zu sein. Hier stellt sich die Frage, ob Bestrafungsmaßnahmen sozialer, moralischer oder finanzieller Art positiven Einfluss auf das Verhalten der Akteure, vor allem der Staaten, nehmen können. Vielleicht sind die Wirtschaftssanktionen diejenigen, die sich bislang relativ erfolgreich bewährt haben, aber nur während Friedenszeiten und nicht während eines Krieges (vgl. Zielinski 1985: 37, 39).

Darüber hinaus stellt die nukleare Abrüstungsstrategie bzw. die Bedrohung durch Kernwaffen (*Nuclear Deterrence*) ein großes Hindernis für die Vertrauensbildung dar. M. Deutsch vertritt hier die These, dass so eine Strategie eigentlich eher einen Vertrauensbruch bzw. nicht vertrauenswürdige Verhalten des Gegners bewirkt, als zu Vertrauensbildung zu führen. Des Weiteren wird hervorgehoben, dass eine Abschreckungsstrategie sehr schnell Nichtkooperation bewirken kann und somit zur Zuspitzung eines Konfliktes beiträgt, denn die Bedrohung kann als aggressiv und nicht als abschreckend wahrgenommen werden (vgl. M. Deutsch 1961: 63; 1967: 359, zitiert nach Zielinski 1985: 39). Hier befindet sich eine „Grauzone“ der Forschung, da immer noch nicht erforscht worden ist, welches die Ursachen und welches die Konsequenzen der Abschreckungspolitik eigentlich sind. Am Beispiel der indisch-pakistanischen Konfrontation ist gerade zu untersuchen, ob *Nuclear Deterrence* sich negativ oder positiv auf den Vertrauensbildungsprozess auswirkt. Laut Zielinski liegt die passende Handlungsstrategie irgendwo zwischen den Bestrafungsoptionen und der Bedrohung durch Gewaltanwendung. Dennoch bleibt in den nächsten Kapiteln zu untersuchen, ob durch das Konzept der Vertrauensbildenden Maßnahmen diese Lücke zwischen den zwei Extremen auffüllen kann (vgl. Zielinski 1985: 39).

Zielinski (1985: 38) hebt eine weitere Besonderheit der sozialpsychologischen Ansätze hervor, nämlich dass die Risikofaktoren nicht systematisch untersucht worden sind. Und dies erweist sich angesichts eines durchaus möglichen nuklearen Vernichtungsschlags als äußerst problematisch. Somit muss man Vertrauen mit der Erwartung assoziieren, dass das erwünschte und berechenbare Verhalten der anderen Seite tatsächlich eintritt. Zum anderen wird bei manchen Ansätzen diskutiert, dass Vertrauen viel wahrscheinlicher nach kleinen Einsätzen mit weniger Risiko entstehen kann, weil diese auf gewisse Vertrauensbereitschaft hinweisen und somit zur Reziprozität des Handelns führen können. Dennoch bleibt umstritten,

ob die erwünschte Reaktion erfolgt. Dazu kommt es wiederum auf das Risiko an, denn je größer das Risiko wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass das Vertrauen sinkt bzw. nicht gebildet wird (vgl. Matthews/Shimoff 1979: 339, zitiert nach Zielinski 1985: 38ff.).

Die Untersuchung führt zum allgemeinen Fazit, dass das spieltheoretische Verhalten auf die *Rational-Choice*-Begründung zurückzuführen ist. Die Staaten gelten als diejenigen Akteure, die unterschiedliche Interessenkonstellationen, die sich aus einem ganz komplizierten innergesellschaftlichen Prozess ergeben, nach außen wahrnehmen. Angenommen, alle Akteure verhalten sich rational, dann ist es sehr schwer zu erraten, welche Interessenkonstellation sich aufgrund des Zusammenschlusses welcher Akteure mit welchen sich ergänzenden Interessen zu jedem Zeitpunkt ergibt. Wie Zielinski (1985: 37) hervorhebt, agieren die Spieler aufgrund gewisser Strategien, die sie vorher angesichts bestimmter Interessen bzw. gewisser Zielsetzungen formuliert und erstellt haben. Dieser Ansatz ist bei der zu behandelnden Problematik auch deshalb zutreffend, weil er rational verlaufende Konflikte erklären kann. Er stellt unter Beweis, dass zwei Gegner, die in eine sehr zugespitzte Konfrontation verwickelt sind, keine Gewinnmaximierung anstreben sollen, denn sie müssen bei der Verfolgung dieser Strategie schwere Verluste einbüßen (vgl. Zielinski 1985: 37).

2.2.3 Vertrauen – Definitionen und Konzepte⁵³

Der Begriff Vertrauen leitet sich vom Englischen aus den Begriffen *Confidence* oder *Trust* ab. Vertrauen ist in der internationalen Politik schwer zu definieren. Der Begriff ist mit Rechtsnormen, politischer Entscheidungsfindung und wirtschaftlichen Verfahren zwar zu assoziieren, aber Vertrauen erweist sich allerdings als Grundvoraussetzung und wichtige Vorbedingung „für deren Zustandekommen und die Durchsetzung in den Beziehungen zwischen den Staaten“ (Meier et al. 1991: 15). Wie vom theoretischen Teil veranschaulicht wurde, gilt Vertrauen hauptsächlich als „eine Kategorie der Psychologie, insbesondere der Sozialpsychologie sowie der Soziologie“ (Meier et al. 1991: 36).

Vertrauen basiert in einem zwischenstaatlichen Verhältnis auf gegenseitiger Offenheit und Zuverlässigkeit, die aufgrund glaubwürdiger Information mittels unterschiedlicher Kommunikation gewährleistet werden. In der internationalen Politik erweist sich Vertrauen als unerlässliche Vorbedingung und notwendige Voraussetzung für Kooperationsbereitschaft und gegenseitig förderndes Verhalten (vgl. Meier et al. 1991: 37).

Anhand der folgenden Abbildung (10) wird veranschaulicht, unter welchen Umständen Vertrauen entsteht bzw. wie sich der Vertrauensbildungsprozess entwickeln kann. Es sind

⁵³ Zum Vertrauensbegriff vgl. Meier et al. 1991: 33-50.

zuerst zwei mögliche Ausgangssituationen erkennbar: ob der andere Spieler auf Vertrauen eingeht oder nicht, d.h. ob er sein Handeln mit dem Initiator in Einklang bringen will oder nicht. Bei dieser Ausgangsposition wird bestimmt, ob der andere Vertrauen schenkt oder sich auf die Initiative nicht einlässt. In der angesprochenen Situation wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Rückkopplung Vertrauen schon da ist oder eben geschenkt wird. Hier können sich die Akteure freiwillig (unter gewissen Umständen wie Informiertheit, Perzeption, Zielsetzung usw.) entscheiden, ob sie sich darauf einlassen oder ob sie nicht darauf reagieren. Die letztere Situation führt dann wie erklärt zu keiner Vertrauensbildung. Wenn sich die Konfliktseiten jedoch miteinander auf Vertrauensbasis zu kooperieren entscheiden, dann entsteht ein langwieriger Prozess, der zielgerichtete vertrauensbildende Aktivitäten beansprucht, um Vertrauen zu bilden bzw. wiederherzustellen. Dies wird allerdings solange dauern, bis das endgültige Ziel (Vertrauensbildung) erfüllt wird. Der Pfeil der Vertrauensbeziehung auf der Abbildung deutet darauf hin, dass sie solange hält, bis beide Partner sich vertrauenswürdig verhalten.

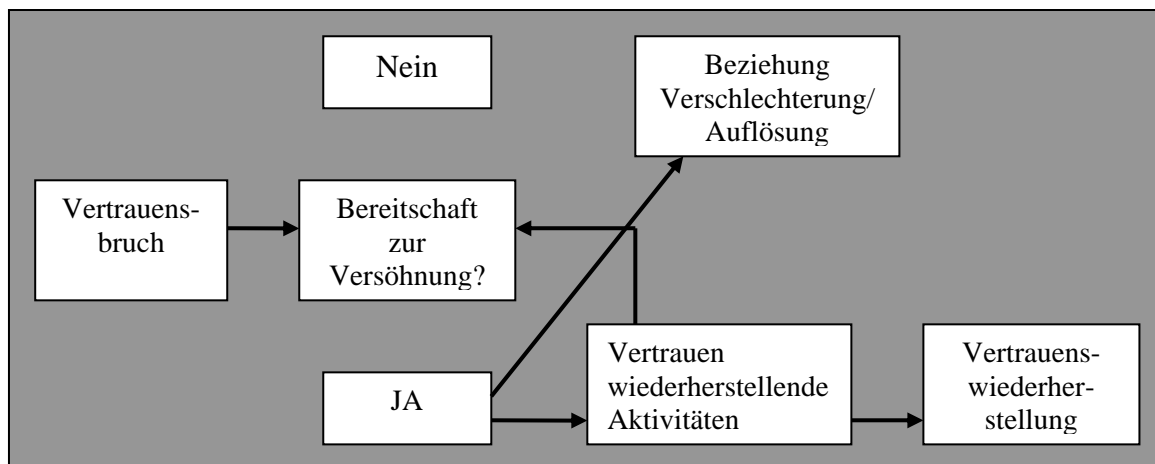


Abbildung 10: Das Vertrauen-Konzept (vgl. http://www.beyondintractability.org/m/trust_building.jsp)

Im Anschluss daran lässt sich der Vertrauensbegriff laut Mahnke (1979: 29, zitiert nach Zielinski 1985: 20) folgendermaßen zusammen:

„[...] eine Haltung, die auf dem Vorhandensein einer Handlungsgrundlage beruht, die es einem Handelnden möglich erscheinen läßt, mit weitgehender, aber eben nicht vollständiger Gewissheit davon ausgehen zu können, daß die Handlungen des Partners/Gegners sich stets innerhalb eines bestimmten Rahmens bewegen werden. Das heißt, der Vertrauende weiß zwar nicht genau, wie sein Partner/Gegner im einzelnen handeln wird, er kann jedoch theoretisch alle seine Handlungsmöglichkeiten definieren und mindestens bestimmte Handlungsmöglichkeiten ausschließen.“

Unter den Umständen der Nuklearisierung stellen sich die Kernwaffenmächte einer qualitativ neuen Herausforderung. Die Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches scheint bei jeder Auseinandersetzung fast unvermeidbar zu sein. Deshalb wird Vertrauen nicht nur als ein Schlüsselbegriff der internationalen Sicherheit bezeichnet, sondern ist auch ein Kernstück der

Überlebensstrategie der im Schatten des *Nuclear Deterrence* agierenden Länder (vgl. Meier et al. 1991: 34).

2.2.4 Erfolgsbedingungen und Hemmfaktoren

Als einer der größten Hemmfaktoren bei der Definition von Vertrauen gilt die Unterschiedlichkeit der politischen und Gesellschaftssysteme der Länder, besonders wenn unter solchen Umständen großes Misstrauen, bedingt allerdings durch tief verwurzelte Bedrohungsperzeptionen und Feindbilder, abgebaut werden soll. Dennoch heißt es lange noch nicht, dass die Diskrepanzen bezüglich der Gesellschaftsordnung und des politischen Systems aufgehoben werden müssen, um die Herausbildung eines Vertrauensverhältnisses vorauszusetzen (vgl. Meier et al. 1991: 34).

Dazu übt die Androhung mit Gewalt bzw. ihre Anwendung ebenso eine äußerst negative Wirkung auf die Vertrauensbildung bzw. den Misstrauensabbau aus (vgl. Meier et al. 1991: 15). Laut der realistischen Schule der IB ergibt sich die Annahme, dass die militärische Macht sich als das wesentlichste Instrument des Einflussnahme bzw. der Sicherheitsgewährleistung nach außen für jeden Staat erweist (vgl. Meier et al. 1991: 15). Folglich soll laut Daydow (1986: 31, 41) der Einfluss der militärischen Macht und anderer Machtquellen gesenkt werden, weil sie zum Zwang in den zwischenstaatlichen Beziehungen führen können und somit die Festigung des Vertrauens verhindern (vgl. Meier et al. 1991: 15ff.). Diese Prämisse führt jeweils zu der nuklearen und konventionellen Abrüstung in der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation und lässt somit die Entspannungsphase im Kalten Krieg entstehen.

Aus dem Kapitel über Vertrauen lässt sich schließen, dass die Überprüfung und die Untersuchung der gegebenen Voraussetzungen, die Vertrauen herausbilden lassen, von erstrangiger Bedeutung sind. Dabei soll die Einflussnahme möglicher negativer Faktoren auf einen eventuellen Vertrauensbruch genau abgewogen werden. Nicht zuletzt sollen auch die Macht- (Militärmacht) und Gewaltmittel (Kernwaffen, militärische Doktrinen usw.) streng kontrolliert werden, weil ihr Missbrauch auch zum Vertrauensbruch führen kann (vgl. Meier et al. 1991: 39).

2.3 Erklärungsmodelle für Vertrauensbildung

2.3.1 Historische und theoretische Prämissen⁵⁴

Wenn man in die Geschichte des Kalten Krieges und der nuklearen Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR zurückblickt, so kann man die große Bedeutung des bilateralen Vertrauensbildungsprozesses schnell erkennen, auch wenn er relativ spät in Gang gesetzt wurde. Dieses Phänomen aus dem Kalten Krieg gilt immer noch als eine erstaunliche Entwicklung in den internationalen Beziehungen während des Nuklearzeitalters (vgl. Scherbak 1991: xi). Zugleich hat der *Confidence-Building*-Ansatz sehr schnell von seiner Effizienz und seinem hohen Erfolgspotential überzeugen können.

Obwohl Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht normierbar ist, vollzieht sich die Vertrauensbildung in keinem rechtsleeren Raum (vgl. Meier et al. 1991: 78). Folgende stufenweise Entwicklung lässt sich im Vertrauensbildungsprozess in Europa beobachten. Zuerst wurde in Helsinki 1975 ein System der VBM auf freiwilliger Basis ins Leben gerufen (beruhend nur auf dem Prinzip des Austausches von Ankündigungen). Dann wandelte es sich durch das Stockholmer Dokument 1987 in ein obligatorisches System des Austausches von Ankündigungen, Informationen und Beobachtungen. Danach wurde die strikte Einhaltung der VBM durch die Vereinbarung des Wiener Dokuments 1990 und des Wiener Abkommens 1992 weiterhin kontrolliert, was auch mit einem gewissen Maß an entsprechendem politischen Willen dafür zu tun hatte (vgl. Meier et al. 1991: 152).

Der Vertrauensbildungsprozess bedarf ebenso einer gewissen Kontinuität (vgl. Meier et al. 1991: 75), damit er sich auf Dauer entfalten kann. Der Prozess lässt sich durch folgende Charakteristika kennzeichnen:

„[it] may include only narrow approach of building confidence or it may have loose construction approach including cooperation in economic and security realms.“ (Kabir 2002: 4)

Aus dieser Definition lässt sich schließen, dass der Vertrauensbildungsprozess entweder auf den spezifischen politisch-militärischen und sicherheitsstrategischen Bereich begrenzt bleibt oder auch die wirtschaftliche und handelsbezogene VBM mit einschließt. Zum Zweck der Untersuchung werde ich die Analyse des *Confidence Building* in nicht-militärischen Bereichen ausschließen und mich somit für einen „[...] only narrow approach of building confidence“ entscheiden. Ich habe mich für die erste Option entschieden, und zwar weil dieser

⁵⁴ Zu einer umfassenden Analyse des Vertrauensbildungsprozesses in Europa während des Kalten Krieges vgl. Birnbaum 1986: 66-74, Brauch 1986c: 401-421, Meier et al. 1991: 73-86, Greenwood 1996: 91-112, Geramanis 2001.

Bereich in der indisch-pakistanischen Konfrontation enormes Konfliktpotential und Kriegsrisiko birgt. Die Analyse dieser Arbeit bleibt streng nur auf diese Problematik fokussiert, wie ich schon anhand der Abbildung 3 über die Mehrdimensionalität des indisch-pakistanischen Konfliktes erläutert habe. Dies hat nur mit den Zwecken dieser Untersuchung zu tun und will die Rolle der nicht-militärischen Dimension nicht benachteiligen.

2.3.2 Begriffsbestimmung und Konzepte der Vertrauensbildung

In diesem Kapitel möchte ich die Begriffsbestimmung und die Konzepte des Vertrauensbildungsprozesses in der indisch-pakistanischen Konfrontation näher analysieren. *Confidence Building* wird oftmals mit *Confidence Building Measures* gleichgestellt. An dieser Stelle soll zwischen der Vertrauensbildung als Prozess und den VBM als Instrumenten unterschieden werden. Beide Begriffe sind nicht gleichzustellen. Während die erste Begriffsbestimmung eine festgelegte Zielsetzung und gewisse Zweckorientierung darstellt, wird der zweite Begriff eher mit einem Endprodukt, einer bestimmten Vorgehensweise, gewissen Mitteln, Instrumenten oder Mechanismen assoziiert (vgl. Kabir 2002: 4). Der Vertrauensbildungsprozess stellt historisch betrachtet den schrittweisen Abbau des tief verwurzelten, aber auch bequemen Misstrauens zwischen den beiden ideologischen Blöcken während des Kalten Krieges dar (vgl. Zielinski 1985: 7). Laut Holst soll Vertrauensbildung ein Konzept gemeinsamer Sicherheit darstellen, welches die Vorstellung von geteilten gegenseitigen Interessen verkörpert (vgl. Sawhny/Narain 2002: 402).

Die Vertrauensbildung ist in dieser Arbeit nur als Prozess denkbar, weil

„[...] eine Vertrauensgrundlage nur in konkreten Maßnahmen zu legen und zu erweitern ist, die Schritt für Schritt innerhalb des Rahmens geeigneter politischer Entscheidungen und völkerrechtlicher Verpflichtungen unternommen werden“. (Meier et al. 1991: 34)

Anhand Abbildung (11) wird veranschaulicht, wie der gesamte Prozess normativ verläuft. Zuerst erwartet man, dass aufgrund des friedfertigen, kooperativen Handelns von Indien und Pakistan in einem der Bewährungsfelder eine neue Situation entsteht, die die Herbeiführung von Vertrauen zwischen den beiden Rivalen rechtfertigt. Diese völlig neue Situation führt dementsprechend zur Vereinbarung und Umsetzung von VBM im nuklearen und politisch-militärischen Bereich wie auch über Kaschmir. Nachdem ausreichendes Wissen darüber besteht, und zwar aufgrund der Sammlung und Auswertung von Erfahrungen, Erkenntnissen und relevanten Informationen, kann die Rückkopplung stattfinden, die dann wiederum eine vertrauensbildende Situation verschaffen kann.

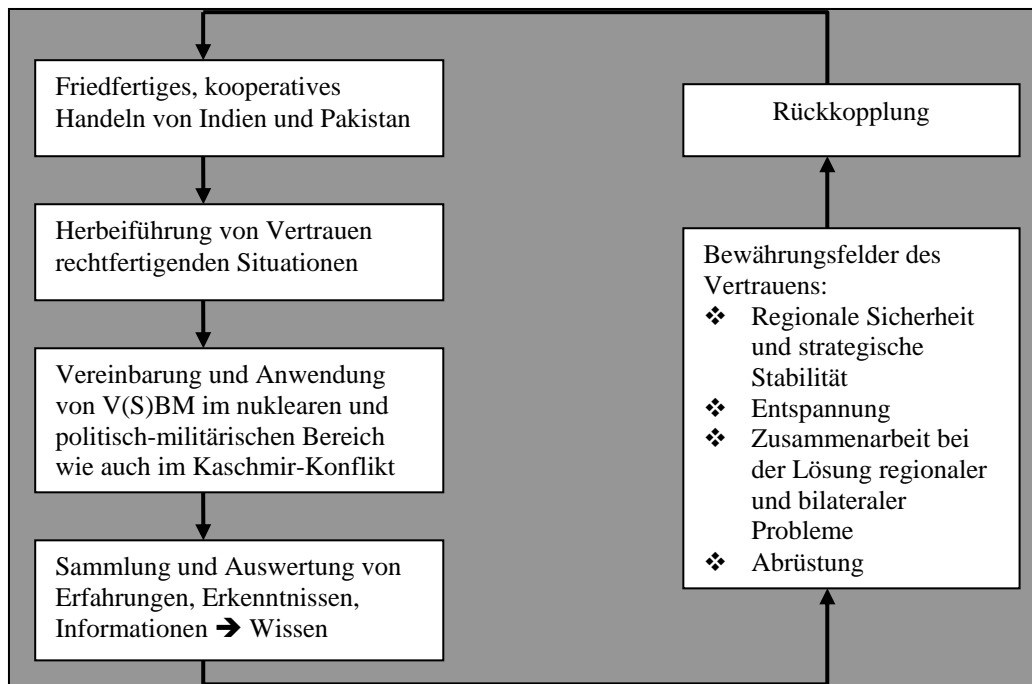


Abbildung 11: Die Vertrauensbildung in den indisch-pakistanischen Beziehungen (vgl. Meier et al. 1991: 39)

2.3.3 Erfolgsbedingungen und Hemmfaktoren

Es stellt sich letztendlich die Frage, wie man die Effizienz des Vertrauensbildungsprozesses überprüfen kann. Zuerst untersucht man, welche normativen bzw. nicht-normativen Akten (d.h. völkerrechtliche oder politisch bindende Normen) schon vorliegen. Dann erforscht man, was für gegenseitige Verpflichtungen für beide Parteien sie enthalten, und letztendlich, wie und durch welche Organe und Strukturen sie in die Tat umgesetzt werden (vgl. Meier et al. 1991: 135).

Die Vertrauensbildung im nuklearen Bereich kann nicht wirken, wenn die eine Konfliktpartei der anderen militärisch überlegen ist (vgl. Meier et al. 1991: 131). Die unterlegene Konfliktpartei würde sich bedroht fühlen, was das Risiko erhöht, dass sie defektiert und auf Vertrauensbrüche eingeht, um ihre Sicherheit gewährleisten zu können. Dies stellt nochmals die hinreichende Bedingung in dieser Arbeit unter Beweis, dass eine strategische Parität zwischen den beiden Rivalen durch die erzielte nukleare Abschreckung etabliert und aufrechterhalten werden soll. Deshalb ist eben zu bedenken, dass die Vertrauensbildung in Südasien erst nach den Kernwaffentests 1998 überhaupt fruchten kann (vgl. Meier et al. 1991: 131). Die hier vorgelegte Behauptung stützt sich auf die sowjetisch-amerikanische Erfahrung, weil der Vertrauensbildungsprozess hauptsächlich nach der erzielten strategischen Parität im nuklearen Bereich in Gang gesetzt wurde.

2.4 Erklärungsmodelle für Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM)⁵⁵

2.4.1 Historische und theoretische Prämisse der VBM⁵⁶

In diesem Kapitel erfolgt ein historischer Rückblick auf die Genese des VBM-Konzeptes (vgl. Zielinski 1985: 13). Historisch betrachtet haben sich VBM als Mechanismus bzw. Instrumente zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa und zwischen den USA und der SU während des Kalten Krieges etabliert und bewährt. Dennoch gilt das VBM-Konzept mit seiner Modellhaftigkeit als eine relativ neue Erscheinung der Nachkriegszeit, die sich in verschiedenen Regionen der Welt mit unterschiedlicher Intensität abgesehen von den regionalen Spezifika vollzieht (Kabir 2002: 3). Das VBM-Konzept entsprang zuerst dem nuklearen Abrüstungsverhandlungsprozess zwischen den USA und der UdSSR. Es setzte sich vor allem als Abrüstungsstrategie bzw. -mechanismus zur Beschränkung bzw. Reduzierung der Kernwaffenarsenale durch (Krepon 2000: 1).⁵⁷ Zum anderen entwickeln sich VBM im Laufe eines langwierigen Vertrauensbildungsprozesses in der sicherheitspolitischen Ära des Kalten Krieges und haben sich heutzutage als erfolgreicher Mechanismus⁵⁸ bewährt, dessen Hauptfunktion von Scherbak (1991: xi) hervorragend formuliert wird:

„It is safe to say that confidence-building measures have a growing role to play in preventing war, whether nuclear or conventional, stabilizing the strategic and regional situation, settling regional conflicts, and managing various kinds of crisis”.

Diese Definition verweist auf die wesentlichen Merkmale der VBM und wird weiterhin durch neue Kenntnisse zur Problematik erweitert. Zu ergänzen ist, dass die Effizienz und die Wirkung der VBM während des Kalten Krieges überwiegend von den akademischen und außenpolitischen Kreisen anerkannt worden ist. Hierbei ist aufgrund der Definition Scherbaks zu schließen, dass die Anwendung des VBM-Konzeptes bei dem zu untersuchenden Forschungsgegenstand als sehr zutreffend erscheint.

⁵⁵ Wie schon bei der Abbildung 6 (aus Kapitel 2.1.1) deutlich wurde, wird das Konzept der VBM nicht das gesamte Spektrum der Instrumente umfassen, sondern manche davon isolieren lassen, da sie zum südasiatischen Kontext nicht passen. Wie später beim empirischen Teil erläutert wird, werden z.B. Abrüstungsmaßnahmen nicht berücksichtigt, weil die Abrüstungsstrategie bzw. -politik für den Untersuchungsfall nicht relevant ist. Die VBM zur qualitativen und quantitativen Abrüstung zwischen den beiden militärischen Allianzen während des Kalten Krieges verzeichneten zwar einen ganz erfolgreichen Ansatz der Vertrauensbildung, aber angesichts des nuklearen Potentials in Indien und Pakistan kann von einer Rüstungsspirale gar nicht die Rede sein.

⁵⁶ Zur Geschichte der KSZE-Konferenzen vgl. Zielinski 1985: 74-135, Meier et al. 1991: 142-174 bzw. zur OSZE vgl. Wagner 2002: 311-328. Zur Geschichte und Theorie des VBM-Konzeptes vgl. Zielinski 1985: 59-73, Bruns 1986: 77-104, Darilek 1986: 339-359, Larrabee/Lynch 1986: 183-210, Michejew 1986: 211-226, Schütze 1986: 227-243, Chadha 1992.

⁵⁷ Zu dem Instrumentarium der militärischen Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges vgl. Zielinski 1985: 42ff.

⁵⁸ VBM sind aber nicht der kooperativen Rüstungssteuerung zuzurechnen, sondern sie sind eher als „begleitende“ Instrumente zu bezeichnen (vgl. Zielinski 1985: 43).

Hier soll auch die Frage beantwortet werden, warum VBM zwischen den USA und der SU entstanden sind und welche davon sich als wesentliche Instrumente auszeichnen (vgl. Kabir 2002: 1-10). Das VBM-Konzept unterscheidet sich in West und Ost aufgrund der Wertvorstellungen und Zielsetzungen. Während die Warschauer Allianz⁵⁹ mehr Wert auf die Grundidee der „militärischen Entspannung“ legte, wurden VBM laut der Militärallianz der westdemokratischen Länder „vorwiegend als ‚begleitende Maßnahmen‘ zur kooperativen Rüstungssteuerung verstanden“ (Zielinski 1985: 13).

Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass die auf der Helsinki-Konferenz (1975) und später in Stockholm (1986) und Wien (1990, 1992) vereinbarten VBM im politisch-militärischen Bereich einen Modellcharakter für ihre Fortentwicklung aufweisen (vgl. Meier et al. 1991: 65). Die intensivere Herausbildung von VBM erfolgt aufgrund der militärisch-strategischen Parität unter den USA und der UdSSR bzw. den beiden feindlichen Militärblöcken – der NATO und des Warschauer Paktes (vgl. Meier et al. 1991: 130).

2.4.2 Konzepte und Definitionen der VBM⁶⁰

Konzepte der VBM

Hier erfolgt die Erläuterung der theoretischen Grundlagen des VBM-Konzeptes (vgl. Zielinski 1985: 13). Dabei stellen sich mehrere Untersuchungsfragen, die teilweise das gesamte Konzept erklären sollen. Eine solche Frage, die es zu beantworten gilt, lautet: Welche sind die Grundvoraussetzungen, damit VBM umgesetzt bzw. eingehalten werden?

Es ist sehr schwierig, das Konzept der VBM im Rahmen einer allgemeinen Theorie zu erfassen. Laut Zielinski besteht kein geschlossenes und endgültiges Konzept (1985: 40).⁶¹ Das VBM-Konzept kann sowohl als Teil der Sicherheitspolitik als auch der kooperativen Ansätze dargestellt werden. Gerade darin besteht das große theoretische Dilemma, das in dieser Arbeit zu enträtseln ist. Darin findet einer der Zwecke der theoretischen Untersuchung seinen Ausdruck. Zum einen kann die Sicherheitspolitik als nationale Außen- bzw. militärische Politik bezeichnet werden.⁶² Zum anderen wird unter Sicherheitspolitik auch die Entspannungs- bzw. Rüstungspolitik zwischen Ost und West während des Kalten Krieges verstanden. Des Weiteren erfolgt die Analyse der VBM auch aus dem theoretischen Blickwinkel der kooperativen Ansätze. An dieser Stelle ist ein wesentliches Argument

⁵⁹ Die ehemaligen sozialistischen Länder bildeten das Militärbündnis, genannt Warschauer Pakt, der eigentlich die Militärallianz des sozialistischen Blocks darstellte.

⁶⁰ Zum theoretischen VBM-Konzept vgl. Meier et al. 1991: 51-75, Masood 2001: 28-38, Zielinski 1985: 40-58. Siehe Abbildung (17) im Anhang.

⁶¹ Einige der wesentlichen Definitionen zum VBM-Konzept sind in Abbildung 2 im Anhang erfasst worden.

⁶² Über die Aspekte der nationalen Sicherheit wurde bereits im Kapitel 2.2.1 ausreichend diskutiert.

hervorzuheben. Es ist nämlich von großem Interesse, wie Rüstungsbegrenzung bzw. -kontrolle unter dem Zwang der Nuklearisierung entsteht und inwieweit Kooperationsstrategien, die sich vorwiegend auf VBM-Konzepte stützen, tatsächlich durch den nuklearen Rüstungswettlauf (d.h. die Gewinnmaximierung) oder alternativ durch weitere Erklärungsfaktoren bedingt sind (vgl. Bülow 1979: 289, zitiert nach Zielinski 1985: 40). Kooperative Ansätze handeln hauptsächlich von Begriffen wie Stabilität, friedlicher Austragung von Konflikten und vertrauenswürdigem Verhalten (vgl. Zielinski 1985: 40-41).

Die VBM verhelfen den Konfliktparteien zur korrekten Interpretation der gegenseitigen Handlungen durch den Austausch glaubwürdiger und fortlaufender Information über die eigenen Absichten und Vorhaben. Eine weitere Aufgabe des VBM-Konzeptes liegt in der Verhinderung einer nicht autorisierten oder unbeabsichtigten Anwendung von Kernwaffen wie auch in der Reduzierung der aus einer nicht-autorisierten militärischen Handlung resultierenden Unfälle (vgl. Scherbek 1991: xi).

VBM liefern ein sehr flexibles Instrumentarium zur Schaffung gegenseitiger Sicherheit. Dabei sind VBM bzw. VBSM nicht imstande, automatisch eine Umgebung wachsenden Vertrauens dort zu schaffen, wo ein tief gehendes Misstrauen vorherrscht (vgl. Meier et al. 1991: 152). Umso interessanter scheint diese Überlegung, da in Südasien tief gehende Bedrohungsperzeptionen die Sicherheitsbedürfnisse und die nationalen Interessen nach außen prägen. Nicht zuletzt können VBM ein entsprechendes Umfeld zu Konfliktprävention, -management und -bewältigung wie auch zu sozioökonomischer Entwicklung und Frieden und Stabilität in der Region (Südasien) schaffen (vgl. Kabir 2002: 2).

Folglich lässt sich über das VBM-Konzept sagen, dass alle Tätigkeiten, Instrumente, Entwicklungen, Vereinbarungen, Verträge und Abkommen, die Vertrauen hervorbringen, als VBM betrachtet werden können (vgl. Izadeen 2000: 135). Laut Zielinski besteht das primäre Ziel der vereinbarten und umgesetzten VBM nicht in der Bildung von Vertrauen, sondern vorrangig in der Festigung militärischer Stabilität (1985: 13). Dies bestätigt nochmals die anhand der Abbildung 1 veranschaulichte Annahme, dass die Begriffe VBM, Sicherheit und Stabilität in wechselseitigem Zusammenhang stehen.

Abschließend lassen sich alle Überlegungen bezüglich des VBM-Konzeptes folgendermaßen zusammenfassen. Das oberste Ziel dieses Konzeptes besteht in der Schaffung gemeinsamen Vertrauens. Die Vertrauensbildung an sich beansprucht einen langwierigen und dauerhaften Prozess. Angesichts des endgültigen Zwecks des Prozesses – Friedenserstellung – erweist

sich das Konzept auch als der erforderliche Mechanismus, der die notwendigen Instrumente dafür zur Verfügung stellt (vgl. Cheema 1999: 29, zitiert nach Izzadeen 2000: 135).

Definitionen der VBM

Es liegen zahlreiche Definitionen zu VBM vor, unter denen sich Holsts und Krepons Begriffserklärungen besonders auszeichnen. Krepon (2000a: 1) versteht unter VBM „unilateral, tacit, or negotiated steps to improve cooperation or decrease tension“. Sie beinhalten jeweils positive und negative Prämissen in sich. Die negativen Vorbedingungen bestehen im Ansatz des Konfliktmanagements bzw. der Konfliktlösung, während die positive Prämisse sich das Ziel der Abwesenheit eines Konfliktes bzw. der Postkonflikt-Zusammenarbeit setzt (Kabir 2002: 4).

Die Bandbreite des gesamten Vertrauensbildungsprozesses lässt sich aufgrund des Inhalts und der Zielsetzung in einzelne Bereiche aufteilen, wo sich die verschiedenen Maßnahmen einordnen lassen, wie z.B. die erstere „grobe“ Einordnung in: *Conflict Avoidance Measures* in der Phase der Konfliktbewältigung, *Confidence Building Measures* im Bereich der Vertrauensbildung, ergänzt durch *Confidence and Security Measures*, d.h. Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (Zielinski 1985: 7). Es folgen weitere Klassifizierungen bzw. Typologisierungen, dennoch ist es sehr schwierig die Schnittstelle aller Ansätze und Definitionen festzulegen und die Grenzen des gesamten Konzeptes zu ziehen.

Manche Autoren, darunter Falenski (1981), versuchen, VBM nur auf empirisch belegbare und vertraulich festgelegte Instrumente zu beschränken. Andere wie Zielinski (1985) erweitern das Konzept um diejenigen Instrumente, die nicht immer mit der politischen Wirklichkeit zu tun haben, da ihre Bedeutung über das machtpolitische Kalkül hinausgeht (vgl. Zielinski 1985: 43). Laut Kabir (2002: 4) lassen sich VBM in mehrere Kategorien aufteilen: *Transparency Measures, Communication Measures, Declaratory Measures, Early Warning or Notification Measures; Consultation Measures*.⁶³

VBM lassen sich auch in „subjektive“ und „objektive“ Maßnahmen aufteilen. Die subjektiven sind auf die Wahrnehmungs- und die Informationsfunktionen beschränkt. Demgegenüber sollen die objektiven auch tatsächliche Einschränkungen im militärischen Bereich verschaffen (vgl. Alford 1979; 1980: 589ff., zitiert nach Zielinski 1985: 43).⁶⁴

Des Weiteren wird zwischen abrüstungsfördernden, verhandlungsfördernden und vertrauensbildenden Maßnahmen unterschieden, abgesehen davon was für Ziele bei der

⁶³ Auf diese und weitere VBM-Einordnungen wird später im empirischen Teil der Arbeit eingegangen.

⁶⁴ Zur genauen Erläuterung der einzelnen objektiven VBM vgl. Zielinski 1985: 43.

Vertrauensbildung verfolgt werden (vgl. Brauch 1982).⁶⁵ Laut des Konzeptes von Brauch sind VBM als militärische Verhaltensregeln zu bezeichnen, „die zur Kalkulierbarkeit und Berechenbarkeit der Gegenseite beitragen“ (Zielinski 1985: 44).

Es bestehen zahlreiche Definitionen der VBM, die dem Konzept verschiedene Nuancen verleihen. In der folgenden Abbildung (12) sind einige der bedeutendsten Definitionen zusammengefasst, wobei dies nicht nur eine systematische Beobachtung und Erläuterung bietet, sondern auch einen umfassenden Überblick über die Besonderheiten und die wesentlichen Merkmale verschafft.

Autor	VBM-Definition
Krepon (2000: 1)	„pre-eminent means of preventing accidental war and unintended escalation in strife-ridden regions [...]“
Krepon (2000: 2)	„[...] they are flexible instruments that allow national leaders to adapt to radically transformed security environment [...]“
Nuri (2001: 53)	“[...] as an institutional process, CBMs take time, focus, imagination, and, above all, it requires strong will to be put into effect.”
(Cheema, zitiert nach Kabir 2002: 3)	CBMs „as a bilateral or multilateral measure that builds confidence, arrests the undesirable drift towards open hostilities, reduces tensions and encourages the adversaries to make contact for negotiations without taxing too much the operative policy pursuits.“
(Kabir 2002: 5)	„[...] a CBM may be defined as a bilateral or multilateral instrument that may be used for building trust, effecting conflict resolution and enhancing mutual cooperation and security.“ „[...] measures to reduce tensions or resolve disputes [...]“

Abbildung 12: VBM-Definitionen

Anhand der Abbildung (11) kann man einiges über die wichtigsten Eckpunkte der VBM-Definition schließen. Zuerst sind VBM als Verhaltensregeln zu definieren, die zum Nicht-Ausbruch eines nuklearen Krieges zwischen zwei äußerst feindlichen Rivalen beitragen sollen. Dazu soll das VBM-Konzept mehr Transparenz zur Handhabung der militärischen Macht verschaffen und gewisse Maßstäbe zum vertrauenswürdigen Handeln, das von der Gegenseite nicht als bedrohlich wahrgenommen wird, anbieten (vgl. Zielinski 1985: 45; Krepon 2000: 1). Darüber hinaus sind VBM auch flexible Instrumente in einem mehr oder weniger institutionalisierten Vertrauensbildungsprozess, der von den nationalen Entscheidungsträgern mit unterschiedlichem Tempo gefördert wird (Krepon 2000: 2; Nuri 2001: 53). Nicht zuletzt sind sie bi- oder multilaterale Mechanismen, die im Vertrauensbildungsprozess, zur Intensivierung der Kooperation und zur Gewährleistung der Sicherheit, zum Konfliktmanagement bzw. zur Konfliktlösung in Krisenregionen eingesetzt werden können, wo feindselige Beziehungen bestehen, die jederzeit eine Krise zuspitzen bzw. einen bewaffneten Konflikt entstehen lassen können (Kabir 2002: 2ff.).

⁶⁵ Zu den Funktionen der einzelnen VBM-Gruppen laut Brauch (1982) vgl. Zielinski 1985: 44.

Hier kommt die Frage auf, ob VBM eine einheitliche Strategie darstellen können. Obwohl manche Autoren sich dagegen äußern (Zielinski 1985: 46), bin ich der Meinung, dass das VBM-Konzept gewisse Authentizität genießt. Laut Zielinski kommen dem VBM-Konzept folgende vertrauens- bzw. stabilitätsfördernde Funktionen zu: Verbesserung des internationalen Umfeldes, Verschaffung von Möglichkeiten zu Konfliktmanagement bzw. -bewältigung, Transparenz wie auch Zwangsmaßnahmen im militärischen Bereich zur Verhinderung jeglicher Missverständnisse und ungewollter Angriffe. Natürlich bilden diese genannten Funktionen nicht das gesamte Konzept heraus (vgl. Zielinski 1985: 46).

Auf die oben kurz angesprochenen Hauptfunktionen der VBM wird nicht im Einzelnen eingegangen. Zum Beispiel scheint das Thema über die Verbesserung des internationalen Klimas hier überflüssig zu sein, da die Entwicklung der internationalen Vertrauensbildung scheinbar keine große Rolle bei der Untersuchung des Forschungsproblems dieser Arbeit spielt. Ein Aspekt davon wird aber später angesprochen und behandelt, wenn es um die Kommunikationsmaßnahmen geht, nämlich die persönlichen Begegnungen von militärischem und politischem Personal (vgl. Zielinski 1985: 48). Demgegenüber sind die anderen Aspekte in der Tat von größerer Bedeutung für die weitere Analyse. Die Maßnahme zu Krisenmanagement und Konfliktmanagement wird zum Beispiel sehr umfassend behandelt, wenn auf die einzelnen Instrumente der Vertrauensbildung in Südasien eingegangen wird.⁶⁶

Darüber hinaus lässt sich sagen, dass das VBM-Konzept auf die Verhinderung des Ausbruchs eines nuklearen bzw. bewaffneten Konfliktes abzielt und somit die VBM als entsprechende Instrumente zur Reduzierung dieses Risikos am zutreffendsten sind. Ein großer Teil dieser Instrumente, die während des Kalten Krieges zwischen den beiden militärischen Allianzen vereinbart bzw. umgesetzt wurden, hat sich im Endeffekt erfolgreich bewährt. Außerdem genießt dieses Konzept nach dem Ende des bipolaren Systems umso größere Anerkennung von Seiten der internationalen Gemeinschaft und wird in anderen Konfliktregionen eingesetzt. Es bleibt aber fraglich, so Masood (2001: 29), ob es zum Beispiel bei der nuklearen Konfrontation zwischen zwei Rivalen, die von ihrer militärischen Macht her nicht gleichgestellt sind, effizient wirkt.

Das VBM-Konzept ist von der Abrüstungspolitik streng abzugrenzen. Wie dies im theoretischen Teil deutlich gemacht wurde⁶⁷, sind VBM auch dort erfolgreich, wo Instrumente der Abrüstungspolitik wenig oder so gut wie gar nicht effizient sind (vgl. Masood 2001: 29).

⁶⁶ Dies wird im Kapitel 3.2 und 3.3 über den Vertrauensbildungsprozess zwischen Indien und Pakistan vor und nach der Nuklearisierung näher untersucht.

⁶⁷ Siehe Abbildung 6 im Kapitel 2.1.1.

Dies lässt sich damit begründen, dass VBM auf die Einschränkung militärischer Aktivitäten zielen, was einfacher zu funktionieren scheint als bei den Abrüstungsmaßnahmen, die militärische Kapazitäten reduzieren sollen. Es hat des Weiteren damit zu tun, dass sich VBM und Abrüstungsmechanismen gegenseitig ergänzen, wobei manche VBM auch als Abrüstungsmaßnahmen bezeichnet werden können. Jedoch tritt in dieser Arbeit eine klare Unterscheidung zwischen den zwei Arten von Mechanismen auf. Hierbei werden weder Abrüstungsstrategien behandelt noch ihre Instrumente untersucht, da in Südasien immer noch keine Gefahr eines sowohl qualitativen als auch quantitativen Rüstungswettlaufes besteht.⁶⁸ Folglich wird das VBM-Konzept in dieser Arbeit auf die Möglichkeiten bzw. Voraussetzungen zur Reduzierung des Risikos eines nuklearen Krieges beschränkt.

Bevor ich auf die zwei wesentlichen Typen von VBM eingehe, die im empirischen Teil der Arbeit betrachtet werden, nämlich VBM im politisch-militärischen und im nuklearen Bereich, sollen einige Überlegungen diesbezüglich angestellt werden. Da die Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan im Mittelpunkt der Analyse steht, wäre für manche vielleicht fraglich, ob es nicht sinnvoller wäre, anstatt nur die politisch-militärischen VBM in Betracht zu ziehen, die VBM aus dem gesamten Spektrum nach der Helsinki-Schlussakte (d.h. auch Korb 2 und 3) zu analysieren. Können andere als militärische VBM überhaupt im nuklearen Bereich effizient und wirksam sein? (vgl. Meier et al. 1991: 64).⁶⁹

Es ist bereits veranschaulicht worden, dass VBM auf allen Ebenen wirksam sind, d.h. nicht nur auf Staatsniveau, sondern auch auf Nichtregierungsebene. Dabei bilden sie ein Netzwerk, in welchem alle Instrumente miteinander in Verbindung stehen. Die Effizienz der VBM in einem Bereich wirkt sich auf die anderen Einsatzgebiete positiv aus (vgl. Izzadeen 2000: 136). In dieser Arbeit wird nur die Staatsebene in die Analyse mit einbezogen und konsequenterweise werden nur die nuklearen und politisch-militärischen VBM mit berücksichtigt, da sie vorwiegend auf der Staatsebene operativ werden. Ich habe mich für diese Vorgehensweise aus den folgenden Gründen entschieden. Zum einen erlauben der vorliegende Raum und die Zeit keine weitgehende Untersuchung, die alle Ebenen des VBM-Konzeptes umfasst. Dann bin ich auch der Meinung, dass der *Top-Down*-Ansatz auf Staatsebene am geeignetsten ist, d.h. die zwei wesentlichen Typen von VBM, die ich untersuchen will, sind vor allem auf der Regierungsebene funktionsfähig. Folglich vertrete ich

⁶⁸ Zu qualitativer und quantitativer Rüstungskontrolle vgl. <http://www.armscontrol.de/themen/praeventive.htm>, 27.12.2005.

⁶⁹ Ich habe bereits in der Einführung der Arbeit deutlich gemacht, warum die nicht-militärischen Dimensionen des VBM-Konzeptes für die Untersuchung des Forschungsproblems nicht relevant sind.

die These, dass wenn nukleare und militärische VBM auf Staatsebene effizient sind, dann auch nicht-militärische VBM auf der gleichen Ebene und konsequenterweise auf anderen Niveaus erfolgreich einsetzbar sein sollen. Nicht zuletzt habe ich mich nur auf diese zwei Typen von VBM konzentriert, da militärische und nukleare VBM viel mehr Einfluss als die anderen Typen (d.h. nicht-militärische VBM) ausüben können (vgl. Izzadeen 2000: 137).

2.4.3 Erfolgsbedingungen und Hemmfaktoren

Das VBM-Konzept lässt sich ziemlich leicht in Gang setzen, wenn einmal VBM vereinbart werden. Sie bilden sofort eine Grundlage für die Einführung und Umsetzung weiterer VBM, auch wenn es manchmal zum Vertrauensabbruch unter den Konfliktparteien kommt. Die VBM, die schon erfolgreich implementiert worden sind, verschaffen dann die Basis für die noch umzusetzenden Instrumente. Somit entsteht ein kontinuierlicher Vertrauensbildungsprozess, dessen Zweck in der Einhaltung und Implementierung der VBM besteht.

Kreft hebt folgende Voraussetzungen für den Erfolg der Vertrauensbildung bzw. des VBM-Konzeptes hervor, die sich aus dem Ost-West-Konflikt ableiten lassen (1999):

„Die Geschichte des Ost-West-Konflikts zeigt, daß es eines langwierigen und komplexen Lernprozesses bedarf, um mit der ‚Bombe‘ leben zu lernen. Zum Aufbau eines stabilen Abschreckungssystems müssen entsprechende Verfahren, Verhaltensmuster und Institutionen entwickelt werden. Dazu gehören u.a. eine entsprechende Militärdoktrin, Rüstungskontrollmaßnahmen, vertrauensbildende Maßnahmen, Vorwarnsysteme und ‚Heiße Drähte‘“.

Die Erfahrung, die sich aus dem VBM-Konzept in Europa während des Kalten Krieges schließen lässt, zeigt manche Schwachstellen der Vertrauensbildung im nuklearen Bereich. Die westlichen theoretischen Ansätze betrachten VBM vornehmlich im Rahmen der Rüstungsbeschränkungs- und Abrüstungsdynamik (vgl. Sawhny/Narain 2002: 402). Damit man aber die Konzepte zu Rüstungskontrolle bzw. Vertrauensbildung richtig kennt und umsetzen kann, muss man mit allen möglichen Machtkonstellationen zwischen Indien und Pakistan vertraut sein (vgl. Ischebeck 1994).

Insgesamt lassen sich drei Gruppen von Einflussfaktoren bilden, die zu den erfolgreichen Verhandlungen und der Implementierung des VBM-Konzeptes führen. Zuerst sind die Kontextfaktoren sehr wichtig, da sie den notwendigen historischen, kulturellen, politisch-institutionellen und technologischen Hintergrund eines bilateralen Konfliktes darstellen. Dann kommen die Prozessfaktoren ins Spiel, weil sie gewisse Charakteristika des Verhandlungs- bzw. Vertrauensbildungsprozesses bestimmen. Nicht zuletzt spielen die Faktoren der

politischen Entwicklung eine wichtige Rolle, denn sie wirken während bestimmter Phasen der Vertrauensbildung mit unterschiedlichem Tempo mit (vgl. Sawhny/Narain 2002: 403).

VBM lassen sich zuerst durch die unterzeichneten Verträge, die vereinbarten Maßnahmen, die verabschiedeten Abkommen usw. operationalisieren. Krepon legt einige sehr wichtige Erfolgsbedingungen für die Effizienz des VBM-Konzeptes fest, welche sich aus der amerikanisch-sowjetischen Vertrauensbildung während des Kalten Krieges ableiten. Sie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. Zuerst soll der territoriale Status quo in den strittigen Gebieten entweder anerkannt sein oder durch Kernwaffen abgesichert werden. Dann sollen ein oder mehrere Abkommen gegen alle möglichen Aktivitäten am Rande des nuklearen Risikos (*Nuclear Brinkmanship*) in beiden Ländern unterschrieben werden. Weiterhin soll auch ein gemeinsames Abkommen zur Minimierung bzw. Verhinderung aller bedrohlichen Militärübungen und -aktivitäten da sein. Dazu muss man auch spezielle Maßnahmen zur Bestätigung der ballistischen und nuklearen Kernwaffensysteme vereinbaren. Ein weiterer Schlüsselfaktor besteht darin, den Gegner durch unilaterales bzw. reziprokes Handeln von seinem vertrauenswürdigen Vorhaben zu überzeugen. Dies geschieht vor allem durch Verzicht auf gewisse strategische Aktivitäten. Damit dies kontrolliert werden kann, braucht man dann auch Verifikationsmaßnahmen, besonders weil ganz feindliche Perzeptionen und Feindbilder in beiden Ländern existieren.⁷⁰ Nicht zuletzt soll für die glaubwürdige und dauerhafte Kommunikation gesorgt werden, und das kann vor allem durch Errichtung von „heißen Drähten“ geschehen. Im Anschluss daran sollen auch die Kommandostrukturen plausibel und glaubwürdig verwaltet werden und der Gegner soll auch die notwendige Information über den Kontrollstab und die Kommandostrukturen vorlegen. Nicht zuletzt ist auch das gemeinsame Engagement der beiden Konfliktparteien erforderlich, dass sie den VBM-Prozess weiterhin aufbauen bzw. vertiefen werden (vgl. Krepon 2004a: 1-7).

Bajpai (1996: 31) erweitert diese Voraussetzungen um weitere Faktoren, die bei der Wirksamkeit des VBM-Konzeptes eine Rolle spielen. Die beiden Autoren untersuchen nämlich die Vorbedingungen, warum zwei Staaten zur Kooperation neigen, indem sie sich auf den VBM-Prozess einlassen. Es steht fest, dass zwei Konfliktparteien zuerst deshalb kooperieren (im Sinne von Vertrauensbildung), weil sie nämlich in einen langwierigen Konflikt verwickelt worden sind, wo die Kosten der Nichtkooperation höher als die Nutzen der Kooperation erscheinen. Außerdem ist das nicht nur ein sehr langwieriger Konflikt mit tief gehenden Streitfragen, sondern er kann höchstwahrscheinlich auch direkte militärische

⁷⁰ Zur Verifikation vgl. Brauch 1990.

Auseinandersetzungen herbeiführen, was die beiden Konfliktparteien sicherlich vermeiden wollen. Wenn auch feststeht, dass die militärischen Technologien ihrer konventionellen und nuklearen Kernwaffensysteme vorwiegend für Angriffsstrategien statt für Verteidigung geeignet sind, würden die Gegner auch etwas in Richtung VBM unternehmen wollen. Weiterhin würden sich zwei solche Konfliktparteien auf VBM einlassen müssen, wenn sie einsehen, dass die Missperzeptionen, Feindbilder und die mangelhafte Kommunikation höchstwahrscheinlich zu einem ungewollten Kriegsausbruch, sei es konventionell oder nuklear, führen könnten. Nicht zuletzt würden sie zur VBM-Strategie neigen, wenn sie davon überzeugt sind, dass weder Machtpolitik durch Androhung mit Gewalt noch die Friedensinitiativen tatsächlich zur Verhinderung eines möglichen Krieges beitragen können.⁷¹

2.5 Hypothese, Variablen und Operationalisierung

2.5.1 Hypothese⁷²

Im zweiten Kapitel wurden die Kausalmechanismen identifiziert: *Confidence Building* in der nuklearen Konfrontation stellt sich ein, wenn nukleare und politisch-militärische VBM bereitgestellt werden, wobei die *Nuclear Deterrence* aufrechterhalten bleibt. Diese Kernthese aus dem theoretischen Teil über *Confidence Building* kann nun in eine überprüfbare Hypothese übertragen werden: Wenn zwei Konfliktparteien ausreichende nukleare und politisch-militärische VBM einsetzen, und zwar nachdem sie sich in einem Zustand der nuklearen Abschreckung befinden, dann kann sich künftig ein Prozess der Vertrauensbildung entwickeln, der einen unmittelbaren nuklearen Krieg (in der Form eines nuklearen Schlagabtausches) verhindern könnte. VBM können *Confidence* fördern, ohne dass sie eine institutionelle Vorarbeit zu ihrer Durchsetzung erfordern und auch wenn kein Vertrauen zwischen den Konfliktparteien besteht. Dabei wirkt das Vorhandensein einer strategischen Parität durch die Kernwaffenprogramme auf die Entfaltung des kausalen Wirkungsmechanismus fördernd, indem es eine Veränderung des Status quo ablehnt bzw. blockiert und somit den beiden Staaten die gleiche Verhandlungsbasis im Vertrauensbildungsprozess ermöglicht. Die theoretische Rückbindung des *Confidence Building* an die VBM und diese wiederum an das *Nuclear Deterrence* erlaubt es nun, eine allgemeine Hypothese für die weitere Forschungsarbeit zu formulieren.

⁷¹ Mehr über diese Problematik vgl. Bajpaj 1996: 32-38.

⁷² Die in dieser Arbeit aufgestellte Hypothese basiert nur auf der Grundlage der Vertrauensbildung im nuklearen und politisch-militärischen Bereich und schließt alle anderen möglichen Bereiche des bilateralen Konfliktes zwischen Indien und Pakistan aus.

Wenn zwei Konfliktparteien nukleare und militärische VBM einführen (*notwendige Bedingung*), dann werden sie diese Maßnahmen besser umsetzen und einhalten, was nämlich zur Vertrauensbildung (AV) führt, allerdings nur dann, wenn die strategische Parität durch die nukleare Abschreckung (*Nuclear Deterrence*) vorhanden ist und aufrechterhalten bleibt (*hinreichende Bedingung*).

Diese Hypothese wird folgendermaßen an der Wirklichkeit getestet. Zuerst wird die Zeitperiode T_1 vor der offenen Nuklearisierung in Südasien untersucht und darauf geschlossen, ob und was für ein Zusammenhang zwischen der Einführung bzw. Umsetzung gewisser nuklearer und politisch-militärischer VBM und dem Vertrauensbildungsprozess im Schatten der *Nuclear Ambiguity* besteht. Danach wird dieselbe Vorgehensweise bei Zeitperiode T_2 angewendet, wobei hier beachtet wird, dass die offene Nuklearisierung schon stattgefunden hat. Somit kann man feststellen, ob und inwieweit sich einiges bei dem Zusammenhang zwischen VBM und Vertrauensbildungsprozess ändert oder alles konstant vor und nach der Nuklearisierung bleibt. Dabei soll im Endeffekt verschaulicht werden, ob sich diese Hypothese bewährt oder nicht.

2.5.2 Unabhängige Variablen

2.5.2.1 Die notwendige Bedingung: *Nukleare und politisch-militärische VBM zwischen Indien und Pakistan*

Die Einflussfaktoren (VBM), die als unabhängige Variablen in dieser Arbeit untersucht werden, lassen sich demnächst in drei wesentliche Kategorien aufteilen, und zwar in VBM bezüglich des Kaschmir-Konfliktes, in nukleare und politisch-militärische VBM.⁷³ Die Einordnung des VBM-Konzeptes wird anhand Abbildung (13) dargestellt.⁷⁴

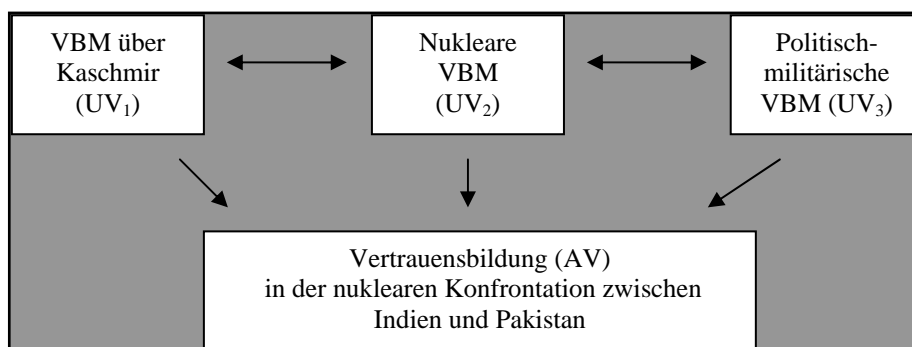


Abbildung 13: VBM-Konzept (eigene Darstellung)

⁷³ Diese Einordnung ist der Abbildung 3 über die Mehrdimensionalität des bilateralen Konfliktes zwischen Indien und Pakistan entnommen.

⁷⁴ Die einzelnen Einflussgrößen werden im Kapitel 3.1 unter Darstellung des homogenen Kontextes (genauer genommen Kapitel 3.1.2 über die nationalen Einflussfaktoren) im Detail dargestellt.

Hierbei sollen die Einflussgrößen zur erfolgreichen Vertrauensbildung im nuklearen und politisch-militärischen Bereich der indisch-pakistanischen Konfrontation kurz erläutert werden.⁷⁵ Im theoretischen Kapitel wurden ausreichend Argumente über Vertrauen und Vertrauensbildung vorgebracht, dass *Confidence* und *Trust* universelle Begriffe sind, deren Philosophie in den internationalen Beziehungen grenzüberschreitend und deswegen nicht regionsspezifisch festlegbar ist (vgl. Nuri 2001: 54). Diesbezüglich vertritt Nuri (2001: 55) die These, dass die Begrifflichkeit von VBM mit verschiedener Semantik assoziiert werden kann, wie z.B. „trust-building measures, peace-promoting mechanisms, amity-generating measures [...] peaceful gestures“. Somit stellt er das Grundprinzip unter Beweis, dass die Terminologie von VBM bei der Untersuchung des Forschungsgegenstandes keine Rolle insofern spielt, da bei der Erläuterung des Begriffs im theoretischen Teil keine genaue Begriffsbestimmung festgelegt wurde.

2.5.2.2 Die hinreichende Bedingung: *Nuclear Deterrence zwischen Indien und Pakistan*

Als hinreichende Bedingung für die Hypothese wird die nukleare Abschreckung festgehalten. Damit ein VBM-Konzept im nuklearen Bereich erfolgreich umgesetzt werden kann, muss die hinreichende Bedingung der nuklearen Abschreckung erfüllt sein. Man kann dies daran erkennen, dass der VBM-Prozess in Europa unter dem Zwang des zerstörerischen Potentials der Kernwaffen in Gang gesetzt worden ist. Dennoch ist zwischen der nuklearen Abschreckung im Kalten Krieg und der zwischen Indien und Pakistan streng zu unterscheiden (vgl. Hoodbhoy 1995: 55). Die nukleare Abschreckungsstrategie ist nicht leicht aufrechtzuerhalten. Jede potentielle militärische Drohung kann in einen nuklearen Krieg eskalieren. Das Sicherheitsdilemma wird durch die direkte Nachbarschaft der beiden Länder verkompliziert, weil dadurch das nukleare Risiko steigt bzw. die verfügbare Zeit zur rechtzeitigen Reaktion deutlich sinkt.

Diesbezüglich bekräftigt Kreft (1999) die These:

„Die Voraussetzungen für ein stabiles Abschreckungssystem sind in Südasien (noch) nicht gegeben. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre und zuletzt 1990 befand sich die Region bereits mindestens zweimal am Rande eines Atomkrieges. Das Risiko eines Nuklearkrieges ‚by accident‘ ist groß. Weder Indien noch Pakistan sind auf den Umgang mit Nuklearwaffen und ihren Risiken bisher vorbereitet“.

Dennoch wird laut Krepon (1995) durch die offene Nuklearisierung die erforderliche Stabilität in den indisch-pakistanischen Beziehungen erreicht, was auch aus der stabilen

⁷⁵ Die detaillierte Untersuchung der einzelnen Einflussgrößen erfolgt dann im Kapitel 3.1.2 über die nationalen Einflussfaktoren (unabhängige Variable).

sowjetisch-amerikanischen Kooperation im nuklearen und politisch-militärischen Bereich nachvollziehbar wird. Dies wird auch von Kabir (2002: 7) bestätigt, indem er hervorhebt:

„[...] the advent of nuclear weapons has stabilized the security situation in the region, particularly between India and Pakistan [...]”.

Im empirischen Teil der Arbeit wird sowohl auf die notwendige als auf die hinreichende Bedingung eingegangen, wobei der Schwerpunkt bei der Analyse der Umsetzung und Einhaltung der VBM liegt. Der Einfluss der nuklearen Abschreckung wird bei der Auswertung der empirischen Ergebnisse jedenfalls mit berücksichtigt.

2.5.3 Abhängige Variable: *Confidence Building* in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan

Es wurde schon theoretisch belegt, dass ein schrittweiser Abbau des Misstrauens neben der allmählichen Herstellung von Vertrauen parallel verläuft. Dies führte nämlich zusammen mit anderen entspannungsunterstützenden Prozessen zur immer konstanter werdenden Festigung des Vertrauensverhältnisses zwischen den USA und der SU während des Kalten Krieges und ließ somit die Abrüstungsphase im nuklearen und militärischen Bereich entstehen (vgl. Meier et al. 1991: 35).

Das Ziel dieser Arbeit besteht zuerst darin, den Einfluss der oben genannten Erklärungsfaktoren auf die abhängige Variable zu untersuchen. Die zu erklärende Variable ist nämlich die Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan. Aufgrund der untersuchten theoretischen Konzepte und Ansätze ist zweitens die allgemeine Hypothese bereits aufgestellt worden, so dass sie nun an der empirischen Wirklichkeit zu testen ist. Indem ich sie operationalisiere, werde ich den Einfluss der einzelnen unabhängigen Variablen untersuchen können. Ich habe insgesamt vier wichtige Erklärungsvariablen ausdifferenziert, deren Einflussnahme auf die abhängige Variable ich testen bzw. analysieren werde. Aus der Abbildung (14) ist zu entnehmen, dass als die vier unabhängigen Variablen wie folgt die Kaschmir VBM, die nuklearen VBM, die politisch-militärischen VBM und der internationale Einfluss durch die USA und China identifiziert sind. Deren Einflussnahme auf die Vertrauensbildung (Operationalisierung) wird während zwei Untersuchungsperioden getestet und anhand der Variierung der abhängigen Variablen wird auf die Endergebnisse geschlossen. Letztendlich soll sich nach dem empirischen Teil der Arbeit herauskristalisieren lassen, ob das VBM-Konzept auf die nukleare Konfrontation zwischen Indien und Pakistan anwendbar ist und ob es für die Vertrauensbildung effizient ist.

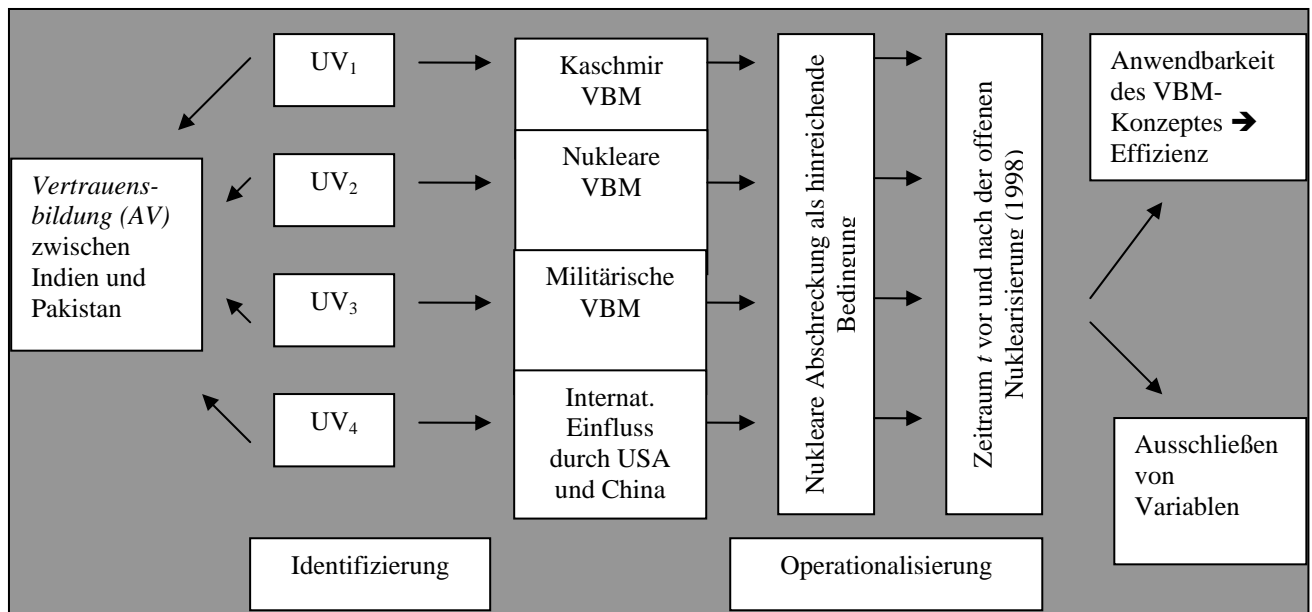


Abbildung 14: Theoretisches und methodologisches Konzept der gesamten Arbeit: Hypothese, Variablen, Operationalisierung (eigene Darstellung)

3 Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan

3.1 Darstellung des homogenen Kontextes/Ausschließen alternativer Erklärungen

3.1.1 Internationale Einflussfaktoren im indisch-pakistanischen Vertrauensbildungsprozess

Im Folgenden sollen die internationalen Einflussfaktoren kurz dahingehend untersucht werden, was für eine Rolle sie bei dem Vertrauensbildungsprozess zwischen Indien und Pakistan spielen. Ich werde vor allem auf zwei Länder eingehen, die bedeutende Auswirkung auf den VBM-Prozess haben sollen. Die regionale Struktur der indisch-pakistanischen Konfrontation wird nämlich von überregionalen Konstellationen stark beeinflusst (vgl. Dittmer 2005b: 204). Kreft (1999) beschreibt die sicherheitspolitische Lage in Südasien, indem er den bilateralen Konflikt von der bipolaren Ost-West-Rivalität streng unterscheidet. Er betrachtet die Rolle Chinas als dritten Pol in der Konstellation, die deshalb das regionale Sicherheitssystem viel unstabiler macht. Es entsteht ein asymmetrisches Machtverhältnis, dessen Struktur durch die hegemoniale Stellung der USA im System der IB verkompliziert wird. Die USA sind auch der internationale Akteur, der die bedeutendste Rolle in der Region spielt. So bildet sich eine viereckige Machtstruktur, innerhalb deren verschiedene Interaktionsbeziehungen entstehen können. Anhand der nachstehenden Abbildung wird das regionale Machtgleichgewicht nach dem Ende des Kalten Krieges in Südasien veranschaulicht. Aus Abbildung (15) ist zu entnehmen, welche zweipoligen Allianzen sich

höchstwahrscheinlich herausbilden können.⁷⁶ Die militärische Kooperation zwischen China und Pakistan bzw. den USA und Pakistan scheint am wahrscheinlichsten zu funktionieren und hat sich in der Geschichte der IB auch vor dem Ende des Kalten Krieges bewährt. Hingegen scheint die Distanzierung zwischen Indien und Pakistan bzw. den USA und China momentan am unüberbrückbarsten zu sein.

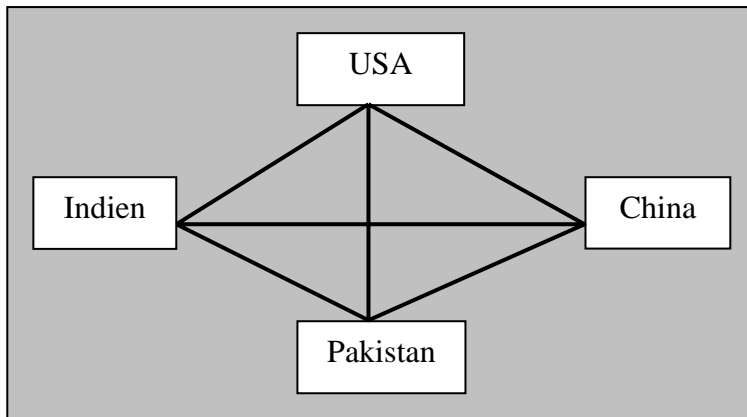


Abbildung 15: Die regionale Machtstruktur in Südasien (Dittmer 2005: 205)

Die USA⁷⁷

Die USA spielen eine durchaus bedeutende Rolle auf dem asiatischen Kontinent. Die Nuancen der USA-Politik in Südasien zeigen, dass es sich bei der amerikanischen Position weder um eine Annäherung an Indien noch um ein Zurückziehen von Pakistan handelt. Es ist die Rede von der Großmachtspolitik, indem Länder wie die USA angesichts ihrer spezifischen außenpolitischen Interessen handeln. Je nach der sicherheitspolitischen Lage während der einzelnen Zeitphasen hat sich die amerikanische Stellung gegenüber Indien und Pakistan geändert. Aus der Geschichte der IB ist zu schließen, dass die USA tendenziell zu militärischen Allianzen mit Pakistan schwankten, wobei diese Partnerschaften keine direkte negative Auswirkung auf Indien hatten.

Allerdings war die amerikanische Position seit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans in ihrem bilateralen Konflikt um Kaschmir neutral, denn die USA hatten kein Interesse an einem indisch-pakistanischen Krieg, der die gesamte Region unsicher und instabil machen konnte. Logischerweise verhängte Amerika nach den ersten zwei Kriegen 1947 bis 1948 und 1965 ein Waffen- und Handelsembargo. Diese außenpolitische Position blieb nach dem Ende des Kalten Krieges unverändert. Während der Kaschmir-Krise 1990 und der Kargil-Episode 1999

⁷⁶ Die darauf folgende Erläuterung der Abbildung vollzieht sich im Rahmen der neorealistischen theoretischen Perspektive.

⁷⁷ Mehr zu der Rolle der USA im Vertrauensbildungsprozess zwischen Indien und Pakistan vgl. Chari 1995, Kidwai 2001: 115-136, Ashraf 2002: 329-346.

spielten die USA eine hervorragende Rolle als *Facilitator*⁷⁸ bei ihrer Beilegung. Diesbezüglich konnte Amerika insbesondere auf seinen traditionellen Alliierten Pakistan mehr Druck als auf Indien ausüben. Nach der offenen Nuklearisierung der zwei Länder beruhte die Position aller amerikanischen Regierungen in Bezug auf den indisch-pakistanischen Konflikt auf der festen Überzeugung, dass ein bilateraler Friedensprozess mit der Vermittlung der USA, wo sie möglich ist, in Gang gesetzt werden soll. So war für Amerika der einzige richtige Weg zur friedlichen Lösung des Konfliktes die Förderung des Vertrauensbildungsprozesses, der auf dem Simla-Abkommen von 1962 bzw. der Lahore-Erklärung aus dem Jahr 1999 basieren sollte. Nach der amerikanischen Strategie wäre der nächste Schritt die Einbindung beider Länder in die internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregime. Daraus ist zu schließen, dass der amerikanische Einfluss auf den indisch-pakistanischen VBM-Prozess zwar bedeutend ist, jedoch ist er in dieser Hinsicht für beide Konfliktparteien relativ gleich prägend, deshalb kann diese Einflussgröße von der weiteren Untersuchung isoliert werden.

*China*⁷⁹

Die Stellung Chinas zu den indisch-pakistanischen Beziehungen ist von erstrangiger Bedeutung für den gesamten bilateralen Konflikt. Es ist jedoch bekannt, dass Indiens Sicherheitspolitik auf China zentriert, während Pakistans Sicherheitspolitik auf Indien gerichtet ist. So entsteht ein strategisches Dreieck, das nach der offenen Nuklearisierung umso stärker kompliziert wird. Deshalb ist die Stellung Chinas zu jeder indisch-pakistanischen Krisenzuspitzung insbesondere für Indien von hervorragender Bedeutung, denn China und Pakistan haben traditionell im militärischen Bereich kooperiert (vgl. Kreft 1999).

Die Einbeziehung Chinas in die Machtkonstellation zwischen Indien und Pakistan erhöht erheblich das nukleare Risiko auf dem Subkontinent. Infolge dessen entsteht ein „offenes Sicherheits- bzw. Bedrohungs-dreieck“ zwischen China, Indien und Pakistan. Während sich Indien in erster Linie von China bedroht fühlt und Pakistan als sekundäre Bedrohung betrachtet, fühlt sich Pakistan ausschließlich von Indien bedroht. Dazu wirkt die traditionsreiche Partnerschaft zwischen China und Pakistan im nuklear- und raketentechnologischen Bereich auch sehr beunruhigend für Indien. Die Folge daraus ist die Entstehung von geradezu unversöhnlichen Bedrohungs- und Sicherheitsperzeptionen, die zu

⁷⁸ Die Rolle des *Facilitator* ist mit der des Vermittlers nicht identisch, denn der *Facilitator* bleibt bei der Vermittlung zur Entspannung der Krise möglichst neutral und er selbst bietet keine Lösungsalternativen an, sondern er versucht den Konfliktparteien zur Wiederherstellung des Status quo zu verhelfen.

⁷⁹ Mehr zu der Rolle Chinas im Vertrauensbildungsprozess zwischen Indien und Pakistan vgl. Foot 1996: 57-72, Kalam 2002: 347-390, Singh 2003: 27-44, Yuan 2005: 150-188.

einer entsprechenden Sicherheitspolitik in beiden Ländern führt (vgl. Kreft 1999).⁸⁰ Diese Überlegungen sind in Abbildung (16) zusammengefasst, wobei verschiedene Kriterien aufgelistet sind, die die Besonderheiten der Dreieckbeziehungen zwischen China, Indien und Pakistan hervorheben.

Merkmale nach Chari	Merkmale nach Raju Thomas
Geographische Nähe der drei Länder	Geographische Nähe der drei Länder
Stellvertreterkrieg (<i>Proxy War</i>)	Grad der nuklearen Änderung und Umwandlung
Verschiedene politische Systeme	Grad der emotionalen Intensität
Verschiedene Bedrohungsszenarien, die eine Herausforderung stellen	Erfahrung der viel häufigeren Kriege in Südasien

Abbildung 16: Besonderheiten der Dreiecksbeziehungen zwischen China, Indien und Pakistan (vgl. R. Thomas 1992: 58, Chari 2003)

Dennoch ist aus der Schilderung der sicherheitspolitischen Lage innerhalb dieses Dreiecks zu schließen, dass die Kosten der Nichtkooperation mit Pakistan höher als der Nutzen für Indien sind, wobei eine verstärkte chinesisch-pakistanische Zusammenarbeit im nuklearen und militärischen Bereich die indische Ausgangsposition in der Region umso schwieriger macht. Vor diesem Hintergrund versucht Indien aus dieser benachteiligten Situation herauszukommen, indem es parallel, jedoch getrennt, mit China und Pakistan den VBM-Prozess im nuklearen und militärischen Bereich in Gang setzt. Somit wird auch Chinas Einflussnahme auf den Vertrauensbildungsprozess zwischen Indien und Pakistan neutralisiert.

3.1.2 Nationale Einflussfaktoren

In diesem Kapitel werde ich auf die wesentlichen Erklärungsfaktoren kurz eingehen, bevor ich mit der empirischen Analyse des Vertrauensbildungsprozesses während der zwei Untersuchungsperioden fortfahre. Zuerst stellt sich die Frage, welcher Bedarf für die Vereinbarung bzw. Umsetzung von VBM in Südasien überhaupt besteht (vgl. Kabir 2002: 9).

Kreft bezeichnet Südasien als eine der „konfliktrüchtigsten Regionen der Welt“ (1999). Die indisch-pakistanischen Konflikte sind entweder durch Unruhen und Aufstände in Kaschmir oder durch innenpolitische Turbulenzen ausgelöst worden (vgl. Kreft 1999). Der Autor unterstreicht dabei die Unfähigkeit der beiden Länder die Zuspitzung solcher Krisen zu managen, auch selbst wenn die Konfliktparteien eine militärische Auseinandersetzung vermeiden wollen. Nach der offenen Nuklearisierung 1998 wurden die menschlichen und materiellen Kosten eines bewaffneten Konfliktes inakzeptabel hoch, so dass die entstandene nukleare Abschreckung längerfristig konfliktdämpfend wirken sollte. Das Risiko wird auch dadurch erhöht, dass die Kernwaffenprogramme sich immer noch in der Entwicklung

⁸⁰ Die beschriebenen Dreiecksbeziehungen zwischen China, Indien und Pakistan spiegeln sich auch in den Sicherheitskonzepten und Nukleardoktrinen der beiden Länder wider, die im Kapitel 3.1.2.2 behandelt werden.

befinden, so dass die Gefahr eines präventiven Erstschlags sehr stark präsent ist (vgl. Kreft 1999). Dabei ist zu beachten, dass beide Konfliktparteien jeglichen Versuchen und Wegen zur Konfliktbeilegung ganz bewusst entgehen, was die allmähliche Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses und die noch intensiveren gegenseitigen Bedrohungen durch Anwendung von Kernwaffen zur Folge hat (vgl. Nuri 2001: 54). Vor diesem Hintergrund ist empirisch zu untersuchen, ob das VBM-Konzept in Südasien zum Scheitern verurteilt ist oder nicht.

Nach der Ansicht vieler Analytiker und Politikwissenschaftler kennzeichnet sich die südasiatische Region als „the most likely flash point in the world“ (Banerjee 2000b: 1). Anders ausgedrückt heißt es, dass das Risiko eines sowohl konventionellen als auch nuklearen Krieges enorm hoch geworden ist. Dies erklärt sich durch mehrere Faktoren. Tief verwurzelte Bedrohungsperzeptionen und drei geführte Kriege seit der Unabhängigkeit liefern die plausibelste Erklärung. Darüber hinaus wirkt sich die offene Nuklearisierung 1998 auch sehr negativ auf die politische Entwicklung der Region aus. Die Kernwaffentests führen, so Banerjee (2000b: 1), zu keiner richtig funktionierenden Abschreckungspolitik. Stattdessen wird das Phänomen des *Proxy War* intensiviert.⁸¹ Des Weiteren stellt die mögliche nukleare Aufrüstung die internationale Gemeinschaft vor eine große Herausforderung, da so gut wie keine Transparenz der Kernwaffenprogramme aufgrund des herrschenden Misstrauens möglich ist (vgl. Banerjee 2000b: 1).

3.1.2.1 Nukleare und politisch-militärische VBM⁸²

Das europäische VBM-Modell ist schon im theoretischen Teil umfangreich diskutiert worden. Es gewann während der 80er Jahre in Südasien allmählich an Bedeutung (vgl. Masood 2001: 29). Seit den Nukleartests 1998 wurde die militärische Mobilisierung in der Region enorm intensiviert, wobei „[...] any attack now carries the risk of nuclear retaliation“ (Mohan/Lavoy 1995: 27). Allein schon die Stationierung nuklearer Waffen auf einem relativ kleinen Gebiet erhöht die Gefahr eines ungewollten oder unabsichtlich ausgelösten Atomkrieges. Angesichts einer Raketenflugdauer von drei bis fünf Minuten zwischen Indien und Pakistan sind Frühwarnsysteme ebenso nutzlos. Es wurde durchgerechnet, was ein pakistanischer Erstschlag mit einer einzigen Bombe von eher bescheidener Hiroshima-Sprengkraft anrichten würde, wenn sie auf Bombay niederginge: In den ersten Monaten würden 150 000 bis 850 000 Menschen sterben (vgl. Springer 2002: 92).

⁸¹ Zum Begriff *Proxy War* vgl. Wikipedia (Internet: http://en.wikipedia.org/wiki/Proxy_war, 03.01.2006), vgl. Kanwal 2005 (Internet: <http://www.bharat-rakshak.com/SRR/Volume14/kanwal.html>, 04.01.2006)

⁸² Zu einer umfassenden Darlegung des Konzeptes der politisch-militärischen VBM vgl. Meier et al. 1991: 123-146

Nukleare VBM sind von erstrangiger Bedeutung für Konflikte, die u.a. durch die nukleare Komponente verkompliziert sind. Sie sind vorwiegend zur Deeskalierung einer nuklearen Konfrontation bzw. zur Reduzierung des nuklearen Risikos besonders geeignet. Die Untersuchung der nuklearen VBM auf Staatsebene ist besonders zutreffend, denn die Regierungen sind die Entscheidungsträger, auf deren Entscheidungen die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen eigentlich angewiesen ist. Die nuklearen VBM lassen sich vor allem in verbindliche Verträge, Vereinbarungen, Abkommen wie auch unverbindliche Erklärungen und ähnliche Instrumente aufteilen, die die gesamte Problematik bezüglich der Atomwaffenprogramme, -doktrinen und -arsenale regeln sollen.⁸³

Des Weiteren sind VBM im militärischen Bereich vor allem zwischen den Staaten mit den bedeutendsten Militärpotentials anwendbar (vgl. Meier et al. 1991: 143). Dies hat sich insbesondere an der amerikanisch-sowjetischen Erfahrung in diesem Bereich während des Kalten Krieges gezeigt. Die politisch-militärischen VBM sind für die Deeskalation von Gewalttätigkeiten sehr geeignet und stellen die notwendigen Instrumente zur Entspannung eines bewaffneten Konfliktes dar (vgl. Izzadeen 2000: 137).

Ursprünglich sind die VBM im politisch-militärischen Bereich auf die Schlussakte von Helsinki 1975 zurückzuführen, genau genommen Korb 1 der KSZE-Schlussakte. Hier sollen einige wesentliche Fragen hervorgehoben werden, die meines Erachtens den Kern des empirischen Teils darstellen. Nach Larrabee und Lutch sollen VBM im militärischen (und demzufolge im nuklearen⁸⁴) Bereich unter Konfliktparteien, zwischen denen ein tief verwurzelt Misstrauen existiert, kein Vertrauen schaffen, weil sie die tief verwurzelten Missperzeptionen und die sicherheitspolitischen Gegebenheiten kaum verändern können (vgl. Meier et al. 1991: 134). Dennoch hat sich aus dem theoretischen Teil der Arbeit ergeben, dass kein Vertrauen im Voraus vorliegen muss, um Vertrauensbildung herbeizuführen. Außerdem lässt sich angesichts der europäischen Erfahrung über *Confidence Building* schließen, dass militärische VBM tatsächlich die Intensität und Spannung einer Krisenzuspitzung reduzieren können (vgl. Izzadeen 2000: 137). Diese widerspruchsvolle These soll im empirischen Teil im Folgenden behandelt werden.

Hier stellt sich die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, das im theoretischen Teil erarbeitete und untersuchte Konzept der VBM an der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan direkt anzuwenden bzw. zu testen. Das Argument, das gegen eine direkte

⁸³ Auf den Inhalt der nuklearen und politisch-militärischen VBM wird später bei der empirischen Untersuchung im Detail eingegangen.

⁸⁴ Diese Meinung lässt sich aus der Ähnlichkeit der Problematik der nuklearen und militärischen VBM schließen.

Anwendung des VBM-Konzeptes spricht, besteht darin, dass der Einsatz solcher Instrumente von Anfang an einem Misserfolg ausgesetzt ist, da das Konzept aus dem Westen stammt und der Realität in Südasien fremd ist, d.h. als *Foreign Concept* zu bezeichnen ist (vgl. Nuri 2001: 54). Dann ist es aber auch strittig, ob das Phänomen des *Indigenizing* diese Untersuchung nicht in eine Sackgasse wegen des südasiatischen Kontextes führt, dem eine besondere Einzigartigkeit bei der Suche nach Analogien in der westlichen Literatur unterworfen ist (vgl. Krepon 2000a: 7).⁸⁵ Diese Sichtweise wird von Kabir geteilt und in einem Zitat untermauert (2002: 9):

„CBMs are considered a foreign concept and, as such, not suitable to the conditions and requirements of South Asia. [...] South Asian problems are deemed more complex, CBMs being unable to do anything about those. CBMs may lead to complacency, as they de-escalate conflicts but freeze the status quo.”

Aus diesem Zitat lässt sich ein weiterer Gedanke in Bezug auf den VBM-Prozess ableiten. Kabir vertritt dabei die ziemlich verbreitete These, dass jeder Versuch seitens der Konfliktparteien, den Status quo in den indisch-pakistanischen Beziehungen aufrechtzuerhalten, keinen Fortschritt zur Konfliktlösung leistet. Allerdings ist es nach meinem Dafürhalten sinnvoller, dass zuerst entsprechende VBM eingeführt werden, die das Konfliktpotential zwischen den zwei Rivalen möglichst vermindern, bis etwa günstigere Bedingungen entstehen, die zur Änderung des gegenwärtigen Standes beitragen können.

Was die Anwendbarkeit der VBM als Instrumente im Rahmen des Vertrauensbildungsprozesses anbelangt, sind sie nach der Ansicht vieler Autoren universell einsetzbar. Daher lässt sich das VBM-Konzept auf den indisch-pakistanischen Konflikt leicht anwenden. Es werden unterschiedliche Aspekte bei der Begründung mit berücksichtigt. Zum einen ist das VBM-Modell, welches dem im Ost-West-Kontext des Kalten Krieges gestarteten Vertrauensbildungsprozess entsprungen ist, deshalb in Südasien zutreffend, da es universelle Botschaften verleiht, nämlich die Förderung und das In-Gang-Setzen der Grundprinzipien des Friedens, der Stabilität und der wirtschaftlichen Entwicklung (vgl. Bettzuege 2002: 292). Zum anderen ist es auch deshalb geeignet, weil VBM die Risiken eines nuklearen Schlagabtausches vermindern bzw. verhindern können.

Darüber hinaus sind auch andere westliche Konzepte im südasiatischen Kontext verwendet worden wie z.B. *Nuclear Deterrence*, *Military Balance*, *Strategic Parity* (Nuri 2001: 54). Diese Begriffe haben sich bislang bei der politikwissenschaftlichen Erläuterung der

⁸⁵ Diese Frage ist im Vorwort von Ahmar 2001 hervorgehoben worden. Das Phänomen des *Indigenizing* bedeutet, dass kontextbezogene Faktoren eine viel größere Rolle als die Modellhaftigkeit der bereits untersuchten Prozesse bzw. Konzepte spielen, die eine Ähnlichkeit mit dem zu analysierenden Kontext aufweisen.

sicherheitspolitischen Lage in Südasien bewährt, so dass man wohl vermuten kann, dass das VBM-Konzept im südasiatischen Kontext ebenso einsetzbar wäre. Viele Autoren teilen diese These, wobei sie der Ansicht sind, dass die nuklearen und politisch-militärischen VBM eine ganz praktische Lösung für das nukleare Spannungsgebiet (*Nuclear Flashpoint*) in Südasien bieten können. Dadurch kann die Transparenz in diesen Bereichen geschaffen werden, was die Vorhersehbarkeit in den bilateralen Beziehungen deutlich erhöhen kann (vgl. Jaspal 2003: 140). Shelling und Halperin bekräftigen diese These, indem sie hervorheben:

„[...] confidence-building arrangements can help India and Pakistan avoid a war that neither side wants, minimize the costs and risks of their arms competition, and curtail the scope and violence of conflict should it occur again in South Asia”⁸⁶

Dennoch sind gewisse Besonderheiten zu beachten, wenn das europäische VBM-Modell auf den südasiatischen Kontext angewendet wird. Zuerst soll berücksichtigt werden, dass es bei der Analyse der indisch-pakistanischen Beziehungen um eine ganz andere nukleare Rüstungsdynamik geht. Die Tatsache, dass ein sehr intensiver Rüstungswetlauf zwischen den USA und der Sowjetunion stattfand, komplizierte die sicherheitspolitische Lage und erhöhte das Risiko eines nuklearen Schlagabtausches. Das ist jedoch beim indisch-pakistanischen Konflikt nicht genau der Fall, weil keines der beiden Länder den Aufbau solcher großen Kernwaffenpotentiale anstrebt bzw. leisten kann (vgl. Krepon 2004a: 152). Dieser Tatbestand soll die Vereinbarung und Umsetzung verschiedener VBM leichter machen, die zum größten Teil auch als Abrüstungsmechanismen bezeichnet werden.

Darüber hinaus mussten viele Kommunikations-, Kommandostabs- und Geheimdienstmaßnahmen von den USA und der SU eingesetzt werden, um das nukleare Risiko möglichst schnell und effizient abzusenken. Im Gegenteil dazu scheint das unmittelbare Risiko für Indien und Pakistan keineswegs so hoch, deshalb verfügen sie über mehr Spielraum, Entscheidungen bezüglich ihrer Kernwaffenprogramme zu treffen. Zum Beispiel fühlen sie sich durch den fehlenden Rüstungswetlauf nicht gezwungen, sog. *Preemptive-Strike*⁸⁷-Strategien einzusetzen (vgl. Krepon 2004a: 152). Zugleich entsteht ein Ungleichgewicht dadurch, dass Indien konventionell überlegen ist und beide Länder zugleich in unmittelbarer geographischer Nähe liegen. Das bildet im Gegenteil zum sicherheitspolitischen Dilemma während des Kalten Krieges eine völlig neue Konstellation, die das nukleare Risiko in Südasien enorm erhöhen kann. Dazu kommen weitere Faktoren wie der territoriale Konflikt, die religiöse Konfrontation und die historische Überlagerung von

⁸⁶ Zitiert nach Mohan/Lavoy (1995: 26)

⁸⁷ Die Strategie des Präventivschlags erlaubt dem angreifenden Land, unerwartet einen Erstschatz nur aufgrund der Vermutung durchzuführen, dass der Gegner als Erster angreifen würde. Mehr dazu vgl. Wikipedia (Internet: <http://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4ventivschlag>, Zugriff 11.01.2006).

Misstrauen und Feindbildern, die das nukleare Gleichgewicht in der indisch-pakistanischen Konfrontation so schwierig machen (vgl. Krepon 2004a: 152).

Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit sich die territoriale Nachbarschaft auf die nukleare Konfrontation negativ auswirkt. Wenn man bedenkt, was für nukleares und militärisches Potential an der gemeinsamen Grenze der beiden feindlichen Allianzen in Europa während des Kalten Krieges stationiert war, insbesondere im geteilten Deutschland, dann sieht die sicherheitspolitische Lage auch nicht viel anders aus als entlang der gemeinsamen Grenze zwischen Indien und Pakistan (vgl. Krepon 2004a: 153). Selbstverständlich sind die zwei historischen Situationen nicht als identisch zu betrachten, aber daraus kann man jedoch schließen, dass die geographische Nähe zwar als ein negativer Faktor, aber nicht maßgeblich für den Ausbruch eines nuklearen Krieges gelten vermag. Auf der anderen Seite wird dadurch die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger umso mehr sensibilisiert, da das Risiko aufgrund dessen erhöht wird.

Ein weiterer Aspekt, der zur Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches führen kann, ist auf die bestehende Konfrontation zwischen Indien und Pakistan angesichts der terroristischen Aktivität verschiedener Rebellengruppen, die gegen Indien gerichtet ist, zurückzuführen (vgl. Krepon 2004a: 153). Das Problem des Terrorismus entlang der indisch-pakistanischen Grenze wurde schon auf Abbildung 3 (vgl. Kapitel 1.1) über die Mehrdimensionalität des bilateralen Konfliktes im Voraus angedeutet und wird ebenso im empirischen Teil mit berücksichtigt.

Nicht zuletzt ist bei der Analyse auch zu beachten, wie sich die nuklearen und politisch-militärischen VBM überhaupt mit der Zeit ausweiten und ob sie zu „Mehrzweckmaßnahmen“ (*Multipurpose-Measures*) werden können (vgl. Meier et al. 1991: 132). Dies soll gleichfalls bei der Untersuchung des indisch-pakistanischen Vertrauensbildungsprozesses beachtet werden, da der Faktor der Ausdauer für die Effizienz des gesamten Prozesses aussagekräftig ist.

3.1.2.2 Die politische Komponente

*Der politische Wille*⁸⁸

In diesem Unterkapitel möchte ich auf solche wesentlichen Einflussfaktoren wie den politischen Willen und die entworfenen Sicherheitskonzepte bzw. Nukleardoktrinen der beiden Länder eingehen (vgl. Krepon 2004a: 152-154). Diese Faktoren spielen eine

⁸⁸ Zu der Rolle der innerpolitischen Komponente und insbesondere des politischen Willens in der indisch-pakistanischen Konfrontation vgl. Mitra 2000, Cohen 2002.

herausragende Rolle bei der Einführung und Umsetzung der nuklearen und militärischen VBM im Vertrauensbildungsprozess (vgl. Banerjee 2000b: 5).

Das Vorhandensein des ausreichenden politischen Willens ist eine der entscheidenden Vorbedingungen jedes kooperativen Ansatzes (vgl. Masood 2000: 44). Das bedeutet nicht nur die Bereitschaft zur Einführung entsprechender Instrumente, sondern auch die andauernde Förderung des VBM-Prozesses durch die politischen Eliten in beiden Ländern.

Hier stellt sich logischerweise die Frage, wie das notwendige Ausmaß an politischem Willen für den Vertrauensbildungsprozess geschaffen wird. Es soll zuerst eine aktiv geförderte Nationalstrategie erstellt werden, die darauf zielt, die bestehenden Bedrohungsperzeptionen durch die Medien und die Öffentlichkeitsarbeit abzuschaffen oder zu verringern. Dann sollen die politischen Eliten und ihre Parteiführer versuchen, auch die entsprechende Rhetorik zu verwenden, um eine Grundlage für die Vertrauensbildung aufgrund positiver Bilder und Signale zu schaffen (vgl. Masood 2000: 45).

Darüber hinaus erweist sich der politische Wille als ein wesentlicher Faktor beim Funktionieren des VBM-Modells, weil er ein gegenseitiges Interesse an Kooperation erfordert (vgl. Masood 2001: 30). Wenn beide Konfliktparteien sich zur Einführung der VBM bereit erklären, dann kann eine entsprechende Institutionalisierung des Vertrauensprozesses stattfinden, die die Umsetzung des VBM-Konzeptes effizienter machen kann.

Allerdings soll die Rolle des politischen Willens bei der Einführung und Umsetzung der nuklearen und militärischen VBM insbesondere in Bezug auf die Darlegung der Sicherheitskonzepte und der Grundprinzipien der Nuklearpolitik beider Länder untersucht werden. Aufgrund der Analyse der dort festgelegten Prämissen und strategischen Positionen kann auf den Fortschritt des bilateralen Vertrauensbildungsprozesses in den o.g. Bereichen geschlossen werden.

Grundzüge der Nukleardoktrin Indiens und Pakistans⁸⁹

Im Folgenden wird auf die Grundzüge der Nuklearpolitik Indiens und Pakistans eingegangen, denn dieses Untersuchungskriterium wird später bei der Analyse der nuklearen Ambiguität (vgl. Kapitel 3.2.1) bzw. der nuklearen Abschreckung (vgl. Kapitel 3.3.1) stark berücksichtigt. Es wurde schon erwähnt, dass die Darlegung der Sicherheitskonzepte und der Nukleardoktrinen auch als wichtige Maßnahme zur Vertrauensbildung bezeichnet wird. Hier

⁸⁹ Zu der Problematik der Sicherheitskonzepte und Nukleardoktrine Indiens und Pakistans vgl. Raza 1995, Chari/Cheema/Iftekhharuzzaman 1996a, 1996b: 9-20, Chari 1996: 60-86, Cheema 1996a: 87-102, Poulouse 1996, Salik 1996, Cordesman 1999, Raman 1999, Moore 2001, Mitra 2002, Chari/Gupta/Rajain 2003a, Menon 2003, Ahmed 2004, Basrur 2004, Biringer 2004, Krepon 2004a, Kumar 2004, Prabhakar 2004.

wird kurz der Begriff der Doktrin erläutert. Nach der interaktiven Enzyklopädie Wikipedia ist die Doktrin ein wissenschaftliches System von Ansichten und Aussagen, das allgemeine Gültigkeit besitzt.⁹⁰ Dieses System stellt eine Reihe von formulierten Prinzipien, Zielen und Aufgaben einer bestimmten Politikrichtung dar (vgl. Alexandrov 2001: 148). Folglich besteht die Nukleardoktrin aus festgelegten Regeln, Anweisungen und Vorschriften in Bezug auf die Kernwaffen bzw. die Trägersysteme sowie deren Anwendung bzw. Nicht-Anwendung (vgl. Lodi 1999).

Die Nukleardoktrin kann auch als ein Dokument bezeichnet werden, das „[...] outlines the broad principles for the development, deployment and employment of [...] nuclear forces“.⁹¹ Dabei gibt sie nicht unbedingt eine quantitative Information über die Anzahl der Kernwaffentypen und ihrer Trägersystem an, sondern ist eher als eine qualitative Bewertung der nuklearen Kapazitäten eines Landes zu betrachten. In drei Tabellen wird der aktuelle Stand über die verschiedenen Kernwaffentypen und ihre Reichweite in Indien und Pakistan veranschaulicht.⁹²

Hierbei werde ich mich mit den Grundzügen der indischen und pakistanischen Nuklearpolitik befassen. Man erwartet eine grundlegende Umwandlung in der Sicherheits- und Außenpolitik, nachdem der Besitz der Kernwaffen 1998 angekündigt worden ist. Dies soll vor allem in den öffentlich herausgegebenen Dokumenten bezüglich der Sicherheitsparadigmen und der offiziell erklärten außenpolitischen Ziele geschehen. Hervorzuheben ist, dass beide Länder lange Zeit über keine festgelegte Nukleardoktrin verfügten.

In Indien machten die strategischen Analytiker sowie Regierungsangehörigen zwar die ersten Schritte zum Entwurf einer Nukleardoktrin, jedoch besitzt sie immer noch keine allgemeine Gültigkeit (Frey 2002: 6). Allerdings weist der erste offizielle Entwurf einige Grundzüge auf, die bestimmt in der indischen Nukleardoktrin beibehalten bleiben. Zum einen ist von der *No-First-Use-Option* die Rede. Dieser Begriff stammt aus der Zeit des Kalten Krieges und bedeutet den Verzicht auf den nuklearen Erstschatz (vgl. Alexandrov 2001: 332-333).

Dieses Grundprinzip verweist auf einige wichtige Aspekte der Nuklearpolitik Indiens. Vor allem soll die *No-First-Use-Strategie* einen guten Ruf in der internationalen Gemeinschaft schaffen, damit sich Indien als eine vertrauenswürdige Nuklearmacht durchsetzen kann. Diesbezüglich versuchen die Regierungsmitglieder von seiner Glaubwürdigkeit und

⁹⁰ <http://www.aberhallo.de/lexikon/index.php/Doktrin>.

⁹¹ India's Nuclear Draft Doctrine, Internet: http://www.armscontrol.org/act/1999_07-08/ffja99.asp, Zugriff 23.08.2004.

⁹² Siehe Tabelle 1 und 2 im Anhang.

Verantwortung als Nuklearmacht zu überzeugen. Durch die *No-First-Use*-Strategie soll Pakistan mit Indien auf die gleiche Stufe bei den Verhandlungen über atomare und militärische Probleme gestellt werden. Diese Verhaltensstrategie soll nämlich Vertrauen bei den pakistanischen Entscheidungsträgern schaffen und zu gegenseitigem Verzicht auf den Erstschlag führen, was für die bilateralen Sicherheitsbeziehungen von erstrangiger Bedeutung ist.

Es ist hervorzuheben, dass sich die Nuklearpolitik der beiden Nachbarstaaten in mehreren Hinsichten ausdifferenzieren lässt. Der gravierende Unterschied besteht in der Tatsache, dass Pakistan immer noch kein offizielles Dokument in der Form einer Nukleardoktrin niedergelegt hat. So redet man nur von den Grundprinzipien seiner Nuklearpolitik, jedoch weiß man nicht, inwieweit die pakistanischen Entscheidungsträger sich an diese halten würden.

Eine tief gehende Differenz, die sich beim Vergleich der Nukleardoktrinen weiter abzeichnet, liegt darin, dass sich die innenpolitischen Systeme beider Länder stark voneinander unterscheiden. Dies spiegelt sich folglich in ihren Nukleardoktrinen wider. Bei Indien gelten die demokratische Verfassung und die wirtschaftlichliberale Ordnung als positive Faktoren für die Entwicklung der Zivilkontrolle sowie der offiziellen Richtlinien bezüglich der Nuklearpolitik. Im Gegenteil dazu spielen das Militär und die islamischen Organisationen eine negative Rolle im innenpolitischen Leben Pakistans und üben dementsprechend einen äußerst schlechten Einfluss auf die Entwicklung der Grundzüge der Nuklearpolitik aus. Bei Pakistan sind der Mangel an einer klar definierten nationalen Identität und die Kontrolle des Militärs auf die Kernwaffen eine enorme Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Ob diese Merkmale zur Übernahme der Atombombe in die Hand islamischer Terroristen führen könnten, bleibt jedoch umstritten. Tatsächlich wirkt sich das Fehlen einer niedergelegten Nukleardoktrin als nachteilig auf den gesamten Vertrauensbildungsprozess aus.

Hier wurde aufgrund der theoretischen Argumentation und der empirischen Daten unter Beweis gestellt, dass die Grundlage der Nuklearpolitik beider Länder hauptsächlich im Rahmen der Nukleardoktrin geschaffen wurde. Dabei kollidieren ihre Grundzüge nicht so stark, so dass man auch auf die Gemeinsamkeiten der Nuklearpolitik verweisen kann. Die indische Nuklearpolitik beruht auf den Prinzipien des *Minimal Credible Deterrence*, *No-First Use* und den negativen Garantien (*No Use Against Non-Nuclear Powers*) gegenüber Nichtatomwaffenländern. Pakistan stützt sich ebenso auf das *Minimal-Credible-Deterrence-*

Prinzip und die negativen Gewährungen, jedoch bekennt es sich zur Erstschlagdoktrin. Folglich weist die Nukleardoktrin beider Länder eine sehr wichtige Gemeinsamkeit auf, die sich an ihrer Bereitschaft zeigt, die Nuklearpolitik in Südasien zu institutionalisieren, um ihr einen friedlichen Charakter zu verleihen. Dieser Prozess ist immer noch im Ansatz, jedoch versuchen beide Länder die ersten Schritte in Richtung der Kernwaffenrüstungskontrolle zu machen. Folglich kann man annehmen, dass die Nukleardoktrin beider Länder nicht nur als ein Begriff im Schatten der nuklearen Abschreckung (vgl. 3.3.1) in Südasien existiert, sondern dass diese aus festgelegten Prinzipien und sich weiter entwickelnden Postulaten besteht, die die Nuklearpolitik Indiens und Pakistans sicherlich in der Zukunft bestimmen werden, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Daraus folgend kann man die Nukleardoktrin Indiens und Pakistans aus einer vergleichenden Perspektive abgesehen von den einzelnen Kriterien zusammengefasst in Abbildung 8 im Anhang analysieren.⁹³

Allerdings bewirkt dieses Konzept keine erwünschte Reziprozität bei Pakistan, wie das im Folgenden behandelt wird (vgl. Frey 2002: 6). Zum einen stellt Indien durch seine konventionelle Überlegenheit in jeder Hinsicht die höchste Überlebens- und Sicherheitsbedrohung für Pakistan dar. Der Verzicht auf einen Erstschlag ist kein Anreiz für eine Reziprozität in der pakistanischen Nuklearpolitik. Andererseits ist die *First-Use*-Doktrin für Pakistan aus mehreren Gründen von großer Bedeutung. Diese Verhaltensstrategie ist durch seine konventionelle Unterlegenheit bedingt und zielt eigentlich auf eine militärische Parität mit Indien. Darüber hinaus ist die Erstschlagdoktrin auf die geopolitische Lage zurückzuführen, da diese sich für Pakistan wegen der unmittelbaren geographischen Nähe an Indien unbestritten als nachteilig erweist. Folglich kann jeder konventionelle Angriff von Seiten Indiens lebensbedrohlich für Pakistan sein. Nur anhand der Kernwaffen kann die angestrebte militärische Parität zu Gunsten der unterlegenen Macht erzielt werden (vgl. Carranza 1999:15, zitiert nach Frey 2002: 6). Dabei spielen die Menge und die Qualität der Trägersysteme in diesem Gleichgewicht eine zweitrangige Rolle.

Ein weiteres Merkmal der indischen Nukleardoktrin stützt sich auf das Prinzip des *Minimal Deterrence*. Dadurch möchte Indien den Verteidigungscharakter seiner Nukleardoktrin unter Beweis stellen. Dieser Begriff ist auf die Anzahl der Kernwaffen zurückzuführen, die nach dem nuklearen Erstschlag des Gegners eingesetzt werden, um durch den Zweitschlag möglichst hohen Schaden zu verursachen. Durch die *Minimal-Deterrence*-Doktrin wird dem Gegner von seiner Erstschlagstrategie abgeraten, da der andere angegriffene Staat über genug Kernwaffen verfügt, dem nuklearen Angriff zu widerstehen (vgl. Frey 2002: 6). Obwohl

⁹³ Siehe Abbildung 20 im Anhang.

Indien sich zu diesem Postulat der Nuklearpolitik offen bekennt, bleibt äußerst unklar wie die minimale Abschreckungspolitik am Beispiel des bilateralen Verhältnisses mit Pakistan betrieben wird. Die Anzahl der einzusetzenden Kernwaffen sowohl in Indien als auch in Pakistan bleibt strittig.⁹⁴

Nicht zuletzt soll ein weiterer Grundzug der Nukleardoktrin, der sich aus der Periode des Kalten Kriegs ableiten lässt, erläutert werden, und zwar die *Counter-Value-* bzw. *Counter-Force-*Doktrin der Nuklearpolitik. Die beiden Doktrinen spiegeln die strategische Entwicklung der nuklearen Rivalität zwischen den USA und der UdSSR wider. Nach dem *Counter-Force-*Ansatz sind die Kernwaffen nur für militärische Objekte gedacht. Im Gegensatz dazu werden nach dem *Counter-Value-*Ansatz die Kernwaffen auch auf nichtmilitärische Objekte wie z. B. Zivilgebäude gerichtet.⁹⁵ Der zweite Ansatz ist die härtere Version einer Nukleardoktrin, da diese neben den militärischen auch Zivilopfer bei einer nuklearen Auseinandersetzung vorsieht. Dies weist auf kein gutes Zeichen der strategischen Denkweise in beiden Ländern hin, da sie sich immer noch auf diese alte Doktrin bezüglich des Einsatzes von Kernwaffen bei einer eventuellen militärischen Auseinandersetzung stützen. Der Übergang zu einer *Counter-Force-*Doktrin, wie dies in den anerkannten Nuklearmächten der Fall ist, soll eine qualitative Umwandlung in der nuklearen Rivalität herbeiführen. Somit wird die Nuklearpolitik wesentliche Gemeinsamkeiten aufweisen und eine Verhandlungsbasis für beide Länder schaffen. Denn die *Minimal-Deterrence-* sowie die *Counter-Force-*Strategie sind auf die erfolgreichsten Jahre der nuklearen Abschreckung zwischen Amerika und der Sowjetunion zurückzuführen. Und es müssen noch gewisse Schritte von beiden Seiten in dieser Richtung getan werden, damit sie eben ein höheres Niveau in der nuklearen Koexistenz erreichen können. Dies ist eigentlich die erstrangige Priorität jeder Nukleardoktrin, da sie grundlegende Prinzipien und Ausrichtungen offen darlegt. Folglich können die anderen Nuklearmächte von den Zielen, Aufgaben und Grundzügen der Nuklearpolitik eines bestimmten Landes erfahren, und insofern erweist sich die Information als eine sehr wichtige Machtressource, die viel mehr Transparenz schafft.

3.1.2.3 Kaschmir-spezifische VBM

Der Kaschmir Konflikt ist die Schnittstelle des Konfliktpotentials zwischen Indien und Pakistan.⁹⁶ Er wird von Banerjee (2000: 2) als „unfinished agenda of partition“ wie auch als

⁹⁴ Vgl. Tabelle 1 und 2 im Anhang.

⁹⁵ Eine umfassende Übersicht aller angewandten Begriffe in Hinblick auf die nukleare Abschreckung im Kalten Krieg bietet Palit (1979: 91-109).

⁹⁶ Der Kaschmir-Konflikt wird in dieser Arbeit nicht bis ins Detail behandelt, da seine Analyse keine direkte Kausalität mit dem VBM-Prozess aufweist. Dennoch kann man diese Problematik nicht umgehen, wenn auch

„the core issue“ der indisch-pakistanischen Konfrontation bezeichnet. Dazu wird die Kaschmir-Frage nicht nur als Staatenbildungskonflikt bezeichnet, sondern auch als „Kern eines innen- und außenpolitischen wirksamen Hegemonialkonfliktes zwischen der kommenden Großmacht Indien und dem vom Zerfall bedrohten Pakistan (vgl. Wilke 2002).“ Die Kaschmir-Region ist für Pakistan ein Teil seiner Staatsidee, und zwar geht es um den Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung und Zusammengehörigkeit aller Muslime Südasiens. Allerdings stellt Indiens Politik des Säkularismus und Pluralismus das Konzept der religiösen Identität Pakistans in Frage. Deshalb ist dieser Konflikt für alle pakistanischen Regierungen ein primäres Staatsziel gewesen. Da diese Problematik eine herausragende Rolle bei der Vertrauensbildung spielen soll, halte ich für angemessen, auch eingeführte VBM in Bezug auf Kaschmir zu untersuchen. Dabei werde ich derselben Vorgehensweise mit den zwei Untersuchungsperioden (T_1 und T_2) folgen. Hierbei ist interessant zu analysieren, ob die Einführung bzw. Umsetzung entsprechender Instrumente in diesem Bereich überhaupt möglich ist.

Seit 1990 beobachtet man eine Intensivierung des Kaschmir-Konfliktes. Die Anzahl der indischen Truppen dort beläuft sich auf ca. 300 000 Soldaten (vgl. Ischebeck 1994). Das Kaschmirproblem wird in Pakistan als eines der größten Hindernisse überhaupt für den Vertrauensbildungsbildungsprozess angesehen. Es ist auch hervorzuheben, dass Pakistan immer wieder versucht hat, die nukleare Option mit der Kaschmirproblematik in Verbindung zu bringen (vgl. Ischebeck 1994). Diesbezüglich wird der Kaschmir-Konflikt als *Nuclear Flashpoint* in Südasien bezeichnet (vgl. Jaspal 2003: 140). Die nukleare Konfrontation wird durch diesen gefährlichen Auslöser belastet, der mit einer Krisenzuspitzung oder sogar einem Kriegsausbruch ständig droht. Es wird häufig die Meinung vertreten, dass die Bedrohung durch einen nuklearen bzw. konventionellen Krieg in Südasien immer realistischer erscheint, deshalb ist der Bedarf an VBM in diesem Bereich der bilateralen Beziehungen berechtigt.

Die Vereinbarung spezifischer VBM in Bezug auf den Kaschmir-Konflikt ist ein Teil des gesamten *Composite Dialogue* zwischen Indien und Pakistan. In diesem Bereich ist es immer noch sehr schwierig konkrete Instrumente einzuführen, weil dort kaum Transparenz und Überwachung gewährleistet werden können. Deshalb ist zu erwarten, dass sich dieser Prozess viel langsamer vollzieht, und zwar nur im Rahmen des gesamten VBM-Prozesses, der nicht nur im hier behandelten nuklearen und militärischen, sondern auch im nichtmilitärischen

das Erkenntnisziel der Arbeit in der Vertrauensbildung und nicht in der Konfliktforschung besteht. Der Kreuzungspunkt besteht darin, dass die Untersuchung der Möglichkeiten und der Wege zur Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan das Kaschmir-Problem als *Nuclear Flash Point* mit berücksichtigen soll. Mehr zur Vertrauensbildung in der Kaschmir-Region vgl. Cloughley 2004: 145-170.

Bereich erfolgt.⁹⁷ Folglich ist die Umsetzung der Kaschmir-VBM auf den Fortschritt des allgemeinen bilateralen Vertrauensbildungsprozesses wie auch auf den politischen Willen der Entscheidungsträger auf beiden Seiten der Grenze zurückzuführen. Und diese zwei Einflussgrößen werden ohnehin im empirischen Teil umfassend behandelt, deshalb kann die Untersuchung der Kaschmir-VBM in dieser Arbeit weggelassen werden. Die sich aus der relevanten Analyse der zwei oben genannten Variablen ableitenden Erfolgsbedingungen bzw. Hemmfaktoren können dann bestimmt auf die Einsatzmöglichkeiten der Kaschmir-VBM im militärischen Bereich angewendet werden.

3.2 Vertrauensbildung vor der offenen Nuklearisierung

3.2.1 Im Schatten der nuklearen Ambiguität (*Nuclear Ambiguity*)⁹⁸

Im Folgenden werden drei mögliche strategische Machtkonstellationen der indisch-pakistanischen Rivalität in den Blick genommen. Es handelt sich um die Grundprinzipien der Verhaltensstrategie beider Länder, nämlich „nuclear ambiguity, nuclear deterrence and nuclear arms control“ (vgl. Babbage/Sandy 1992: 133-135). Ich habe die Vorteile und Nachteile jeder der drei Strategien zusammengefasst.⁹⁹

Zum einen ist hervorzuheben, dass es ein Kontinuum zwischen den drei Prozessen gibt. In der ersten Untersuchungsperiode T_1 vollzogen sich die indisch-pakistanischen Beziehungen im Schatten der nuklearen Ambiguität. Dieser Begriff ist darauf zurückzuführen, dass sowohl Indien als auch Pakistan die Entwicklung des Atomwaffenprogramms nicht ankündigten, jedoch von der Nuklearisierung des Rivalen bereits ahnten. Die zweite Phase der *Nuclear Deterrence* begann nach den Nukleartests 1998 (T_2), als beide Länder ihre Atomisierung nach erfolgreich durchgeführten Kernwaffentests offiziell bekannt machten. So wurde die Periode der nuklearen Abschreckung in Gang gesetzt (vgl. Kapitel 3.3.1). Eine weitere Erklärung ist bezüglich des dritten Begriffs erforderlich, d.h. der nuklearen Rüstungskontrolle (*Nuclear Arms Control*). Dabei handelt es sich um ein höheres Niveau des strategischen Dialogs über den Besitz und den Einsatz der Kernwaffen. Die beteiligten Staaten bilden ein Netzwerk von Nichtproliferationsregimen. Die wichtigsten sind der Atomwaffensperrvertrag (NPT) und CTBT.¹⁰⁰ Der logische Übergang der Verhaltensstrategie wäre dann die Einbindung der jüngsten Nuklearmächte in die nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime (*Nuclear*

⁹⁷ Vgl. Pugwash Meeting 2004.

⁹⁸ Zur Problematik der nuklearen Ambiguität vgl. Iftekharuzzaman 1996: 149-167, Chari 2004b: 19-41,

⁹⁹ Siehe Abbildungen 21, 22 und 23 im Anhang.

¹⁰⁰ NPT ist die Abkürzung für *Nonproliferation Treaty* und CBTB – *Comprehensive Test Ban Treaty*. Siehe unter <http://www.fas.org/nuke/control/npt/>; <http://www.ctbto.org/>; <http://www.clw.org/pub/clw/coalition/ctbindex.htm>
Mehr Information über die wesentlichen Kernwaffennichtverbreitungsregimes bei Alexandrov (2001: 132-138)

Arms Control), wie dies bei den Großmächten – den USA und der Sowjetunion – infolge des erfolgreichen Vertrauensbildungsprozesses der Fall war. Dennoch ist die Zeit noch nicht reif dafür und nur die Zukunft wird zeigen, ob sie eines Tages zu diesem Strategiekonzept wechseln werden.

Während der nuklearen Ambiguität mussten Indien und Pakistan mit einem viel höheren Risiko rechnen, als sie einkalkulieren konnten, denn keines von beiden Ländern wusste genau, wie zerstörerisch das Potential des Gegners ist. Man hat sogar vermutet, dass Pakistan sich bereits 1990 während der neu zugespitzten Kaschmir-Krise mit Kernwaffen ausgerüstet hat. Nach der schnellen Vermittlung der USA konnte die Krise schnell beigelegt werden und somit ist es zu keinem nuklearen Schlagabtausch gekommen (vgl. Beg 1994, Ischebeck 1994). So konnte Pakistan von dieser Besonderheit des *Nuclear Ambiguity* mehr profitieren, denn Indien wagte in dieser Zeitperiode deswegen keinen konventionellen Krieg dagegen, obwohl seine Militärkapazitäten den pakistanischen deutlich überlegen waren. Darüber hinaus konnten beide Länder sämtliche Information über die Kernwaffentypen, ihre Anzahl und die Anzahl der Trägersysteme geheim halten, weil sie bislang ihre Atomprogramme nicht angekündigt hatten (vgl. Chatterjee 1999: 48).

3.2.2 Vertrauensbildungsprozess¹⁰¹

Wie bereits im theoretischen Teil hervorgehoben wurde (vgl. Kapitel 2.5.1), werde ich im empirischen Abschnitt den untersuchten Zeitraum in zwei Unterperioden aufteilen. Als Beginn der ersten Periode wird die Kaschmir-Krise 1990 gewählt, weil da zum ersten Mal der Verdacht bestand, dass sowohl Indien als auch Pakistan über Kernwaffen verfügen. So werde ich die Zeitspanne zwischen 1990 und 1998 als T_1 berücksichtigen, wo die notwendige Bedingung – Einführung von nuklearen und politisch-militärischen VBM – zwar erfüllt ist, aber die hinreichende Bedingung – die nukleare Abschreckung durch die Kernwaffenprogramme – tatsächlich fehlt.

Die Kaschmir-Krise 1990 hat ihre Vorgeschichte. Bereits 1987 brach beinahe der nächste indisch-pakistanische Krieg aus, als Indien eine umfassende militärische Übung in der Nähe der gemeinsamen Grenze durchführte.¹⁰² Dabei konnte die indische Regierung nicht richtig einschätzen, wie empfindlich Pakistan auf diese militärische Mobilisierung entlang der internationalen Krise reagieren wird. Trotz des Misskalküls von Seiten Indiens konnte eine

¹⁰¹ Zu der Problematik des Vertrauensbildungsprozesses vor der Nuklearisierung Indiens und Pakistans vgl. Ganguly 1996a, 1996b: 12-43, 1996c: 73-87, 2002, Kapur/Wilson 1996, Sandrock 1996: 205-217, Singh 1996: 163-179, Subramanian 1996: 21-41.

¹⁰² Vgl. Bajpai et al. (1995) zu der *Brasstacks*-Krise 1987.

direkte militärische Auseinandersetzung verhindert werden, nachdem die indische Regierung auf den pakistanischen Vorschlag für Gespräche auf höchster Ebene einging (vgl. Ahmed 2000: 7). Diese kritische Episode verzeichnete eine neue Phase der bilateralen Beziehungen, in der der Bedarf an VBM immer höher wurde, weil viele Spannungsfelder im militärischen Bereich leicht entstehen konnten. Dazu kam auch zum ersten Mal der echte Verdacht über die Nuklearisierung des anderen, was beide Länder gleich misstrauisch machte.

Im Vordergrund dieser Ereignisse kam es 1990 erneut zu einer Zuspitzung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan, die als die nächste Kaschmir-Krise bezeichnet wurde. Der Auslöser war wiederum die Aktivierung der terroristischen Tätigkeit der Mujahedeen-Rebellen im indischen Teil Kaschmirs. Demzufolge warf Indien Pakistan die militärische Unterstützung der Militanten vor und blockierte das bilaterale Verhältnis auf höchster Ebene. Die Ereignisse drohten in einen bewaffneten Konflikt zu übergehen, jedoch wurde letztendlich ein Dialog auf Regierungsebene in Gang gesetzt. So konnte der nächste Kriegsausbruch mit der starken Vermittlung der USA verhindert werden, wobei beide Länder von den Vorteilen des Friedensdialogs überzeugt waren (vgl. Ahmed 2000: 7-8).

Aus diesen zwei Beispielen, die den Beginn der ersten Untersuchungsperiode (T_1) abgrenzen, ist deutlich zu sehen, dass die Gefahr eines konventionellen Krieges in dieser kurzen Phase ganz realistisch war. Dabei zeigten sich auf beiden Seiten einige Schwächen, die sich als Hemmfaktoren für die effektivere Beilegung jeder neuen Krisenzuspitzung erwiesen. Zuerst war die Vermutung über die Atomisierung des Gegners schon stark präsent, obwohl keines der beiden Länder derzeit fundierte Beweise für die Entwicklung des Kernwaffenprogramms des anderen hatte. Diese Gegebenheit erzeugte die Zwiespältigkeit in den Handlungen der zwei Akteure, indem sie sie stark verunsicherte und das Risiko eines Kriegsausbruchs zwischen den beiden stark erhöhte. Zum anderen zwang sie zum Dialog und zur Einsetzung entsprechender Maßnahmen, die dieses hohe Risiko verringern sollten. Nicht zuletzt wurden auch die geographische Nähe, die sehr kurzen Frühwarnzeiten und die schwachen Kommando- und Kontrollstrukturen (*Command and Control*) als solche Hemmfaktoren bezeichnet (vgl. Ahmed 2000: 8), auf die aber später eingegangen wird.

Folglich zeigen die Entwicklungen seit Ende der 80er Jahre die Notwendigkeit der Einführung entsprechender VBM zwischen Indien und Pakistan im militärischen und sogar nuklearen Bereich. In diesem Kapitel werde ich die eingeführten VBM in T_1 untersuchen und die entsprechenden Konsequenzen für den Vertrauensbildungsprozess ziehen. Die zwischen Indien und Pakistan bereits in diesem Untersuchungszeitraum vereinbarten VBM lassen sich

grob in folgende fünf Kategorien unterteilen (vgl. Cheema 2002: 42-44). In jede Kategorie lassen sich entsprechende Vereinbarungen, Abkommen und andere Instrumente einordnen.

- Kommunikationsmaßnahmen und Konsultationsmaßnahmen
- Transparenz- und Notifikationsmaßnahmen
- Wohlwollende Gesten (*Goodwill Measures*)
- Einschränkungmaßnahmen (*Constraint Measures*)
- Grenzsicherheitsmaßnahmen

Kommunikationsmaßnahmen und Konsultationsmaßnahmen

Unter diesem VBM-Instrument verstehen sich alle möglichen Instrumente zwischen Indien und Pakistan, welche beim Ausbruch einer Krise den Kommunikationsaustausch erleichtern. Von erstrangiger Bedeutung für den Vertrauensbildungsprozess erweist sich der aufrichtige und rechtzeitige Informationsaustausch zwischen zwei Rivalen. Ein typisches Beispiel ist die Errichtung des sog. „Heißen Drahts“ (*Hotline*) zwischen wichtigen Entscheidungsträgern auf der Staatsebene. Das ist eines der ältesten Instrumente, die zwischen Indien und Pakistan eingeführt worden sind, und zwar wurde bereits 1971 ein „Heißer Draht“ zwischen den Generaldirektoren der militärischen Operationen der beiden Länder (*Directors General of Military Operations, DGMOs*) errichtet. Allerdings zeigte sich diese Maßnahme zur Zeit der Kaschmir-Krise 1990 uneffektiv, denn die Generaldirektoren machten keinen Gebrauch davon. Deshalb wurde die Kommunikation nach der Entspannung der Krise um einen „Kalten Draht“ (*Cold Line*) erweitert, der den wöchentlichen Informationsaustausch ermöglichen soll (vgl. Ahmed 2000: 11; Cheema 2002: 42). Dazu wurde sie ebenso zwischen den *Sector Commander* der beiden Armeen eingeführt und 1993 auch zwischen der Luftwaffe beider Länder eingerichtet. In demselben Jahr wurde auch die Kommunikation zwischen den Seestreitkräften ermöglicht. So wurden die Weichen für einen dauerhaften Informationsaustausch zwischen den wichtigsten militärischen Strukturen in Indien und Pakistan gestellt.

Die Konsultationsmaßnahmen ermöglichen anhand der Veranstaltung regelmäßiger Treffen der Regierungschefs und anderer wesentlichen Entscheidungsträger den unmittelbaren Austausch von Angaben über konkrete strategische Fragen. Bereits zwischen 1980 und 1992 fanden 22 Begegnungen der Regierungschefs der beiden Länder statt (vgl. Kreft 1999). Es ist jedoch zu erwarten, dass die bilaterale Konsultation auf Staatsebene während einer

Krisenzuspitzung enorm erschwert wird. Deshalb ist diese VBM für die Wiederherstellung der Kontakte auf höchster Ebene von großer Bedeutung.

Transparenz- und Notifikationsmaßnahmen

Die Transparenz- und Notifikationsmaßnahmen sind neben den Kommunikationsinstrumenten auch von erstrangiger Bedeutung für den Vertrauensbildungsprozess. Unter Transparenz als Begriffsbestimmung versteht sich die Verschaffung ausreichender Klarheit über die Ziele und Vorhaben der Handelnden. So sollen alle auftretenden Missperzeptionen über Bedrohung und Kriegsrisiko zwischen zwei Kriegsrivalen möglichst verringert werden. Diese Art Maßnahmen sieht den systematischen Informationsaustausch über alle geplanten Militäraktivitäten vor, die zu einem ungewollten Kriegsausbruch führen könnten (vgl. Cheema 2002: 46).

Angesichts der indisch-pakistanischen Rivalität scheinen solche Maßnahmen im nuklearen und militärischen Bereich sehr wichtig zu sein. Zu Beginn der ersten Untersuchungsperiode (T₁) fehlt geradezu die Einführung dieser Instrumente, was bei den Ereignissen 1987 und 1990 deutlich zu spüren ist. Selbst nach der Beilegung der Kaschmir-Krise wurden unzureichend Schritte in diese Richtung getan. In diesem Zusammenhang können folgende Maßnahmen eingeführt werden, um mehr Transparenz zu verschaffen. Auf Regierungsebene soll die gegenseitige Notifikation bezüglich der militärischen Budgets und der nuklearen Doktrinen ermöglicht werden. Aber das scheint ausgesprochen schwierig zu funktionieren, weil ein großes Misstrauen über die Glaubwürdigkeit der ausgetauschten Information nach wie vor besteht. Ein nächster Schritt soll die Einladung technischer Beobachter des anderen bzw. eines dritten Landes zu den militärischen Übungen, Aktivitäten usw. sein. Diesbezüglich wurde bislang auch nicht viel erreicht.

Wie aus dem oberen Abschnitt deutlich wird, war der Bedarf an Transparenz- und Notifikationsmaßnahmen in der Tat hoch, deshalb musste der VBM-Prozess intensiviert werden. So wurde 1992 ein sehr wichtiges Abkommen über *Advance Notice of Military Exercises, Manoeuvres and Troop Movements* ratifiziert.¹⁰³ Aus dem Titel ist zu schließen, dass diese verbindliche Vereinbarung die Notifikation bezüglich der Durchführung militärischer Übungen in der Nähe der indisch-pakistanischen Grenze regeln soll. Es wurde eine neutrale Zone errichtet, die sich jeweils 5 km auf beiden Seiten der Grenze erstreckt und in der alle militärischen Aktivitäten verboten sind. Eine solche Maßnahme zielte darauf, Krisen wie die *Brasstacks*-Operation 1987 und die Kaschmir-Krise 1990 zu verhindern, weil

¹⁰³ Zu dem Text des Abkommens vgl. Krepon/Sevak 1995: 255-257.

da die fehlenden Notifikationsmöglichkeiten zur Krisenzuspitzung beitragen. Dazu wurde ein zweites Abkommen über *Prevention of Air Space Violations* durch die Militärluftwaffe beider Länder 1992 in Kraft gesetzt. Dabei wurde wiederum eine neutrale Luftraumzone von jeweils 10 km entlang der indisch-pakistanischen Grenze errichtet, die sowohl für pakistanische als auch für indische Flugzeuge verboten wurde.¹⁰⁴ Diese zwei wichtigen Abkommen wurden insgesamt von beiden Ländern relativ gut eingehalten (vgl. Ahmed 2000: 10).

In Bezug auf das Abkommen über *Advance Notice of Military Exercises, Manoeuvres and Troop Movements* kann mehr Transparenz geschaffen werden, wenn umfassende Listen aller vorgesehenen Militärübungen einmal jährlich ausgetauscht werden. Dabei soll die Häufigkeit, Größe und Art der einzelnen geplanten Übungen geregelt werden, damit gewisse Einschränkungen wenn nötig auferlegt werden können. Diese VBM könnte durch einen *Open-Sky*-Vertrag sogar effizienter gemacht werden, denn ein solches Instrument ermöglicht zuerst den Zugang zum Luftraum des Gegners und dann auch den gegenseitigen Austausch der gesammelten Informationen über militärischen Aktivitäten und Ressourcen (vgl. Joeck 1996: 156-157).

Außerdem wurden auch weitere Maßnahmen ergriffen. So wurden z.B. Beobachter der militärischen Übungen in Pakistan 1989 bzw. in Indien 1990 eingeladen wie auch neutrale Beobachter von Drittländern zugelassen. Dazu wurde festgesetzt, dass beide Länder einmal jährlich einen Verteidigungsbericht (*Annual Defence Report*) veröffentlichen. Diese Maßnahme wurde von Indien ziemlich regelmäßig eingehalten, aber nicht von Pakistan. Darüber hinaus wurde 1992 eine gemeinsame Erklärung zum Verbot chemischer Waffen angenommen (vgl. Cheema 2002: 42).

Dennoch wurden folgende Hemmfaktoren bei der Schaffung von mehr Transparenz zwischen Indien und Pakistan erkannt. Zuerst erweist sich als problematisch, dass Indien viel mehr Militärpotential aufweist, was ein Ungleichgewicht zwischen den zwei Konfliktparteien verursacht und so den Informationsaustausch bezüglich der militärischen Stützpunkte und Einrichtungen erschwert. Dann spielt auch das große gegenseitige Misstrauen eine äußerst negative Rolle bei der Umsetzung der Transparenzmaßnahmen, denn es muss in gewissem Ausmaß abgebaut werden, bevor Vertrauen sich dank der eingeführten VBM herausbilden kann (vgl. Joeck 1996: 158).

Einschränkungsmaßnahmen (Constraint Measures)

¹⁰⁴ Zu dem Text des Abkommens vgl. Krepon/Sevak 1995: 257-260.

Neben den Kommunikations- und den Notifikationsmaßnahmen sind die Einschränkungsmaßnahmen für den indisch-pakistanischen Vertrauensbildungsprozess von großer Bedeutung. Durch ihre Einführung wird ein höheres Niveau an Sicherheit für beide Konfliktparteien erreicht. Ihre Umsetzung erfolgt in der Form von verbindlichen Abkommen und Vereinbarungen, deshalb beanspruchen sie ein gewisses Maß an bereits bestehendem Vertrauen und Reziprozität. Hauptsächlich ist diese Art von Maßnahmen auch angesichts der Nuklearisierung sehr wichtig. Als die Gefahr der Atomisierung in Südasien zur Wirklichkeit zu werden drohte und beide Länder sich gegenseitig diesbezüglich misstrauten, vereinbarten sie die erste nukleare VBM. Das war 10 Jahre vor der offenen Nuklearisierung und stellte ein außerordentliches Phänomen dar, denn weder Indien noch Pakistan hatten da ihre Kernwaffenprogramme angekündigt. 1988 wurde das Abkommen über *Prohibition of Attack on Nuclear Installations and Facilities* unterzeichnet, das 1991 in Kraft trat. Es sieht das Verbot jeglichen Angriffs auf die nuklearen Anlagen und Einrichtungen des Gegners vor (vgl. Kreft 1999). Das ist nämlich die Einschränkungskomponente. Dazu kommt auch ein Notifikationselement, weil der Austausch aller offiziellen Listen mit der erforderlichen Information regelmäßig stattfinden soll, um die Umsetzung der Maßnahme zu überwachen. Allerdings wurde die Umsetzung dieses Abkommens durch das hohe gegenseitige Misstrauen erschwert, ob die ausgetauschte Information alle bestehenden nuklearen Installationen und Einrichtungen des Gegners tatsächlich umfasst oder einige doch verheimlicht. Zu diesem Zeitpunkt (T_1) zeigte sich keines der beiden Länder bereit, alle seine Anlagen anzukündigen, und zwar wegen der unmittelbaren geographischen Nähe und der fortschreitenden Entwicklung ihrer Kernwaffenprogramme.

Das *No-Attack*-Abkommen erweist sich als einmalig in der Geschichte der internationalen Beziehungen, denn keine ähnliche Vereinbarung ist je zwischen zwei Kernwaffenstaaten unterzeichnet worden. Keine solche Einschränkungsmaßnahme wurde auch jemals früher zwischen den zwei Konfliktparteien in Südasien eingeführt. In dieser Hinsicht war das ein enormer Fortschritt im bilateralen Vertrauensbildungsprozess zur Regelung der Beziehungen im empfindlichen nuklearen Bereich, auch wenn es zu diesem Zeitpunkt nur um die friedliche Nutzung der Atomenergie für Zivilzwecke ging. Das Ziel des Abkommens war es an erster Stelle, den Angriff auf solche Atomanlagen bei einem eventuellen Krieg zu verhindern. Dabei erklärten sich beide Länder bereit, die Verpflichtungen im Abkommen einzuhalten und so eine Basis für künftige Engagements im nuklearen Bereich zu schaffen (vgl. Joeck 1996: 134-135). Darüber hinaus wurde die Einführung und Umsetzung dieser Maßnahme später auch an

die *Minimal-Deterrence*-Politik gekoppelt, die als erstrangiges Ziel u.a. den Schutz der Zivilbevölkerung bei nuklearen bzw. konventionellen Angriffen vorsah.

Dazu kann eine zweite Maßnahme auch als Einschränkungsinstrument betrachtet werden. Es geht um das Abkommen über *Prevention of Air Space Violations*, das 1992 ratifiziert wurde. Diese VBM wurde bereits unter den Transparenz- und Notifikationsmaßnahmen behandelt, jedoch gilt sie auch als *Constraint Measure*, denn sie sieht die Verhinderung jeglicher Luftwaffenverletzung innerhalb einer neutralen Zone von jeweils 10 km auf beiden Seiten der internationalen Grenze vor, die für pakistanische und indische Flugzeuge gesperrt wird.

Abschließend ist hervorzuheben, dass die Einschränkungs-, Notifikations- und Transparenzmaßnahmen ausschließlich ein Ergebnis offizieller Verhandlungen auf höchster Ebene darstellen. So ist die aus dem theoretischen Teil abgeleitete Annahme bestätigt, dass die nuklearen und militärischen VBM hauptsächlich auf der Staatsebene vereinbart und umgesetzt werden, damit sie wirksam sind.

Wohlwollende Gesten (Goodwill measures)

Es wurde bereits erwähnt, dass auch Maßnahmen vereinbart werden können, die für die Konfliktparteien nicht verbindlich sind. Unter diesen sind z.B. die Gesten des guten Willens einzuordnen. Sie sind auch für den Vertrauensbildungsprozess von Bedeutung, denn ihre Umsetzung beansprucht keine Reziprozität und ihre Verletzung würde keinen großen Vertrauensbruch verursachen. In der ersten Untersuchungsphase wurden verschiedene solche Maßnahmen besonders im Nichtregierungsbereich eingeführt. Zuerst wurde die gegenseitige Teilnahme führender Militärbeamten an zahlreichen Seminaren und Schulungen ermöglicht. Dazu wurden auch Gastredner bzw. -dozenten zu den Militärakademien eingeladen. Dazu wurde ein *Code of Conduct for Treatment of Diplomatic/Consular Personnel* 1992 vereinbart, das zur effektiveren Regelung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beitragen sollte, jedoch mehrmals nicht eingehalten wurde (vgl. Cheema 2002: 43-44).

Monitoring-Maßnahmen

Die Monitoring-Maßnahmen sollen die Umsetzung anderer VBM überwachen, indem sie mehr Transparenz über deren Einhaltung verschaffen. Angesichts der indisch-pakistanischen Konfrontation sind solche Instrumente besonders schwer einzusetzen, denn das hohe Misstrauen erschwert die Kontrolle und vernachlässigt die Glaubwürdigkeit der Information. Keines der beiden Länder zeigt sich in der Tat bereit, seine Truppenaufstellung und

strategischen Einheiten vollständig aufzudecken, selbst wenn ein neutrales Monitoring durch die UNO institutionalisiert würde (vgl. Ahmed 2000: 11).

Grenzsicherheitsmaßnahmen

Angesichts der Ereignisse 1987 und 1990 mussten auch solche Maßnahmen ergriffen werden, die die Sicherheit entlang der internationalen Grenze gewährleisten können. Diesbezüglich sollte vor allem die militärische Mobilisierung dort verhindert werden, weil das Kriegsrisiko dadurch deutlich höher war und die zwei Armeen jederzeit in einen bewaffneten Grenzkonflikt verwickelt werden konnten. So wurde der Truppenrückzug auf beiden Seiten der Grenze vereinbart (vgl. Cheema 2002: 44). Angesichts dieser Maßnahme zeigte sich Pakistan von Anfang an bereit, sich an die Vereinbarung zu halten. Allerdings reagierte Indien auf seine Bereitschaft nicht mit Reziprozität, und erst 2001 erfolgte ein teilweiser Truppenrücktritt von der LoC (vgl. Cheema 2002: 44).

3.2.3 Zusammenfassung

Aus dem oben dargelegten Kapitel über den Vertrauensbildungsprozess zwischen Indien und Pakistan vor der offenen Nuklearisierung lässt sich einiges über die Voraussetzungen und Erfolgsbedingungen feststellen. Es ist deutlich geworden, dass viele VBM gerade wegen des bedrohenden Schattens der Atomisierung eingesetzt wurden, weil die zwei Staaten nämlich befürchteten, dass der Gegner über das zerstörerische Potential der Kernwaffen verfügt, obwohl keiner von beiden das offiziell bekannt gab. Dies setzt die nukleare Abschreckung als die hinreichende Bedingung voraus, um die nuklearen und politisch-militärischen VBM wirksam zu machen.

Als problematisch erweist sich die Tatsache, dass die VBM im indisch-pakistanischen Konflikt immer nach einer ernsthaften Krise entweder initiiert oder wiederhergestellt werden. So leitet sich aus der Operation Brasstacks 1987 und der zugespitzten Kaschmir-Krise 1990 die gemeinsame Erkenntnis ab, dass nur anhand der VBM ein ungewollter konventioneller Krieg verhindert werden kann (vgl. Izzadeen 2000: 137). Dabei stellte sich auch heraus, dass die Bereitschaft beider Länder zur Einführung der VBM in dieser Periode ständig später als notwendig erfolgte und dadurch sich an den tatsächlichen Bedarf an VBM nicht anpassen konnte. Zwar wurden ganz wichtige militärische und sogar nukleare VBM in diesem Zeitraum vereinbart bzw. umgesetzt, aber das war eher ein spät eingeschalteter Prozess der Wahrnehmung der Gegebenheiten als ein tatsächlicher Beweis für eine kohärente Vorgehensweise. Den beiden Rivalen ist es jedoch gelungen, durch ihr Engagement zur Vertiefung des Friedensdialogs auf Regierungsebene und die Einführung entsprechender

Instrumente die zwei großen Krisenzuspitzungen einzudämmen. Allerdings wurde der Vertrauensbildungsprozess nicht konstant gehalten, denn es fehlte der Anreiz zu einer „erzwungenen Kooperation“ durch das tatsächliche Risiko eines nuklearen Schlagabtausches. Sowohl Indien als auch Pakistan kalkulierten bereits in der ersten Untersuchungsperiode die Gefahr der Nuklearisierung mit ein, jedoch war die *hinreichende Bedingung* zur Vertrauensbildung immer noch nicht da. Das lässt sich als der Hauptfaktor feststellen, auf den die mangelhafte Umsetzung der militärischen und nuklearen VBM in T₁ auf Staatsebene zurückzuführen ist. Solange alle Befürchtungen und Vermutungen über die Atomisierung des Gegners sich nicht in der Tat bestätigten, blieb die Effizienz des Vertrauensbildungsprozesses mangelhaft.

Manche Kritik konzentriert sich auf die Wirksamkeit der VBM und besteht darin, dass VBM keine effiziente Entspannung der behandelten Krisen und Konflikte anbieten, sondern nur eine kurzfristige Effizienz aufweisen. Darüber hinaus wird die Meinung vertreten, dass VBM tatsächlich zur Verhinderung ungewollter Kriege beitragen können und als Instrumente zur Schaffung eines besseren Klimas zur Aufnahme von Kommunikation, Verhandlungen und Beziehungen besonders geeignet sind (vgl. Izzadeen 2000: 138).

Im Kapitel 3.2.2 wurde ebenso veranschaulicht, dass viele VBM bereits vor der Nuklearisierung vereinbart wurden. Dennoch ist der VBM-Prozess vor allem aufgrund des fehlenden politischen Engagements gescheitert oder uneffizient geblieben (vgl. Masood 2001: 31). Manche davon greifen sogar auf die Zeitperiode während des Kalten Krieges zurück, aber deren Wirkung wird nur in den zwei Untersuchungsperioden T₁ und T₂ berücksichtigt.

Außerdem muss eine weitere Bedingung vorliegen, die sich aus dem europäischen Konzept ableiten lässt. Es handelt sich um die Voraussetzung, dass beide Konfliktparteien den territorialen Status quo einhalten und keine territorialen Änderungen durch Gewaltanwendung anstreben (vgl. Ganguly/Greenwood 1996b: 5; Mattoo 2000: 33). In der Tat sieht es bei dem indisch-pakistanischen Konflikt ganz anders aus. Indien ist zwar mit dem Status-quo-Szenario einverstanden, aber die Geschichte der indisch-pakistanischen Beziehungen zeigt eindeutig, dass einer der Hauptgründe für das pakistanische Handeln bei dem Ausbruch militärischer Auseinandersetzungen darin besteht, dass es sich mit dem gegenwärtigen Zustand der territorialen Aufteilung (insbesondere der Aufteilung von Kaschmir) nicht zufrieden gibt.

Aus diesen Überlegungen lässt sich schließen, dass der Kaschmir-Konflikt separat von der nuklearen Problematik behandelt werden soll. Dabei rückt die nukleare Dimension des indisch-pakistanischen Konfliktes sogar in den Vordergrund, da gerade hier die größte

tatsächliche Bedrohung für beide Seiten vorliegt. Auf dem nuklearen Programm basiert die gesamte Strategie der nuklearen Abschreckung. Folglich ist dieser Bereich der erst wichtige, wo VBM ein- bzw. umgesetzt werden sollen (vgl. Mattoo 2000: 33).

3.3 Vertrauensbildung nach der offenen Nuklearisierung

3.3.1 Nukleare Abschreckung¹⁰⁵

Die nukleare Abschreckung ist wohl bekannt aus der Zeit des Kalten Kriegs, und zwar auf Grund der bilateralen Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion. Nach der offenen Nuklearisierung in Südasien kommt es tatsächlich zu einem militärischen Gleichgewicht, wobei Indien und Pakistan durch die Kernwaffen des Gegners abgeschreckt werden, sich gegenseitig anzugreifen. Dank der neorealistischen Grundprämissen kann das Sicherheitsbedürfnis Pakistans erklären, warum die Entscheidungsträger die Durchführung der nuklearen Tests zugelassen haben. Durch die nukleare Aufrüstung ist Pakistan imstande, der konventionellen Überlegenheit Indiens mit Kernwaffen entgegenzuwirken. Jedoch weist dieses strategische Gleichgewicht andere Merkmale im Vergleich zum Kalten Krieg auf. Dies spiegelt sich ebenso in den niedergelegten Prioritäten der Nuklearpolitik Indiens und Pakistans wider (vgl. Kapitel 3.1.2.2). Die nukleare Abschreckung ist dadurch gekennzeichnet, dass ein kompliziertes Verhältnis zwischen den beiden Ländern entsteht, indem „...one side (the defender) threatens the other side (the challenger) with some form of punitive retaliation if the other side takes certain action“ (Morgan 1983: 30, zitiert nach Alam 2002: 5).

Kissinger (1957) erörtert das Dilemma, das zwischen zwei nuklearen Rivalen entsteht, die in eine direkte Konfrontation verwickelt worden sind (vgl. Krepon 2004: 160). Es handelt sich um das sog. *Escalation Control*, wo die Staaten in Krisensituationen entscheiden müssen, ob sie Kernwaffen einsetzen sollen oder nicht (vgl. Krepon 2004a: 160). Inwieweit ist dies in Südasien zutreffend? Dieses Dilemma erklärt die schwierige psychologische Lage der Entscheidungsträger, die jede gefährliche Situation in ganz kurzem Zeitraum einschätzen müssen, ob sie zu einem nuklearen Schlagabtausch eskaliert oder nicht. Das wird durch die Unmöglichkeit, die Kosten eines Krieges und die Verwirklichung der Zielsetzungen einzukalkulieren, umso mehr erschwert (vgl. Krepon 2004a: 160). Daher scheint die Strategie

¹⁰⁵ Abschreckung bedeutet „einen Gegner von einem bestimmten Vorgehen durch die Schaffung von Risiken zurückzuhalten, die im Verhältnis zu dem erstrebten Gewinn unverhältnismäßig groß erscheinen. Je mehr er einsetzt, desto größer muß die Drohung der Vernichtung sein, der er gegenüber steht“ (Kissinger 1975: 112, zitiert nach Zielinski 1985: 41). Mehr zu der nuklearen Abschreckung in Südasien vgl. Wagner 1998, 2000, Ganguly/Biringer 2001: 897-1086, Olnhausen 2002, Balachandran 2003: 83-98, Basrur 2003: 65-81, Chari 2003b: 129-152, 2003c, Gupta/Rajain 2003: 9-17, Krepon 2004a.

All or Nothing keine erfolgreiche Vorgehensweise zu sein, wenn ein Staat einer direkten nuklearen Bedrohung ausgesetzt ist. Es kann immer zu Misskalkülen und falschen Einschätzungen kommen, die einen ungewollten bzw. nicht erlaubten Nuklearschlag verursachen können. Wenn man diese Überlegungen beachtet, kann man auch die Prämissen der *Limited-War-Strategie* nachvollziehen.¹⁰⁶ Weil jeder der zwei Gegner mit dem Gedanken spielt, dass der andere wegen des *Escalation-Control-Dilemmas* nicht wagen würde, einen ganzen Krieg (mit konventionellen und nuklearen Waffen) zu starten, versucht er am Rande des Krieges (*Brinkmanship*) zu agieren.

Das erstrangige Ziel der Strategie der offenen Nuklearisierung (*Nuclear Deterrence*) besteht in der abschreckenden Rolle der Kernwaffen. Es kommt durch die Kargil-Krise 1999 zum Vorschein, dass die Erfüllung dieses strategischen Ziels scheitert. Solche Krisenausbrüche widersprechen der Logik der nuklearen Abschreckung und schließen die Militäreskalation zwischen zwei Atommächten nicht völlig aus. Zugleich ist die Nuklearpolitik der beiden Länder insofern unberechenbar, als unklar bleibt, in welcher Situation genau sie ihre Kernwaffen einsetzen würden. Es ist auch ungewiss, in welchen strategischen Konstellationen der Entschluss zur Anwendung der Kernwaffen getroffen würde. Das Fehlen einer formalen Nuklearpolitik mit festgelegten Prinzipien und Handlungsvorschriften verweist auf die Zeit der nuklearen Ambiguität.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die ersten Nuklearkonzepte entwickelt, die auf dem Prinzip der *Minimal Credible Deterrence* beruhen. Dieses Prinzip wird führend in der Nuklearpolitik beider Länder nach dem Vorbild der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus der Zeit ihrer nuklearen Rivalität. Durch die schrittweise Festlegung weiterer Grundprinzipien in die Nukleardoktrinen würden Indien und Pakistan eine Verhandlungsbasis für den bilateralen Friedensdialog schaffen und somit einen qualitativen Schritt in Richtung der Vertrauensbildung machen.

Welche sind diese Grundprinzipien der Nuklearpolitik beider Länder, die aus der Strategie der nuklearen Abschreckung resultieren? Zum einen verfolgt Indien die Strategie der gleichen Sicherheit (*Equal Security*) gegenüber China und Pakistan. Hauptsächlich sind verschiedene Kernwaffentypen mit der entsprechenden Reichweite in beiden Einzelfällen erforderlich. Zugleich orientiert sich Pakistan an einer Strategie des *Essential Security* gegenüber Indien. So entsteht ein Zustand des sog. *Rough Military Balance*, der auf Grund der militärischen Parität der Kernwaffen erzielt wird (vgl. Babbage/Gordon 1992: 35-66, 107-121).

¹⁰⁶ Ein Beispiel für *limited war* war die Kargil-Krise 1999. Darüber wird im Kapitel 3.3.2 diskutiert.

Diesbezüglich möchte ich noch die Auswirkung solcher Verhaltensstrategien auf die nukleare Abschreckung in Südasien untersuchen. Einerseits wird das *Equal-Security*-Prinzip in der Nukleardoktrin festgelegt, denn Indien sollte imstande sein, zwei „ganze“ konventionelle bzw. nukleare Kriege zu Land, zu Wasser und in der Luft zugleich mit Pakistan bzw. China zu führen. Andererseits orientiert sich Pakistan an dem *Essential-Security*-Prinzip, welches vorsieht, dass die pakistanische Verteidigung einen „ganzen“ Krieg gegen Indien zu Land und in der Luft einschließlich der Kernwaffen führen kann (vgl. Babbage/Gordon 1992: 43). Im Unterschied zur indischen Nukleartriade sind die Trägersysteme Pakistans vorwiegend für Kernwaffen zu Land und in der Luft geeignet, da die pakistanische Marine Indien deutlich unterlegen bleibt.

In der Nukleardoktrin wird meistens dem sog. *Triad System* hervorragende Bedeutung beigemessen. Dieser militärische Begriff stammt ebenso aus der Ära des Kalten Krieges und sollte jedem Atomland den Status einer Großmacht verleihen. Die Kernwaffentriade bezieht sich auf die drei wichtigen Trägersysteme für Nuklearwaffen: Flugzeuge, Jagdbomber sowie Kurz- und Mittelstreckenraketen.¹⁰⁷ Wie schon früher erwähnt, wurden die momentan vorhandenen Kernwaffen mit ihrer Reichweite jeweils in drei Tabellen zusammengestellt.¹⁰⁸ Aus diesen Tabellen ist zu ersehen, welche Kernwaffentypen bei der indisch-pakistanischen Rivalität von Bedeutung sind. Darüber hinaus versucht Indien auch eine Interkontinentalrakete aufzubauen, deren Reichweite sich neben dieser der Mittelstreckenrakete Agni-II über die meisten strategischen Orte Chinas ausstrecken würde. Somit würde nicht nur Pakistan, sondern auch China in der gesamten Reichweite der indischen Nuklearwaffen liegen.¹⁰⁹

3.3.2 Vertrauensbildungsprozess¹¹⁰

Nach langjähriger Anstrengung haben Indien und Pakistan ihre Kernwaffenprogramme mit der Durchführung der Nukleartests¹¹¹ im Mai 1998 angekündigt (vgl. Ischebeck 1994). Durch

¹⁰⁷ Die strategische nukleare Triade wird aus Bombern, landgestützten Raketen und U-Booten zusammengesetzt. <http://www.armscontrol.de/dokumente/Vertraege/Beschreibungen/nuklear.htm>;

http://www.nuclearfiles.org/kinuclearweapons/strat_triad.html;

<http://www.nuclearfiles.org/kinuclearweapons/doctrine.htm>.

¹⁰⁸ Siehe Schaubilder 1 und 2 im Anhang.

¹⁰⁹ Als Interkontinentalrakete (engl. ICBM = InterContinental Ballistic Missile) wird eine Boden-Boden-Rakete hoher Reichweite bezeichnet <http://de.wikipedia.org/wiki/ICBM>; <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Interkontinentalrakete.html>.

¹¹⁰ Zur Vertrauensbildung in Südasien nach der Nuklearisierung vgl. Ahmar 2001, Akhtar 2002: 457-498, Mattoo 2002: 71-88, Muni 2002: 11-36, Sawhny 2002: 391-422, Shaikh 2002: 29-48, Sreshtha 2002: 423-456, Akhtar 2003: 15-29, Harsche 2003: 45-63, Hashimi 2003: 79-92, Pattanaik 2003: 185-221, Tellis 2003: 19-25, Hawes 2004: 125-144, Gagne 2004: 43-65, Sidhu 2004: 69-100. Siehe auch Abbildung (18) im Anhang.

¹¹¹ Indien führte Mitte Mai 1998 fünf Kernwaffentests durch und Pakistan Ende Mai 1998 einen Nukleartest mehr als Indien.

die offene Nuklearisierung wurde eine neue Phase der indisch-pakistanischen Beziehungen verzeichnet, die im Schatten der nuklearen Abschreckung stattfand. Damit beginnt die zweite Untersuchungsperiode (T₂) des empirischen Teils, die sich bis heute erstreckt. In diesem Zeitraum änderten sich die außenpolitischen Strategien Indiens und Pakistans grundlegend, denn zum ersten Mal in ihrer Geschichte waren die beiden Rivalen aufgrund der Atomisierung gleichgestellt. Das entstandene militärische Gleichgewicht und das hoch gewordene Risiko eines nuklearen Schlagabtausches zwangen zur Vertrauensbildung im nuklearen und militärischen Bereich der bilateralen Beziehungen. Dies spiegelte sich bald in der Einführung zahlreicher VBM wider. Durch die Lahore-Deklaration stellten sich Indien und Pakistan der Herausforderung, sich mit den Konsequenzen der offenen Nuklearisierung auseinander zu setzen. Dieser Prozess wurde bereits durch die Gespräche auf Staatsebene in Islamabad und New Delhi im Dezember 1998 in Gang gesetzt (vgl. Sabur 2003: 106). Im Februar 1999 fand die vom indischen Premierminister Vajpayee organisierte Bus-Diplomatie statt, die dem bilateralen Lahore-Gipfel folgte. Dort wurde die größte VBM-Initiative in der indisch-pakistanischen Geschichte ergriffen, indem die Lahore-Erklärung unterzeichnet wurde. Dabei wurde nicht nur ein qualitativ großer Fortschritt im Vertrauensbildungsprozess verzeichnet, sondern die Entscheidungsträger Indiens und Pakistans zeigten vor allem zum ersten Mal den bislang mangelhaften politischen Willen zur Einführung der VBM bzw. Vertiefung des gesamten Prozesses.

Auf dem Lahore-Gipfel von 21. bis 22. Februar wurden insgesamt drei Dokumente verabschiedet. Das wichtigste war die Lahore-Deklaration. Dazu wurden eine gemeinsame Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding*) und eine gemeinsame Erklärung (*Joint Statement*) unterzeichnet (vgl. Sabur 2002: 107). Dieser Schritt verzeichnete eine völlig neue Phase der indisch-pakistanischen Beziehungen, weil dadurch eine grundlegende Basis zur Neuregelung der militärisch-strategischen Streitigkeiten geschaffen wurde. Durch die Lahore-Erklärung verpflichteten sich beide Länder dazu, die Bemühungen zur Lösung aller bilateralen Probleme, einschließlich der Kaschmir-Frage, zu intensivieren. Dazu wurde ihr gegenseitiges Engagement zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und zu keinen militärischen Interventionen unterstrichen (vgl. Ahmed 2000: 39; Izzadeen 2000: 138). Im Anschluss daran wurde auch ein *Memorandum of Understanding* von den Außenministern in der Anwesenheit der beiden Premierminister unterzeichnet, das wiederum den Vertrauensbildungsprozess anhaltend machen soll. Dort wurden die Verpflichtungen der beiden Länder so formuliert (vgl. Ahmed 2000: 40):

„periodically review the implementation of existing CBMs and where necessary, set up appropriate consultative mechanisms to monitor and ensure effective implementation of these CBMs”.

In dieser Hinsicht spielt der VBM-Prozess eine wichtige Rolle zur Schaffung einer Grundlage für den bilateralen Friedensdialog. Dabei fokussieren VBM nicht auf die Konfliktbeilegung selbst, sondern auf die Initiierung eines geeigneten Umfeldes für den Vertrauensbildungsprozess. Wenn beide Konfliktparteien den Nutzen der militärischen und nuklearen VBM sehen, dann kann der Prozess auch wirksam werden. Selbst wenn Vertrauensbrüche auftreten, würden dann die Kosten seiner Blockierung gewiss höher als der Nutzen für beide Länder. So erfolgt aufgrund einer Kosten-Nutzen-Maximierung ebenso eine positive Bilanz zugunsten der Vertrauensbildung (vgl. Masood 2000: 45-46).

Allgemeine Grundlage der Lahore-Erklärung vom Februar 1999

Nach der Lahore-Erklärung wurden viele nukleare VBM angenommen, die sich in einige Kategorien aufteilen lassen. Zuerst wurden Instrumente zur Reduzierung des Risikos eines ungewollten bzw. nicht autorisierten Gebrauchs der Kernwaffen eingeführt wie auch Maßnahmen zur Auslegung der Militär- und Nukleardoktrinen, die durch bilaterale Konsultationen besprochen und auf nationaler Ebene eingesetzt werden. Solche VBM zielen auf die Verhinderung eines nuklearen bzw. konventionellen Krieges zwischen Indien und Pakistan. Dann wurde auch die gegenseitige Notifikation in Bezug auf die Durchführung ballistischer Raketentests geregelt, wobei auch eine bilaterale Vereinbarung diesbezüglich unterschrieben wurde. Darüber hinaus wurde auch die Notifikation über jeden ungewollten, unerlaubten oder unerklärbaren Vorfall eingeführt, der das Risiko eines radioaktiven Niederschlags bzw. eines nuklearen Schlagabtausches mit unkalkulierbaren Konsequenzen für beide Konfliktparteien darstellen würde. Zu dieser Problematik sollten entsprechende VBM weiterhin in der Zukunft vereinbart und auch die notwendigen Kommunikationskanäle zwischen den zuständigen Strukturen errichtet werden. Des Weiteren sollte jedes Land sich an ein unilaterales Memorandum über die Durchführung zusätzlicher Kernwaffentests halten, wobei es in Ausnahmefällen das Recht behielt, dies nicht zu tun, wenn seine Souveränität und seine Nationalinteressen gefährdet würden. In Bezug auf die bestehenden Kommunikationsmaßnahmen wurde ihre Überprüfung angesichts ihrer besseren Wirkung vorgesehen (vgl. Matoo 2002: 79-80).

Die Kargil-Krise zwischen Mai und Juli 1999¹¹²

Darüber hinaus stellt die nukleare Dimension eine neue Herausforderung für die politischen Eliten in beiden Ländern dar, weil die Entscheidungsträger die Kernwaffen bei der Verfolgung ihrer außenpolitischen Ziele als Druckmittel nutzen können. Nach der Kaschmir-Krise 1990 gab es eine Pause von acht Jahren, bevor die nächste militärische Auseinandersetzung stattfand. Dies zeigt sich deutlich bei der Kargil-Krise 1999, als Pakistan am Rande des Krieges (*Brinkmanship*)¹¹³ agierte und Indien damit provozierte, indem es die Infiltration der Mujahedeen-Rebellen ins indische Territorium bei Kargil und Drass militärisch unterstützte. Zu diesem Zeitpunkt war erst die zweite demokratisch gewählte Regierung von Nawaz Sharif an der Macht, jedoch kontrollierte eigentlich das Militär das Atomwaffenprogramm. Die Ereignisse geschahen tatsächlich aus dem Misskalkül Pakistans heraus, dass Indien auf diese Aktion wegen des nuklearen Risikos militärisch nicht antworten würde (Ganguly 2002: 115-133).¹¹⁴ Dabei warf Indien Pakistan die militärische Unterstützung der Mujahedeen-Rebellen vor und begann seine Truppen an der Grenze zu dislozieren. Pakistan reagierte sofort auf diese militärische Mobilisierung, und so kam es zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen entlang der internationalen Grenze (vgl. Ahmed 2000: 8). Nach den militärischen und diplomatischen Misserfolgen bei der Austragung des Kargil-Konflikts war Pakistan gezwungen, Verhandlungen mit Indien unter der verstärkten Vermittlung der USA aufzunehmen. So wurde die Krise gelöst und ein nächster konventioneller oder sogar nuklearer Krieg verhindert.

Diese Ereignisse geschahen unmittelbar nach der Intensivierung des Vertrauensbildungsprozesses, was sich äußerst negativ darauf auswirkte, denn danach fand wiederum eine Stagnierung der bilateralen Beziehungen statt. Nach der Ansicht mancher Autoren ist das ein klarer Beweis für die Ineffizienz des VBM-Prozesses (vgl. Ahmed 2000: 108). Allerdings ist sehr zweifelhaft, ob beide nacheinander folgende Ereignisse – der Lahore-Prozess und die Kaschmir-Krise – ungetrennt behandelt werden sollen. Während für manche Analytiker das Zweite die Folge des Ersten sein sollte, d.h. der Ausbruch des Konfliktes 1999 aus der Unwirksamkeit der Vertrauensbildung resultiert, teilen andere die Meinung, dass die letzte indisch-pakistanische Krise eher ein Ergebnis einer falsch eingeschätzten

¹¹² Zur Kargil-Krise 1999 vgl. Singh 1999, Swami 1999, Tellis 2001.

¹¹³ Vgl. Kapitel 3.3.1 zu *brinkmanship*.

¹¹⁴ Das ist die sog. Strategie des *limited probe*, bei der ein Land am Rande des Krieges (*Brinkmanship*) agiert, indem es kleine militärische Aktionen (*limited probe*) durchführt, jedoch den Ausbruch eines konventionellen Krieges nicht beabsichtigt. Dabei hofft dieses Land, dass der Gegner darauf nicht reagiert, weil beide Konfliktparteien über Kernwaffen verfügen und somit einen nuklearen Schlagabtausch verursachen können. Mehr dazu vgl. Ganguly: 2002b: 115-133.

Militärstrategie (*Limited Probe*) ist, die nur auf die Unreife und nicht die Ineffizienz des VBM-Prozesses zurückzuführen ist (vgl. Sabur 2002: 108). Beide Erklärungswege stützen sich auf gewisse Argumente, die ihre Annahmen bekräftigen.

Logischerweise beruht die erste Annahme darauf, dass der VBM-Prozess zum Scheitern verurteilt ist, weil beide Konfliktparteien sich gegenseitig stark misstrauen und somit den Ausbruch einer bewaffneten Krise auch trotz der bestehenden VBM nie völlig ausschließen können. Nach der zweiten These soll eine Krisenzuspitzung wie die 1999 lange noch kein Ende des Vertrauensbildungsprozesses bedeuten. Dabei ist zwar mit einem vorläufigen Rücktritt in Bezug auf das, was bisher im nuklearen und militärischen Bereich der VBM erreicht wurde, zu rechnen, jedoch bleibt die erforderliche Grundlage für den VBM-Prozess erhalten. Und sie ist eigentlich für die weitere Institutionalisierung des Prozesses wie auch die Einführung neuer Instrumente von erstrangiger Bedeutung. Wenn das Fundament unberührt bleibt, kann eine temporäre Verschlechterung der Beziehungen die Vertrauensbildung nicht mehr rückgängig machen.

Wenn man auf die Ereignisse nach der Kargil-Krise 1999 zurückblickt, stellt man zwar fest, dass manche der nach 1990 eingeführten VBM (T_1) verletzt bzw. nicht eingehalten wurden. Durch die riesige Truppenstationierung entlang der gemeinsamen Grenze wurde die Vereinbarung über *Advance Notice of Military Exercises, Manoeuvres and Troop Movements* in der Tat nicht berücksichtigt und von beiden Konfliktparteien verletzt. Im Anschluss daran wurde auch das andere wichtige Abkommen über *Prevention of Airspace Violations by Military Aircraft* ebenso gegenseitig nicht beachtet. Sowohl indische als auch pakistanische Flugzeuge flogen 1999 durch die neutral errichtete Luftwaffenzone.

Kommunikations- und Konsultationsmaßnahmen

Wie aus der Analyse der ersten Untersuchungsperiode (T_1) deutlich wurde, sind die Kommunikations- und Konsultationsmaßnahmen unter die effizientesten VBM einzuordnen, denn sie beanspruchen kein bestehendes Vertrauen um wirksam zu werden. Außerdem kann man dabei kleine Schritte machen (d.h. weniger anspruchsvolle Instrumente einführen) und trotzdem mehr Erfolg als bei den anderen VBM erzielen. Der Zeitaufwand ist bei ihrer Umsetzung nicht so groß, und sie sind leicht anwendbar, sobald der politische Wille dafür da ist.

In der zweiten Untersuchungsperiode (T_2) wurden diese VBM um neue Instrumente erweitert. 1997 wurde ein „Heißer Draht“ zwischen den Premierministern beider Länder errichtet, was die direkte Kommunikation zwischen den wichtigsten Entscheidungsträgern ermöglichte.

Zwei Jahre später, beim Ausbruch der Kargil-Krise 1999, wurde von dieser Telefonverbindung viel Gebrauch gemacht, indem der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif und sein indischer Kollege Vajpayee sich in ständigem Kontakt miteinander während des gesamten Konfliktes befanden (vgl. Ahmed 2000: 12).

Als nächster Schritt zur Regulierung des Informationsaustausches wäre die Errichtung von Zentren zur Reduzierung des nuklearen Risikos (*Nuclear Risk Reduction Centers*), die die Kommunikationskanäle zwischen Indien und Pakistan viel effizienter, schneller und präziser gestalten können (vgl. Rajen: 6).

Was die Konsultationsmaßnahmen anbelangt, beanspruchen sie vor allem die gegenseitige Bereitschaft zu Beratung und Informationsaustausch. Ihre Umsetzung hängt stärker vom politischen Willen der Konfliktparteien ab, denn es ist viel schwieriger, ein bilaterales Treffen zu veranstalten als eine Telefonverbindung zu errichten. Die 1990 eingeführte Konsultationsmaßnahme zwischen den Außenministern wurde zwar nicht regelmäßig eingehalten, jedoch wurde ihre Bedeutung beim Treffen zwischen Sharif und Vajpayee in New York 1998 wiederum bekräftigt.

Transparenz- und Notifikationsmaßnahmen

In Bezug auf die Transparenzschaffung wurde ebenso einiges während der Untersuchungsperiode (T_2) erreicht. Bei der Überwachung der gemeinsamen Erklärung über das Verbot chemischer Waffen, die 1992 unterschrieben wurde, stellte sich 1997 heraus, dass Indien bereits über ein breit entwickeltes Chemiewaffenprogramm verfügte. Auf dem Lahore-Gipfel 1999 wurde eine wichtige Notifikationsmaßnahme vereinbart, nämlich die gegenseitige Voranmeldung über ballistische Raketentests.

Eine weitere Notifikationsmaßnahme betrifft die Voranmeldung aller Raketentests. Hier erweist sich als problematisch, dass Indien dabei die Notifikation der Tests der Marschflugkörper (*Cruise Missiles*) nicht mit einbezieht, was für Pakistan inakzeptabel ist. Dennoch erklärte sich Indien bereit, Zugeständnisse in diesem Bereich zu machen und das künftig zu ändern (vgl. Chari 2004a).

Einschränkungsmaßnahmen

Beide Länder erkennen die Notwendigkeit der Einschränkungsmaßnahmen wegen des hohen Risikos eines ungewollten Nuklearschlagabtausches an. Zum einen geht es um die Sicherstellung der nuklearen Kapazitäten, zum anderen soll auch jeglicher nukleare Rüstungswettlauf verhindert werden (vgl. Masood 2001: 32). Was heutzutage durchaus

unmöglich scheint, soll morgen Realität werden, wie z.B. die bilateralen Gespräche über nukleare Probleme auf Regierungsebene. Nur durch die eigene Zurückhaltung (*Restraint*) bei den sensiblen Angelegenheiten der nuklearen Abschreckung kann eine strategische Stabilität erreicht werden. Hier spielen auch VBM-Instrumente, die bei konventionellen bzw. Konflikten mit niedriger Intensität einsetzbar wären, eine große Rolle. Diese lassen sich mit den Maßnahmen zur Reduzierung des nuklearen Risikos gut kombinieren (vgl. Masood 2001: 33).

Als regionale Großmacht fühlt sich Indien verpflichtet, den ersten Schritt zur Friedensinitiative zu machen, damit Pakistan sich nicht gezwungen fühlt, als Erstes die Initiative zu greifen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Prestigesache im Auge der internationalen Gemeinschaft, die besonders heftig auf dem Frieden in Südasien besteht, sondern um einen Aspekt der erfolgreichen Außenpolitik. So hat BJP durch ihre *Bus-Diplomacy* zu Beginn des Jahres 1999 den passenden Moment zur dauerhaften Deeskalierung der Spannung angestrebt, damit Indien als friedensstiftendes und kooperationsbereites Land von seinem Nachbarn Pakistan könnte akzeptiert werden. Bei solchen Initiativen ist jedoch nicht nur der Moment des Geschehens, sondern auch die erwartete Reaktion des Gegenspielers von Bedeutung, damit man überhaupt mit einem Erfolg rechnen kann. In diesem Fall ist von Effizienz der getroffenen außenpolitischen Entscheidung gar nicht die Rede, da sowohl die Reaktion Indiens als auch die Gegenreaktion Pakistans eine unerwartete Richtung genommen hat. Die innenpolitischen Kommentare schwanken tatsächlich von Lob bis zu heftiger Kritik, während Vajpayee in der außenpolitischen Arena bald seine diplomatischen Friedensversuche durch militärische Maßnahmen ersetzen muss, da Pakistan die diplomatische Geste Indiens falsch zu verstehen vermag (vgl. Mallika Joseph, 25 Juni 1999).

Dieses Benehmen seitens der BJP-Partei kann einerseits sehr positiv beurteilt werden, obwohl es ein negatives Resultat angesichts des Ausbruchs der Kargil-Krise ein wenig später erbracht hat. Besonders die westlichen Experten und Analytiker erkennen die Bemühungen Indiens an, den Frieden in Südasien durch verschiedene bilaterale Initiativen, wie die Lahore-Deklaration, zu stiften, welche die festgesetzten Beziehungen zwischen Indien und Pakistan im Simla-Abkommen noch einmal wiederholt, und dies stellt einen großen Vorteil für die indische Regierung während der Zuspitzung der Kargil-Krise dar. Diese positive Einstellung seitens der internationalen Gemeinschaft und besonders der USA vor dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen in Kargil-Sektor führen zu einem Wendepunkt im diplomatischen und

außenpolitischen Kalkül zu Gunsten Indiens, was zugleich zum größten Misskalkül Pakistans seit dem Ende des Kalten Kriegs bzw. seit Beginn der offenen Nuklearisierung wird.

Selbst die Tatsache der friedensstiftenden Außenpolitik seitens der BJP-Partei, die sonst als Vertreterin einer härteren Linie zu bezeichnen ist, wird nachher vorteilhaft für Indien. Da Indien auf das militärische Eindringen der von Pakistan unterstützten Militanten im Kargil-Sektor antworten muss, wird seine Reaktion auf Pakistans Griff im diplomatischen und außenpolitischen Aspekt gerechtfertigt. Die Tatsache, dass Pakistan durch seinen Entschluss für eine „limitierte“ militärische Intervention in Kargil keine Unterstützung unter seinen festen Alliierten – den USA und China – findet, lässt sich ebenso als ein Zeichen der erfolgreichen Botschaft der Friedensinitiativen der BJP-Regierung von Vajpayee beweisen.

Eine logische Erklärung für den strategischen Entschluss Pakistans, Indien mittels des Eindringens von bewaffneten Militanten anzugreifen, besteht in dem von Indien eingesetzten Friedensprozess in Lahore. Die Friedensverhandlungen entsprechen eigentlich nicht den außenpolitischen Zielen der pakistanischen Entscheidungsträger, da diese auf einer Internationalisierung der Kaschmir-Frage bestehen. Andererseits gilt der Friedensprozess als ein Grundstein in der indischen Strategie über eine bilaterale Lösung des Kaschmir-Konflikts. Trotz des offensichtlichen Fehlschlags der indischen Entscheidungsträger, eine solche logische Entwicklung vorauszusehen, kann Pakistan aus seinem überraschenden Schritt in Richtung zu einer militärischen Eskalierung der bilateralen Beziehungen keinen Vorteil ziehen, da es keine diplomatische Unterstützung bei China und in den USA findet. Diese unerwartete Entwicklung wird für Indien besonders vorteilhaft, da es selber die Krise diplomatisch und militärisch beilegen kann (Kapila, 26. Juni 2000).

Die offizielle Stellung Indiens gleich nach dem Ende des Konflikts besteht darin, dass Pakistan die erneute Initiative zum Wiederaufnehmen des bilateralen Dialogs ergreifen sollte, wobei diesmal die BJP-Regierung bestimmte Voraussetzungen festsetzt, und zwar den kompletten Abzug der von pakistanischer Seite unterstützten Rebellen in Jammu und Kaschmir, die Achtung der Unverletzlichkeit der ganzen LoC sowie den Stillstand des Terrorismus entlang der gemeinsamen Grenze (Chari 2001: 248).

Zwischen der Kargil-Krise 1999 und dem terroristischen Anschlag auf das indische Parlament Ende 2001 entsteht eine sehr schwierige Phase der indisch-pakistanischen Beziehungen, die den Vertrauensbildungsprozess unzweifelhaft verzögert (vgl. Schneider 2004: 25). Erst seit 2003 stellt man wiederum gewisse diplomatische Erfolge in den bilateralen Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan fest. Sie führen zu einer Intensivierung des politischen Dialogs

bzw. zu einer Stabilisierung des konfliktbeladenen Verhältnisses. Zuerst versucht der damalige indische Premier Vajpayee im März die bilateralen Verhältnisse aufzuwärmen, indem er einen offiziellen Besuch in der Sommerhauptstadt von Jammu & Kaschmir, Srinagar,¹¹⁵ abstattet. Dadurch zeigt Indien seine Bereitschaft, den bilateralen Dialog mit Pakistan wieder aufnehmen zu wollen. Es dauert ca. zehn Tage, bis Pakistan auf die „ausgestreckte Hand der Freundschaft“ reagieren kann, und der pakistanische Premierminister Jamali sie in einem Telefonat mit seinem indischen Amtskollegen entgegennimmt. Einige Monate später wird ein „12-Punkte-Plan“¹¹⁶ von Seiten Indiens eingereicht, der als eine Agenda von Vertrauensbildenden Maßnahmen gelten soll und auf dem bislang verlaufenen Vertrauensbildungsprozess basiert. Dieser Plan stellt nur die Fortsetzung der 1998 unter dem Namen *Composite Dialogue*¹¹⁷ gestarteten Friedensinitiative zwischen Indien und Pakistan dar.

Ende 2003 und Anfang 2004 erfolgen weitere wichtige Ereignisse, die den Vertrauensbildungsprozess bekräftigen. Zum einen wird im November ganz unerwartet ein neuer Waffenstillstand vereinbart, und ein paar Monate später wird dies mit einem neu stattgefundenen Treffen der Südasiatischen Gemeinschaft für Regionale Kooperation (SAARC) gekoppelt, das durchaus positiv verläuft. Letztendlich wird gemeinsam von dem indischen Premier Vajpayee und dem pakistanischen Staatschef die Bereitschaft beider Länder bekannt gegeben, sich zum dauerhaften Frieden zu verpflichten (vgl. Schneider 2004: 24-26).

Soll man die Bedeutung des multilateralen Forums SAARC beiseite lassen und sich auf diese bilaterale Friedenserklärung vorwiegend konzentrieren, dann wird man feststellen, dass trotz der antagonistischen Interessen, die beim Kaschmir-Konflikt von beiden Konfliktparteien verfolgt werden, erstmals eine bilaterale Vereinbarung entsteht, die gemeinsame Verpflichtungen vorsieht. Wie Schneider dies bezeichnet, stellen die Verhandlungen danach einen „signifikanten Durchbruch“ dar. Dabei muss jede der Konfliktparteien Kompromisse eingehen. So verpflichtet sich Indien zu einer dauerhaften Beilegung des Kaschmir-Konfliktes, während Pakistan verspricht, terroristische Aktivitäten auf seinem Territorium entlang der LoC zu bekämpfen (vgl. Schneider 2004: 26). Nicht zuletzt ist diese Entwicklung

¹¹⁵ Mehr zu dem überraschenden Besuch von Vajpayee in Srinagar vgl. Haack 2003

¹¹⁶ Es handelt sich „nach den am Ende erfolglosen Anläufen 1998 in Lahore und 2001 in Agra“ (Haack 2003: 2) um die dritte Friedensinitiative von Seiten Indiens.

¹¹⁷ Der Track-II-Prozess wird in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, weil inoffizielle und informelle Interaktion zwischen Mitgliedern gegnerischer Gruppen und Nationen kein Erkenntnisziel dieser Untersuchung sind. Dieser Prozess besteht eben darin, „Strategien zu entwickeln, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und menschliche und materielle Ressourcen auf eine Art und Weise zu organisieren, die helfen könnte, den Konflikt zu lösen“ (Burton/Dukes 1990, zitiert nach Schweitzer 1996: 4).

auch deswegen von großer Bedeutung für den Vertrauensbildungsprozess, weil sie auf den politischen Willen beider Länder verweist, den Prozess dauerhaft zu machen. Die Gespräche über Kaschmir und die Bereitschaft zu einem auf Dauer festgelegten Dialog weist auf ein ziemlich einmaliges Phänomen hin, nämlich auf das bilaterale Engagement zu einer gemeinsamen Friedensinitiative. Selbst nach dem Machtwechsel in Indien, wo die Vajpayee-Regierung durch die Kongresspartei ersetzt wird, ändert sich die Situation fast nicht. Gleich danach wird ein Treffen der Sekretäre des Außenministeriums veranstaltet, um den Trend im bilateralen Dialog aufrechtzuerhalten (vgl. Schneider 2004: 26).

Im Sommer 2004 wird die Tendenz durch weitere wichtige Treffen der Außenminister vertieft, und logischerweise führen die nächsten indisch-pakistanischen Verhandlungen zu einer Stärkung des Vertrauensbildungsprozesses. Zum ersten Mal werden konkrete Schritte des nuklearen Managements getan, indem sich beide Seiten auf Maßnahmen zur Reduzierung des nuklearen Risikos einigen. Im Anschluss daran wird auch der Entstehung von „Heißen Drähten“ zwischen den Außenministern und den Sicherheitskräften zugestimmt, um bei einer nuklearen Krise mögliche Missverständnisse relativ schnell zu beheben. Nicht zuletzt werden auch konventionelle VBM und Maßnahmen zur Verstärkung der Kommunikation vereinbart (vgl. Schneider 2004: 27). Es ist ein großer Fortschritt im nuklearen Bereich zu verzeichnen, und zwar wird zwischen Indien und Pakistan vereinbart, dass „künftig Raketentests nur mit Vorankündigung durchgeführt werden“ (Schneider 2004: 28).

Diese Anzeichen deuten auf ein verändertes Klima der bilateralen Verhandlungen unter dem Druck der nuklearen Bedrohung hin und überzeugen von einem vorliegenden politischen Willen, wenn es sich um ganz dringende nukleare und militärische VBM handelt. Deshalb soll es auch nicht so dramatisch angesehen werden, dass zugleich die Verhandlungen in anderen Bereichen des Vertrauensbildungsprozesses scheitern, und zwar genau wegen mangelndem politischen Willen, wie am Beispiel der gescheiterten Busverbindung zwischen Jammu und Sialkot wie auch zwischen Srinagar und Muzaffarabad.¹¹⁸

Dabei wird die pakistanische Position auf allen Treffen hervorgehoben, die Kaschmir-Problematik aus den Verhandlungsrunden nicht wegzulassen, aber auch nicht als einziges Schwerpunktthema zu behandeln. Des Weiteren bestehen auch andere Reizthemen, die beide Seiten beim Annäherungsprozess auseinander halten, nämlich das Problem mit dem

¹¹⁸ Jammu ist im indischen Teil Kaschmirs und Sialkot im pakistanischen Punjab. Dementsprechend ist Srinagar in Indien und Muzaffarabad in Pakistan (vgl. Schneider 2004: 27). Dabei werden andere wirtschaftliche und handelsübliche Maßnahmen mit Erfolg vereinbart, aber sie werden in diesem Kapitel aus oben schon erklärten Gründen nicht diskutiert.

Grenzterrorismus für Indien und die Menschenrechtsproblematik im indischen Teil Kaschmirs für Pakistan (vgl. Schneider 2004: 28).¹¹⁹

Dennoch sind Fortschritte auch bezüglich der Vertrauensbildung in Kaschmir zu verzeichnen. Zum einen wird nach der Einführung des Waffenstillstandes (Ende 2003) festgestellt, dass die grenzüberschreitende Infiltration durch Militante (Mujahideen-Rebellen) tatsächlich abnimmt und die Anzahl der Untergrundterroristen zwar sinkt. Jedoch bleiben die wesentlichen Untergrundorganisationen weiter so aktiv, deshalb erweisen sich die ergriffenen Maßnahmen als nur kurzfristig wirkend. Als problematisch erweist sich jedoch, dass die territorialen Kontroversen, vor allem wegen der Ziehung der gemeinsamen Grenze entlang Sir Creek, Tul Bul und dem Siachen Gletscher¹²⁰, nicht so leicht beigelegt werden können und den gesamten Prozess benachteiligen.

Ende September 2004 erfolgt ein neues Treffen auf höchster Ebene, diesmal zwischen dem neuen Indischen Premierminister Manmohan Singh und dem pakistanischen Staatschef Musharraf. Dieses bilaterale Gespräch soll das bislang Erreichte nochmals festlegen und den gestarteten Vertrauensbildungsprozess weiterführen (vgl. Schneider 2004: 28). Einen Monat später hebt der pakistanische Präsident Musharraf ausdrücklich hervor, dass Indien und Pakistan beim Vertrauensbildungsprozess alte Verhandlungspositionen bzw. -stereotypen aufgeben sollen (vgl. Schneider 2004: 33).

Darüber hinaus muss Indien in der Lage sein, gewisse Zugeständnisse Pakistan hinsichtlich des Kaschmir-Konfliktes zu machen (vgl. Schneider 2004: 34). Dabei spielt der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle beim gesamten Vertrauensbildungsprozess, da sowohl innenpolitische als auch außenpolitische Kalküle die Verhandlungen jederzeit zu verhindern drohen. Trotz der Schwierigkeiten des Prozesses sind viele Beobachter der Meinung, dass ein Kreislauf positiver Signale entstanden ist, welcher „eine fortschreitende Normalisierung der bilateralen Beziehungen irreversibel gemacht habe“ (Schneider 2004: 34). Laut Schneider kann der Vertrauensbildungsprozess dauerhaft gemacht werden, wenn die Staatschefs ihren Verpflichtungen treu bleiben und auf unilaterale Zugeständnisse zugunsten der Konfliktpartei eingehen. Darüber hinaus nehmen die Kosten des Nichtkooperierens ständig zu, was sich nicht nur aus den militärischen Ausgaben ableitet, sondern auch wegen der Erhöhung des nuklearen Risikos (vgl. Schneider 2004: 35).

¹¹⁹ Vgl. Ahmed 1998; 1999, Mohsin 2002, Ahmed 2003.

¹²⁰ Mehr dazu vgl. Schneider 2004: 28-29.

3.3.3 Zusammenfassung

In den oben dargelegten Kapiteln 3.3.1 und 3.3.2 wurden wichtige Erkenntnisse in Bezug auf die Forschungsfrage dieser Arbeit systematisch erfasst. Die Untersuchung der Strategie der nuklearen Abschreckung zwischen Indien und Pakistan hilft unmittelbar bei der Überprüfung der aufgestellten Hypothese (vgl. Kapitel 2.5.1), denn *Nuclear Deterrence* stellt die hinreichende Bedingung des Kausalmechanismus dar. Erst nach der Durchführung der Kernwaffentests 1998 konnte zwischen den beiden Ländern tatsächlich eine strategische Parität in der Form des nuklearen Gleichgewichts entstehen, die den Weg zum Vertrauensbildungsprozess frei machte. Die „erzwungene“ Kooperation zur Vertrauensbildung wurde nämlich aufgrund der hinreichenden Bedingung möglich, auch wenn das tief verwurzelte Misstrauen als Hemmfaktor immer noch da war. Beide Konfliktparteien mussten sich infolge der nuklearen Abschreckung an die neuen Umstände anpassen und sich vor der internationalen Gemeinschaft als verantwortungsvolle Nuklearmächte beweisen.

Durch die Unterzeichnung der Lahore-Erklärung 1999 begann eine neue Phase des indisch-pakistanischen Vertrauensbildungsprozesses. Dort wurden konkrete VBM unterzeichnet, deren Umsetzung im Schatten der nuklearen Abschreckung erforderlich war. Obwohl kurz danach 1999 die Kargil-Krise ausbrach, die beinahe zu einem nuklearen Schlagabtausch geführt hätte, wurde sie nur als eine *Limited-Probe*-Erscheinung bezeichnet, die für die Rivalität zwischen Atommächten zwar typisch, aber nicht maßgeblich ist.

Die Ergebnisse der Untersuchung des Vertrauensbildungsprozesses nach der offenen Nuklearisierung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. Es sind drei Grundkategorien von VBM im nuklearen und militärischen Bereich zu unterscheiden (vgl. Ganguly/Greenwood 1996a: 223). Die Gruppe der politischen Instrumente umfasst nämlich die Darlegung wichtiger Sicherheitskonzepte und der Nukleardoktrinen (vgl. Kapitel 3.1.2.2) wie auch alle unverbindlichen Absichtserklärungen. Dann lassen sich in die zweite Kategorie alle Kommunikations- und Konsultationsmaßnahmen einordnen. Dazu zählen auch alle bilateralen Gespräche auf höchster Ebene, alle möglichen Kommunikationskanäle seien es *Hot lines* oder *Cold lines* usw. Nicht zuletzt wird auch die technische Komponente mit berücksichtigt, wobei alle Transparenz-, Notifikations- und Einschränkungmaßnahmen der technischen Gruppe zugeordnet werden.

In der zweiten Untersuchungsperiode wurde tatsächlich ein neuer Abschnitt der bilateralen Beziehungen in Richtung präzedenzloser Vertrauensbildung im militärischen und nuklearen

Bereich verzeichnet. Er war durch eine zyklische Entwicklung mit Hoch- und Tiefphasen gekennzeichnet, die die Nachhaltigkeit des Prozesses zwar benachteiligen, jedoch die erforderliche Grundlage zur Dauerhaftigkeit und Kohärenz verschaffen konnte. Aus der Analyse in diesem Kapitel (3.3.2) lässt sich unbestreitbar schließen, dass der seit 1998 in Gang gesetzte Vertrauensbildungsprozess im nuklearen und militärischen Bereich nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Trotz der Vielfältigkeit der eingeführten VBM soll die Grundlage für den bilateralen Vertrauensbildungsprozess noch umfangreicher und reichhaltiger werden. Dennoch ist zu erwarten, dass sich der VBM-Prozess zwischen Indien und Pakistan lange hinausziehen wird, da die Umsetzung solcher Instrumente im nuklearen und militärischen Bereich einen längeren Zeitraum erfordert. Zudem ist noch mal zu unterstreichen, dass die eingeführten VBM glaubwürdig und zuverlässig eingehalten werden sollen, da jeder Vertrauensbruch den Prozess rückläufig macht und die Wiederherstellung des Vertrauens deutlich erschwert (vgl. UNIDIR 1998).¹²¹

3.4 Nukleare und politisch-militärische VBM im Vertrauensbildungsprozess: Wann und inwieweit ist das VBM-Konzept anwendbar?

3.4.1 Vergleich zwischen T₁ und T₂ im *Confidence Building Process*

In diesem Unterkapitel wird noch einmal versucht, die Ergebnisse aus der Analyse der Untersuchungsperioden T₁ und T₂ zusammenzufassen, damit sich gewisse Parallelen und Unterschiede herauskristallisieren lassen. Dabei werden nur die Grundzüge des Vertrauensbildungsprozesses in beiden Zeiträumen herausgenommen.

Aus der Analyse der T₁ und T₁ ist zu schließen, dass in den zwei Perioden nukleare und militärische VBM eingeführt bzw. umgesetzt wurden, jedoch unter verschiedenen Bedingungen. Daher kann man behaupten, dass die notwendige Bedingung der aufgestellten Hypothese jeweils erfüllt war. Dennoch fehlt in der ersten Untersuchungsperiode die tatsächliche Bedrohung durch Nuklearwaffen, während sich die zweite Periode im Schatten der nuklearen Abschreckung durch die benachbarten Atommächte vollzog. So ist ein gravierender Unterschied zwischen T₁ und T₂ festzustellen, der durch die hinreichende Bedingung der Hypothese bekräftigt wird. Es wird deutlich, dass die hinreichende Bedingung in T₁ unerfüllt bleibt. Folglich hat man ein klares Kriterium zur Ausdifferenzierung, das später bei der Auswertung der Effizienz des Vertrauensbildungsprozesses eingesetzt wird.

¹²¹ Die eingeführten VBM in T₁ und T₂ werden anhand Abbildung (19) im Anhang zusammengefasst Nuri 2001: 60-66; Cheema 2002: 42-44).

Hier soll man auch erklären, warum die abhängige Variable genau so und nicht anders variiert und was für Schlussfolgerungen sich daraus ziehen lassen. Die abhängige Variable (*Confidence Building*) variiert angesichts der Zeitperioden T_1 und T_2 in der Intensität der vereinbarten und umgesetzten VBM-Instrumente, und zwar stellt man fest, dass zwar viele verschiedene VBM während der ersten Untersuchungsperiode vereinbart wurden, jedoch ihre Umsetzung bzw. Nichtumsetzung erst in der zweiten Periode entscheidend ausgestaltet wurde.

3.4.2 Modifizierung des europäischen VBM-Konzeptes?

Aus der empirischen Analyse ist deutlich erkennbar, dass von einer Modellhaftigkeit des Vertrauensbildungsprozesses gar nicht die Rede sein kann, weil auch kontextbezogene Faktoren im Untersuchungsfall der indisch-pakistanischen Konfrontation mit einbezogen sind. Dennoch ist die Übertragung der gemachten Erfahrung aus der amerikanisch-sowjetischen Kooperation während des Kalten Krieges im technischen Bereich des VBM-Prozesses durchaus möglich (vgl. Kreft 1999). Es ist auch offensichtlich, dass die Mehrzahl der Fachkenntnisse (das *Know-how*) bezüglich der Einführung bzw. der Umsetzung der nuklearen und militärischen VBM in Indien und Pakistan ebenso übernommen wurde.

Nach der Ansicht mancher Autoren ist der VBM-Prozess in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erfolgreicher bzw. effizienter als am Beispiel der indisch-pakistanischen Vertrauensbildung gewesen (vgl. Cheema 2002: 45). Den USA und der SU ist es im Laufe des Vertrauensbildungsprozesses in Europa in der Tat gelungen, die Spannung zwischen Ost und West zu reduzieren und sämtliche bewaffnete Konflikte zwischen den zwei Militärblöcken zu verhindern. Dennoch ist ein direkter Vergleich zwischen den beiden Prozessen kaum möglich, da die Ausgangsposition, der geschichtliche Hintergrund und der Kontext in den zwei Fällen völlig anders sind. Der indisch-pakistanische Konflikt weist eine 50-jährige Geschichte auf, die durch drei blutige Kriege und mehrere bewaffnete Konflikte geprägt ist. Erst vor acht Jahren wurde er durch die nukleare Komponente belastet, die seine Lösung noch schwieriger macht. Im Gegenteil dazu vollzog sich die amerikanisch-sowjetische Konfrontation beinahe vom Anfang an im Rahmen der nuklearen Abschreckung. Darüber hinaus muss man für die Formulierung und Bewertung der Vertrauensbildung in Südasien die Machtkonstellationen auf dem Subkontinent genau kennen, denn eine direkte Übertragung von im Ost-West-Konflikt erfolgreichen Modellen ist wenig Erfolg versprechend (vgl. Ischebeck 1994).

Die Modifizierung des europäischen VBM-Konzeptes erfolgt in mehreren Aspekten, die zu beachten sind. Zuerst ist hervorzuheben, dass die strategischen und sicherheitspolitischen Interessen Indiens und Pakistans nicht bipolar reziprok sind, wie das im Ost-West-Konflikt der Fall war. Es sind insgesamt vier verschiedene Bereiche zu erkennen, die das umfassendere VBM-Konzept in Südasiens zusammensetzen, und zwar die Ebene der lokalen indisch-pakistanischen Konflikte, die Ebene der konventionellen Streitkräfte, der ballistischen Raketen, die Ebene der Kernwaffen und nicht zuletzt die Einbindung Südasiens in überregionale Sicherheits- und Abrüstungsstrukturen. Auf jeder der vier Ebenen erfolgt ein einmaliger Vertrauensbildungsprozess aufgrund spezifischer Konzepte und Strategien (vgl. Ischebeck 1994). Es ist leicht zu erkennen, dass die empirische Untersuchung dieser Arbeit die ersten drei Ebenen erfasst, jedoch die vierte aus gewissen Gründen nicht berücksichtigt hat. Das lässt sich damit begründen, dass Indien und Pakistan bei der Entwicklung ihrer Kernwaffenprogramme und der Vertiefung des Vertrauensbildungsprozesses immer noch nicht so weit sind, um sich in die internationalen Rüstungsbeschränkungs- bzw. Nichtverbreitungsregime integrieren zu lassen.

Dazu kommt noch eine Besonderheit, die aus der europäischen Erfahrung über die Vertrauensbildung resultiert. Eine der größten Schwierigkeiten bei der Umsetzung des europäischen VBM-Konzeptes besteht darin, dass es auf die Konfrontation zwischen Staaten anwendbar ist, die die gegenseitige Legitimierung ihrer internationalen Grenzen wie auch ihre territoriale Souveränität akzeptieren (vgl. Ganguly/Greenwood 1996: 5). Das ist am Beispiel der indisch-pakistanischen Konfrontation nach wie vor sehr zweifelhaft, nicht nur wegen des territorialen Konfliktes in Kaschmir, sondern auch wegen der gegenseitigen Infragestellung der Souveränität in Konfliktsituationen.

3.4.3 Zeitpunkt T₂: Effizienz des Vertrauensbildungsprozesses

Nachdem die empirische Analyse über die VBM dargelegt wurde, soll nun über ihre Effizienz diskutiert werden. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, wie der Vertrauensbildungsprozess wirkt und inwieweit die eingeführten nuklearen und militärischen VBM am Beispiel der indisch-pakistanischen Konfrontation effizient sind.

Zuerst ist zu beachten, dass der VBM-Prozess, der sich auf Staatsebene vollzieht, in dieser Arbeit berücksichtigt worden ist. Daher kann man die Schlussfolgerungen, die sich aus der Analyse ergeben, nicht auf allen möglichen Ebenen der Interaktion zwischen zwei Staaten verallgemeinern. Der Vertrauensbildungsprozess weist im Allgemeinen einige Schwächen auf (vgl. Banerjee 2000). Zuerst besteht kein ausreichendes Verständnis darüber, was VBM in der

Tat sind bzw. nicht sind. Dann erweist es sich als problematisch, dass der VBM-Prozess immer noch in begrenzten wissenschaftlichen und strategischen Kreisen diskutiert wird und keine öffentliche Resonanz durch die Medien und die Fachliteratur findet.¹²² Nicht zuletzt erkennen beide Länder die Fruchtbarkeit des VBM-Konzeptes, aber sie legen auf verschiedene VBM-Ansätze Wert (vgl. Izzadeen 2000: 135).

Aus der Erfahrung des amerikanisch-sowjetischen Vertrauensbildungsprozesses leitet sich die Erkenntnis ab, dass sein größter Erfolg überhaupt der Nichtausbruch eines konventionellen bzw. nuklearen Krieges ist. Auf dieser Feststellung wurde die Hypothese mit der notwendigen und hinreichenden Bedingung aufgebaut. In dieser Hinsicht braucht das VBM-Konzept zwischen Indien und Pakistan nicht modifiziert zu werden, denn hier wurden dieselben Untersuchungskriterien aufgestellt. Die Tatsache, dass in der zweiten Untersuchungsperiode (T₂), wo die hinreichende Bedingung erfüllt ist, bislang kein konventioneller bzw. nuklearer Krieg offiziell erklärt wurde, weist darauf hin, dass sich die aufgestellte Hypothese in diesem Fall bewährt und nicht widerlegt werden, solange die nukleare Abschreckung aufrechterhalten bleibt.

4 Schlussbetrachtung und Ausblick

Diese Arbeit widmete sich einer äußerst aktuellen und noch nicht genug erforschten Problematik der Vertrauensbildenden Maßnahmen. Deshalb war die tief gehende theoretische Untersuchung der Thematik zwingend erforderlich. In dieser Hinsicht wurde in der Arbeit der Versuch unternommen, die theoretischen Erkenntnisse über Vertrauensbildung aus allen möglichen Blickwinkeln zu erfassen. Die umfassende theoretische Analyse ermöglichte tatsächlich die Übertragung des VBM-Konzeptes auf die nukleare Konfrontation zwischen Indien und Pakistan.

Das Ziel dieser Arbeit bestand darin, den Vertrauensbildungsprozess in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan zu untersuchen. Dabei stand die aufgestellte Hypothese im Vordergrund, dass die Vertrauensbildung zwischen zwei Konfliktparteien, die sich in strategischem Gleichgewicht aufgrund der nuklearen Abschreckung befinden, anhand der Einführung militärischer und nuklearer VBM möglich ist. Diese Hypothese wurde auf den indisch-pakistanischen Konflikt angewendet und in Bezug auf die AV empirisch überprüft. Das Endergebnis der Untersuchungen der UV hat aufgrund der qualitativen Inhaltsanalyse und des hermeneutischen Verfahrens gezeigt, dass die Hypothese bestätigt ist. Der Vergleich der zwei Untersuchungsperioden T₁ und T₂ hat Aufschluss über den zugrunde liegenden

¹²² vgl. Banerjee 2000: Vorwort.

Kausalmechanismen gegeben. Der identifizierte Kausalzusammenhang zwischen notwendiger und hinreichender Bedingung hat sich in T_2 bewährt und könnte somit in einer anderen Forschungsarbeit sogar im Rahmen einer quantitativen Analyse bei deutlicher Erhöhung der unabhängigen Variablen systematisch getestet werden, indem auch nichtmilitärische VBM mit einbezogen werden. So könnten über Südasien hinaus verallgemeinerbare Ergebnisse gewonnen werden.

Aus der theoretischen Analyse wurde deutlich, dass die realistische Denkschule der IB im Vordergrund steht, wenn es sich um die theoretische Auseinandersetzung mit der Zeitperiode T_1 von 1990 bis 1998 handelt. Hier greifen der Neorealismus und seine verwandten Ansätze, wobei die realistische Schule zwar die Entstehung und Entwicklung von VBM nicht ausschließt, sie dennoch als nebensächliche Instrumente zur Machtbehauptung und Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts berücksichtigt. Die Ergebnisse aus dem zweiten Untersuchungszeitraum (T_2) erwiesen sich umso wichtiger für die gesamte Arbeit, denn andere theoretische Konzepte und Ansätze kommen hier zum Einsatz, die die qualitativen Veränderungen der empirischen Daten in der Zeitperiode T_2 nach 1998, d.h. die Weiterentwicklung bzw. Umsetzung gewisser VBM-Instrumente im nuklearen und politisch-militärischen Bereich, erklären können. Es war interessant zu beobachten, wie ein Paradigmawechsel in der Zeitperiode T_2 eintrat, weil die neorealistische Strömung zu kurz greift und durch die konstruktivistische Perspektive erweitert werden muss.

Mit dem Vergleich der Umsetzung der militärischen und nuklearen VBM während T_1 und T_2 ist eine mangelhafte Effizienz des Vertrauensbildungsprozesses zwischen Indien und Pakistan bei fehlender strategischer Parität identifiziert worden, die erst durch die offene Nuklearisierung ausbalanciert werden kann. Entscheidend für die qualitative Veränderung zwischen den beiden Untersuchungsperioden war nämlich die Entstehung des militärischen Gleichgewichts zwischen den zwei Konfliktparteien durch die nukleare Abschreckung.

Welche Rückschlüsse lassen diese Ergebnisse auf die Reichweite des Vertrauensbildungsprozesses im nuklearen und militärischen Bereich allgemein zu? Bei der Überprüfung der unabhängigen Variablen wurde erkannt, dass die Vertrauensbildung in der zweiten Untersuchungsperiode (T_2) viel intensiver und mannigfaltiger ist. Wenn man bedenkt, dass die Konfliktparteien nur unter gewissen Umständen kooperieren, wie oben bereits deutlich wurde, dann soll man auch die konkreten Voraussetzungen zur Vertrauensbildung abgrenzen. In diesem Untersuchungsfall geht es primär um die nuklearen und politisch-militärischen VBM, die ein entsprechendes Instrumentarium für die vertrauensfördernde

Kooperation zwischen verfeindeten Konfliktparteien schaffen. Wenn die sicherheitspolitische und politisch-militärische Dimension abgedeckt wird, entstehen dann die notwendigen Voraussetzungen für Vertrauensbildung in den anderen Bereichen der bilateralen Interaktion.

Allerdings ist nach der Untersuchung in dieser Arbeit deutlich geworden, dass sowohl Indiens als auch Pakistans Handeln bei Krisensituationen künftig vom fundamentalen Anreiz geleitet wird, den Ausbruch eines militärischen bzw. nuklearen Krieges zu verhindern (vgl. Masood 2001: 30). Nach der offenen Nuklearisierung ist für die zwei jungen Atomkräfte ein Krieg nahezu unvorstellbar geworden (vgl. Ganguly/Greenwood 1996: 6). Diese Tatsache führt zu der Situation, wo sich die beiden Konfliktparteien „gezwungen“ fühlen, miteinander im nuklearen und politisch-militärischen Bereich zu kooperieren. Und da erscheint das VBM-Konzept der richtige Weg dafür zu sein, ohne dass die zwei Länder automatisch einen umfassenden Friedensprozess in Gang setzen müssen, was sich durchaus als sehr schwierig erweist. Dabei hat sich am Beispiel des VBM-Prozesses zwischen Indien und Pakistan bestätigt, dass nukleare und militärische VBM zwischen zwei äußerst verfeindeten Staaten initiiert und umgesetzt werden können, während die grundlegenden Streitfragen ungelöst bleiben.

Abschließend ist in Bezug auf den Vertrauensbildungsprozess in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan hervorzuheben, dass der Vorgang der Einführung und Umsetzung des VBM-Konzeptes sich als unentbehrlich für die Zukunft der indisch-pakistanischen Beziehungen erweist und sich künftig in allen möglichen Bereichen der gesellschaftlichen Interaktion uneingeschränkt vollziehen sollte.